

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
vom 30. Juni 2011
bis zum 10. März 2013**

NWO-Sonderheft Nr. 109



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
vom 30. Juni 2011 bis zum 10. März 2013**

NWO-Sonderheft Nr. 109

Terror der Antichristen vom 30.06.2011-10.03.2013

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 30. Juni 2011 bis zum 10. März 2013	2-96
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	97-98

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 30. Juni 2011 bis zum 10. März 2013

Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.
Benjamin Franklin (1706-1790, nordamerikanischer Politiker)

2011

Der deutsche Bundestag beschließt am 30. Juni 2011 den Atomausstieg und die sogenannte Energiewende.

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 30. Juni 2011: >>**Historischer Beschluß: Atomausstieg bis 2022 perfekt**

Als erste große Industrienation steigt Deutschland nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima bis 2022 endgültig aus der Atomenergie aus.

Der Bundestag stimmte am Donnerstag in Berlin mit einer parteiübergreifenden Mehrheit von 513 Ja-Stimmen bei 79 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen für diesen historischen Wendepunkt in der Energiepolitik. SPD und Grüne unterstützten den Kurs der Regierungskoalition aus Union und FDP. Als Konsequenz aus der Fukushima-Katastrophe werden acht Atomkraftwerke sofort stillgelegt und die restlichen neun Meiler schrittweise abgeschaltet. Ein 30 Jahre währendes Kampftema wird damit im breiten Konsens befriedet.

SPD und Grüne kritisierten aber scharf, daß die Regierung den Ausstieg als eigenen Erfolg verkaufe, obwohl sie sich weitgehend am früheren rot-grünen Ausstiegsbeschluß orientiere. Insgesamt wurde ein über 700 Seiten starkes Gesetzespaket vom Bundestag angenommen. Mit den Maßnahmen sollen auch Stromnetze schneller ausgebaut, Gebäude besser gedämmt und der Ökostromanteil bis 2020 von heute 19 auf mindestens 35 Prozent erhöht werden. Die Opposition stimmte mehreren Energiemaßnahmen nicht zu, weil sie ihnen nicht weit genug gehen.

Gegen den Ausstieg stimmten sieben Abgeordnete von Union und FDP. Die Linke lehnte geschlossen das Gesetz ab, weil das Atom-Ende nicht schnell genug komme. Mit dem Entscheid, dessen Auszählungsergebnis erst nach Ende der Energiedebatte vor fast leeren Rängen im Parlament verkündet wurde, wird die erst im vorigen Herbst von Union und FDP beschlossene Laufzeitverlängerung um bis zu 14 Jahre widerrufen.

Rot-Grün fühlt sich als moralischer Sieger, weil die Regierung auf den alten Ausstiegsbe-

schluß von 2001 zurückkehre. "Dieser Ausstieg ist unser Ausstieg", sagte SPD-Chef Sigmar Gabriel. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihre Koalition stiegen nur aus purem Machterhalt aus der Atomkraft aus, SPD und Grüne aus "schierer Überzeugung". Gabriel forderte Neuwahlen, weil die Bundesregierung nun der FDP zuliebe auch noch die Steuern senken wolle. "Hören Sie einfach auf. Das wäre der beste Neustart für unser Land", rief Gabriel Merkel zu.

Bis September soll die Bundesnetzagentur entscheiden, ob eines der acht stillgelegten AKW für den Fall von Stromengpässen bis 2013 in Bereitschaft bleibt. Die Reihenfolge der Abschaltung bei den neun verbleibenden Atommeilern schaut so aus: 2015 Grafenrheinfeld, 2017 Gundremmingen B, 2019 Philippsburg II, 2021 Grohnde, Brokdorf und Gundremmingen C sowie 2022 Isar II, Neckarwestheim II und Emsland.

Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) sprach von einer Art Revolution: "Das ist ein sehr guter Tag für Deutschland." Nach rund 30-jähriger kontroverser, teils unversöhnlicher Debatte beschließt das Parlament einen energiepolitischen Konsens. Kein Industrieland sei beim Ausbau des Ökostroms so ehrgeizig. Im Ausland werde gesagt: "Wenn es ein Land schaffen kann, dann sind es die Deutschen."

Scharfen Widerspruch ertete Röttgen für die Aussage, daß die schwarz-gelbe Koalition die erneuerbaren Energien nach vorne bringe. Gabriel betonte, SPD und Grüne hätten vor mehr als zehn Jahren das Erneuerbare-Energien-Gesetz beschlossen, das Merkel damals abgelehnt habe und was die Koalition nun als Erfolgsmodell feiere.

Fraktionschefin Renate Künast sagte, das "Ja" der Grünen zur Energiewende sei ein "Ja, aber". So sei etwa das Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien auf 35 Prozent zu steigern, nicht ausreichend. Außerdem werde man sich für mehr Sicherheit bei den neun restlichen Meilern und für eine bundesweite Endlagersuche einsetzen.

Die Linke forderte, den Ausstieg im Grundgesetz festzuschreiben, scheiterte aber mit einem entsprechenden Antrag. Nur so wäre die Abkehr von der Kernenergie unumkehrbar, sagte Fraktionschef Gregor Gysi. "So bleibt es ein Atomausstieg mit Rückfahrkarte."

Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler wies die Kritik der Opposition zurück. Die Entscheidungen von Schwarz-Gelb gingen deutlich über den Ausstiegsbeschluß von Rot-Grün hinaus, sagte der FDP-Chef. Die Wirtschaft werde nicht übermäßig belastet. Für deutsche Firmen böten sich im In- und Ausland sogar neue Chancen.

Der Bundesrat soll das Atomgesetz am 8. Juli noch billigen, er kann es aber nicht stoppen. Ärger gibt es um die Windkraftförderung an Land. Baden-Württembergs Bundesratsminister Peter Friedrich (SPD) sieht die von Union und FDP durchgesetzten Änderungen als unvereinbar an mit dem Ziel, im Südwesten viele neue Windräder aufzustellen. Daher sprach er sich in der "Stuttgarter Zeitung" für die Anrufung des Vermittlungsausschusses aus, um hier eine neue Lösung zu finden.<<

Die Tageszeitung "Berliner Morgenpost" berichtete am 30. Juni 2011: >>**Bundestag beschließt Atomausstieg bis 2022**

Atomkraft ade: Das Parlament macht den Weg für eine Energiewende frei und beschließt mit breiter Mehrheit den endgültigen Atomausstieg bis zum Jahr 2022 - als erste führende Industrienation.

Der Bundestag hat knapp vier Monate nach der Katastrophe von Fukushima den Atomausstieg beschlossen. Die schwarz-gelbe Koalition legte mit Stimmen von SPD und Grünen und damit großer Mehrheit fest, daß der letzte deutsche Meiler spätestens 2022 abgeschaltet werden soll. Die sieben ältesten Atommeiler und das AKW Krümmel bleiben vom Netz. Damit kehrt Deutschland nach der vor einem halben Jahr beschlossenen Laufzeitverlängerung im Kern zum rot-grünen Ausstiegsbeschluß von vor zehn Jahren zurück.

Ein historischer Beschluß im Bundestag: Deutschland steigt damit als erste führende Indu-

strierung endgültig aus der Atomenergie aus. Es gab 513 Ja- und 79 Nein-Stimmen sowie 8 Enthaltungen. Acht Atomkraftwerke werden sofort stillgelegt, die übrigen neun AKW stufenweise bis 2022.

Union, FDP, SPD und Grüne stimmten für eine entsprechende Änderung des Atomgesetzes. Die Linke forderte einen früheren Ausstieg. Mit dem Beschluß wird die erst im Herbst beschlossene Laufzeitverlängerung um bis zu 14 Jahre zurückgenommen und für jedes der verbleibenden neun Atomkraftwerke ein festes Abschaltdatum eingeführt.

SPD und Grüne werteten die Entscheidung als ihren Erfolg, weil Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihre Regierung weitgehend zum rot-grünen Ausstiegsbeschluß von 2001 zurückgekehrt ist. Nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima hatte sich Merkel zu einer Kehrtwende in der deutschen Atompolitik entschlossen.

Bis September soll die Bundesnetzagentur entscheiden, ob eines der acht stillgelegten AKW für den Fall von Stromengpässen bis 2013 in Bereitschaft bleibt. Die Reihenfolge der Abschaltung bei den neun verbleibenden Atommeilern ist folgende: 2015 Grafenrheinfeld, 2017 Gundremmingen B, 2019 Philippsburg II, 2021 Grohnde, Brokdorf und Gundremmingen C sowie 2022 Isar II, Neckarwestheim II und Emsland.

Auch die übrigen sieben Gesetze zur Energiewende wie etwa das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) zur Förderung des Ökostroms und die Beschleunigung des Netzausbaus billigte das Parlament. Das Gesetzespaket muß am 8. Juli noch den Bundesrat passieren. Die Regelungen sind bis auf die Steuerentlastung bei der Gebäudesanierung aber nicht zustimmungspflichtig.<<

Voraussichtliche Folgen des Kernenergieausstiegs und der sog. "Energiewende"

Ausstieg aus der Kernenergie bis zum Jahr 2022

Bundeskanzlerin Merkel und die deutsche Bundesregierung (CDU/CSU und FDP) verlängerten danach im September 2010 die Laufzeit der deutschen Kernkraftwerke um durchschnittlich 12 Jahre. Die Regellaufzeit der Kernkraftwerke wurde damals von 32 Jahre auf 40 bis 46 Jahre erhöht.

Nach einer Umweltkatastrophe (Erd- bzw. Seebeben) in Japan, bei der am 11. März 2011 weite Küstenregionen zerstört wurden, wovon auch die Kernkraftwerke in Fukushima schwer betroffen wurden, beschlossen Bundeskanzlerin Merkel und die deutsche Bundesregierung (CDU/CSU und SPD) völlig überraschend - aus nationalen Sicherheits- und Selbsterhaltungsgründen - bis 2022 vollständig aus der Kernenergie auszusteigen.

Diese staatliche Maßnahme (sog. "Energiewende") geschah damals wahrscheinlich aus wahltaktischen Gründen, denn Deutschland zählt nachweislich nicht zu den besonders gefährdeten Erdbebengebieten. Nach dieser Umweltkatastrophe (Erd- bzw. Seebeben) in Japan beschloß weltweit nur die deutsche Bundesregierung den Ausstieg aus der Kernenergie. Sogar Japan entschied später, weiterhin auf die Nutzung der Kernenergie zu setzen, um eine sichere Energieversorgung zu gewährleisten.

Vermeidung der staatlichen Haftung für Entsorgungs- und Stilllegungsverpflichtungen

Alle deutschen Kernkraftwerke wurden ursprünglich von staatlichen Energieversorgungsunternehmen und damit im Auftrag der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland errichtet und betrieben.

Diese Kernkraftwerke wurden aufgrund von EU-Vorgaben seit Mitte der 1980er Jahre durch die deutsche Bundesregierung privatisiert. Im Verlauf dieser "eleganten Privatisierung" erzielte der deutsche Staat nicht nur hohe Verkaufspreise für die Kernkraftwerke, sondern gleichzeitig gelang es auch, die enormen Entsorgungs- und Stilllegungsverpflichtungen an die privatisierten Energieversorgungsunternehmen zu "übertragen" bzw. sich aus der "staatlichen Verantwortung" zu stehlen.

Drastischer Personalabbau und Unterlassung von Neubauten sowie Instandhaltung und

Wartung

Aufgrund des staatlich angeordneten Kernenergieausstiegs (vorzeitige Stilllegung bzw. entschädigungslose Zwangsenteignung der in den 1980er Jahren privatisierten deutschen Kernkraftwerke) wurden die privaten Betreiber von Kernkraftwerken wesentlich früher als erwartet mit den riesigen Entsorgungs- und Stilllegungsverpflichtungen sowie den wirtschaftlichen Folgen der "Energiewende" bzw. der staatlichen Planwirtschaft konfrontiert (Zwangsabschaltung von konventionellen Kraftwerken und Stromerzeugung durch Windkraftwerke etc.). Die Energieversorgungsunternehmen reagierten sofort mit hektischen Sparprogrammen (in erster Linie mit einem drastischen Personalabbau), um Mindereinnahmen auszugleichen.

Im Rahmen der vielfältigen Rationalisierungs- und Kostensenkungsmaßnahmen wurden zahllose hochqualifizierte Mitarbeiter der Energieversorgungsunternehmen in den Vorruhestand geschickt oder durch betriebsbedingte Kündigungen entlassen. Diese regelrechte Arbeitsplatzvernichtung beeinträchtigte naturgemäß die Qualität und Funktionstüchtigkeit der deutschen Energieversorgungsanlagen. Aufgrund fehlender Einnahmen wurden geplante Neubauten nicht realisiert und regelmäßige Instandhaltungsarbeiten sowie Nachrüstungen von Kraftwerken und Netzen entfielen.

Reparaturen und dringende Wartungsarbeiten ließ man z.B. nur noch durch Fremdfirmen erledigen. Neben den Qualitätsminderungen waren negative Folgen für den allgemeinen Arbeitsmarkt nicht zu vermeiden. Der gesamte Bereich der Zulieferer wurde ebenfalls nachhaltig belastet.

Verlagerung von Kapital und Arbeitsplätzen nach Osteuropa

Der Kostenschwerpunkt der Energiewirtschaft resultierte vor allem aus der Fixkostenbelastung (hohe Kosten für Anlageinvestitionen) und starre Leitungsgebundenheit der Energieversorgung. Unwirtschaftliche Kraftwerke wurden deshalb kurzerhand stillgelegt, wenn Stromimporte günstiger waren. Kein privater Energieerzeuger wird zukünftig Milliarden investieren, um neue Kraftwerke im Inland zu bauen, wenn der Stromimport oder Investitionen in Osteuropa rentabler sind.

Ersatzinvestitionen realisiert man außerdem zukünftig wegen der günstigeren Rahmenbedingungen (geringe Umweltauflagen, schnelle Baugenehmigungen niedrige Baukosten etc.) in Osteuropa. Investitionen im Ausland führen zur Verlagerung von Arbeitsplätzen und Kapital. Durch den Strombezug aus dem Ausland verliert Deutschland naturgemäß jeglichen Einfluß auf Sicherheits- und Umweltstandards.

Keine Verminderung von Atomstrom

Der deutsche Ausstieg aus der Kernenergie bietet unseren europäischen Nachbarn (vor allem Frankreich) endlich die Gelegenheit, ihren überschüssigen Atomstrom nach Deutschland zu liefern. Seit 2000 liefert Rußland bereits Strom durch die Ukraine nach Westeuropa. Spätestens ab 2022 dürften zusätzlich weitere osteuropäische Atomstromproduzenten auf den deutschen Energiemarkt drängen.

Da Deutschland von einem Netz von Kernkraftwerken umgeben ist, bietet der einseitige deutsche Atomausstieg keine größere Sicherheit vor atomaren Unfällen, denn die west- und osteuropäischen Kernkraftwerke sind keinesfalls sicherer als die deutschen Kernkraftwerke, die weltweit zu den sichersten Anlagen zählten.

Negative Folgen für die Umwelt und ökologisch erzeugte Energieformen

Nach dem Atomausstieg müssen verstärkt fossile Energieträger (Gas-, Stein- und Braunkohle) eingesetzt werden, so daß die vertraglich zugesagten CO₂-Reduzierungen vermutlich nicht zu realisieren sind. Angesichts der drohenden Überschwemmung durch den französischen Atomstrom geraten sicherlich auch die staatlich subventionierten erneuerbaren Alternativenenergien aus Sonne, Wind, Wasserkraft und Biomasse ins Hintertreffen.

Steigende Strompreise

Nach dem Kernenergieausstieg und dem Abbau der Kraftwerksreserven (Stilllegung vor unrentablen Kohle- und Gaskraftwerken) wird man die Strompreise in Deutschland drastisch erhöhen. Alle Verbraucher werden infolge der "Energiewende" wesentlich mehr bezahlen müssen, falls man ihnen überhaupt noch genügend Strom anbietet.

Erfahrungen aus den USA zeigen, daß unkalkulierbare Einflüsse wie z.B. Kälte, Hitzewellen, Sturmschäden und ähnliche Naturkatastrophen sofort auf den Verbrauch und die Strompreise durchschlagen (Angebot und Nachfrage). Preiserhöhungen von 15 Cent auf 7,5 Dollar pro kWh wurden dort bereits gefordert und gezahlt.

Versorgungssicherheit geht verloren

Wenn man im Jahre 2022 die letzten deutschen Kernkraftwerke (die seit Jahrzehnten weltweit zu den sichersten und wirtschaftlichsten Kernkraftwerken zählen) ersatzlos abschalten muß, wird es in Deutschland große Unterkapazitäten und eine gefährliche Abhängigkeit von Stromimporten geben.

Da der Ersatz alter und störanfälliger Betriebselemente aufgrund von finanziellen Problemen der Energieversorgungsunternehmen unterbleibt, wird durch Überalterung der Erzeugungs- und Verteilungsanlagen sowie wegen fehlender Vorhaltung von ausreichenden Reserven die bisherige vorbildliche deutsche Energieversorgungssicherheit zunächst schleichend sinken und schließlich verloren gehen. Vor allem fehlende Reservekraftwerke werden vielerorts zu dramatischen Versorgungsgpässen führen.

Störungsfälle (regionale bzw. nationale Netzzusammenbrüche), die Stromschwankungen, Naturkatastrophen oder andere Ereignisse auslösen, sind infolge der katastrophalen Folgen der staatlich angeordneten Planwirtschaft ("Energiewende") nicht mehr kurzfristig zu beheben, denn die systematisch ruinierten Energieversorgungsunternehmen verfügen nicht mehr über genügend eigene Energiespezialisten. Die Anbieter des Billigstroms besitzen im allgemeinen kein teures Fachpersonal, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen kommen wird.

Grundbedürfnis nach sicherer Energieversorgung

Die Energiewirtschaft zählt gegenwärtig und zukünftig zur Basistechnologie der industriellen Zivilisation. Im Gegensatz zur angeblich enorm wichtigen Telekommunikation (Handy, Internet etc.) handelt es sich bei der Energieversorgung um kein überflüssiges Luxusbedürfnis. Eine zuverlässige Energieversorgung ist für die Gewährleistung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens unersetzlich. Um in unserer heutigen "technischen Welt" überhaupt zivilisiert leben bzw. überleben zu können, benötigen die Menschen nicht nur ausreichende Nahrung, Wohnung und Kleidung, sondern sie sind in erster Linie auf eine sichere Energieversorgung angewiesen.

Fehlende Versorgungssicherheit zerstört den Industriestandort Deutschland und die gesamte volkswirtschaftliche Infrastruktur des Landes

Die Kernenergie bietet zur Zeit die einzige realisierbare Alternative, um den künftigen Energiebedarf unseres hochindustriellen Landes mittel- und langfristig zu befriedigen. Der durch die deutsche Bundesregierung (CDU/CSU und SPD) willkürlich angeordnete Ausstieg aus der Kernenergie (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohlgemerkt derzeit sichersten aller 473 in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022) wird Deutschland zu einem Stromimportland degradieren und alle stromintensiven Industriebetriebe werden sehr schnell wegen fehlender Versorgungssicherheit ins Ausland abwandern.

Die Deutschen sollten sich deshalb rechtzeitig von der gegenwärtigen sicheren und zuverlässigen Stromversorgung verabschieden und sich auf ein etwas "anderes Leben" vorbereiten. Sie müssen sich infolge der unverantwortlichen staatlichen "Energiewende" (entschädigungslose Enteignung der privaten Energieerzeuger und staatliche Planwirtschaft) darauf einstellen, zukünftig mit wesentlich weniger Energie, reduzierter Mobilität und geringerer Lebensqualität

auszukommen.

Da Deutschland außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine weiteren fossilen Energiequellen besitzt sowie nicht über die erforderlichen leistungsfähigen Energiespeicher verfügt, wird sich dank der ideologischen Energiewende der Industriestandort Deutschland zwangsläufig in ein Agrar- bzw. Entwicklungsland zurückentwickeln (verspätete Verwirklichung des Morgenthau-Plans).

Die staatlich angeordnete "Energiewende" (nach dem Vorbild der sozialistischen Planwirtschaft) wird die ehemals effektive, hochmoderne, umweltbewußte deutsche Energiewirtschaft letzten Endes in den wirtschaftlichen Ruin treiben. In Deutschland werden voraussichtlich spätestens ab 2022 nicht nur unentwegt die Lichter ausgehen, sondern auch die Zahl der sogenannten "Freunde" wird schon bald sehr übersichtlich sein, wenn der bisherige "Zahlmeister der EU" selbst wirtschaftliche und finanzielle Hilfe benötigt!

Dr. Ing. Günter Keil berichtete später über die Energiewende in der Bundesrepublik Deutschland (x865/...): >>>Merkels Energiewende: Extrem teuer, aber direkt in die Sackgasse

Der ideologisch begründete, von allen anderen Industrieländern als schwer verständlich angesehene radikale Umbau der deutschen Energiewirtschaft, der einen massiven Ausbau der Wind- und Solarstromerzeugung sowie der Stromerzeugung mit Biogas mit dem Ziel der Zurückdrängung von Kohle und Kernkraft anstrebt, wird bereits seit mehreren Jahren verfolgt. Dieses wegen seiner Widersprüche zur Physik, der zahlreichen und unverständlichen schweren Versäumnisse und der absehbaren Unbezahlbarkeit unerreichbare Ziel wird zur Ausschaltung störender Einflüsse des freien Marktes mit immer neuen Gesetzes-Instrumenten der Planwirtschaft verfolgt, wobei die derzeitige konservativ-liberale Bundesregierung seltsamerweise die Energiepolitik der Grünen übernommen hat.

Mit der im März 2011 überstürzt beschlossenen und nur politisch motivierten Stilllegung von 8 Kernkraftwerken und damit dem Wegfall eines wichtigen Teils der nicht vom Wetter und vom Tageslicht abhängigen Stromversorgung wurde die bereits kritisch gewordene Situation noch zusätzlich verschärft.

Die Regierung war schon lange von allen renommierten Fachleuten und Institutionen vor gewarnt. Kein einziges der heute immer größer werdenden Probleme war unvorhersehbar.

Und sie hat den dramatischen Kurswechsel von 2011 ohne jede Vorwarnung und Konsultation der stark betroffenen und geschädigten Nachbarländer exekutiert - eine Rücksichtslosigkeit, die sich vermutlich noch rächen wird.

Die im Herbst 2010 verkündete Energiewende hatte tatsächlich das Jahr 2050 als Planungshorizont. Keine Nation dieser Welt hat jemals etwas auch nur annähernd Absurdes in ihrer Wirtschafts- oder Energieplanung vorgelegt. Mittlerweile beträgt die Haltbarkeit deutscher energiepolitischer Ankündigungen bis zu ihrer Änderung nur noch Monate.

Die deutsche Energiepolitik in den vergangenen eineinhalb Jahren gleicht einer Fieberkurve. Ihre schnellen Kurswechsel sind für die Wirtschaft schlimm genug. Was dabei aber leider unverändert beibehalten blieb, sind ihre fundamentalen Fehler aus der Vergangenheit: Die planwirtschaftlichen und damit stets zu hohe Kosten verursachenden staatlichen Maßnahmen, die unter dem Sammelbegriff "Erneuerbare Energien-Gesetz" bekannt sind. Und die Reihe dieser Fehler wird konsequent verlängert.

Die Regierung zappelt jetzt in den selbst gelegten Fallstricken. Die durch ihre Fehler verursachten Probleme werden noch durch neue und stets planwirtschaftliche Fehlentscheidungen zu verzögern versucht, was nur neue Schäden hervorruft und immer das gleiche Resultat ergibt: Die Risiken steigen weiter und die Stromverbraucher müssen es bezahlen.

Die unten präsentierte Liste der Fehler ist vermutlich bereits unvollständig, wenn Sie diesen Artikel lesen.

Die Grundfehler der Energiewende

Der Kern des Kurses der Regierung ist das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG). Es weist vier grundsätzliche Fehler auf, die sich durch die strikte Durchsetzung und Ausweitung dieses Gesetzeswerks in eine Bedrohung des Standorts Deutschland verwandelten, ohne der Umwelt zu helfen:

Die unverständliche Fokussierung des EEG auf die Stromerzeugung ignorierte den Sektor Wärmeversorgung sowohl bezüglich der dort umgesetzten Energiemengen als auch bezüglich der Importabhängigkeit der dort eingesetzten, überwiegend fossilen Energieträger.

Dessen verspätete Einbeziehung (Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien im Wärmebereich) war von abrupten Änderungen der Förderung bis hin zu vorübergehenden Stops gekennzeichnet, die die Heizungsbranche einem unberechenbaren Wechselbad aussetzten und die dringend notwendige Modernisierung bremsten. Stagnation auf niedrigem Niveau ist das Ergebnis. Die Milliardensubventionen wurden an diesem für Deutschland wichtigsten Energiesektor vorbei gelenkt - und dies dazu noch mit erheblichen volkswirtschaftlichen Kollateralschäden im Sektor der Stromwirtschaft, dem das EEG eigentlich dienen sollte.

Das Ziel, bei der Stromerzeugung von fossilen Energieträgern wegzukommen, wurde mit einer falschen Förderungs politik angegangen: Man wählte bestimmte Techniken dafür aus, anstatt Einsparziele für die Energieträger vorzugeben und die Wahl der dafür geeigneten Techniken bzw. deren Weiterentwicklung dem industriellen Wettbewerb zu überlassen.

Damit schuf man Förderreservate für bestimmte Techniken, von denen sich die für das sonnenarme Deutschland weitgehend ungeeignete Photovoltaik als ein finanzielles Faß ohne Boden bei gleichzeitigem äußerst geringem Nutzen erwies - außer für China. Als ebenso ungeeignet für die Stromversorgung eines Industrielandes erwies sich auch die unzuverlässige Windkraft.

Der Grundidee, der das EEG dienen sollte, nämlich die Umwelt zu schützen, wurde es nur ganz am Beginn dieser Entwicklung gerecht. Jede Energietechnik, auch die "grünen", deren Potential in die Leistungsregion von Hunderten von Megawatt oder darüber ausgebaut wird, wird damit zwangsläufig zu einer von Umweltschützern stets verdamnten "Großtechnologie" - mit allen zugehörigen Nachteilen wie Flächenverbrauch und Verlust an Biodiversität (Energiepflanzen), Rohstoffverbrauch, Umweltbelastungen durch schädliche chemische Emissionen (Photovoltaik) oder Lärmbelastungen (Windkraft); von der Landschaftsverhandlung gar nicht zu reden. Man hat am Ende nur alte Umweltprobleme gegen neue, problematischere ausgetauscht.

Das EEG hatte von Anfang an planwirtschaftliche Tendenzen, die sich mit den extrem zunehmenden Subventionen für die ausgewählten "Erneuerbaren" zur Umwandlung des ehemals marktwirtschaftlich ausgerichteten Energiesektors in einen von Planwirtschaft gefesselten Sektor auswachsen. Diese Planwirtschaft wird von der Regierung weiter ausgebaut. Mit den zwangsläufigen Folgen, die eine Planwirtschaft kennzeichnen: Verschwendung in Milliardenhöhe; starke Energiekostensteigerung ("Energiearmut"), Verlust der Wettbewerbsfähigkeit, Abwanderung der Industrie, am Ende Arbeitslosigkeit.

Die Regierung will bis 2030 die Stromerzeugung aus "Erneuerbaren" auf 50 % bringen und bis 2050 auf 80 %. Allerdings ist selbst eine auch nur teilweise sichere Versorgung des Landes mit Wind- und Solarstrom nicht möglich. "Die Stromeinspeisung sämtlicher Photovoltaik- und Windkraftanlagen kann zeitweise nahe null Prozent liegen, während hohe Einspeiseleistungen von mehr als 50 Prozent der installierten EE-Kapazitäten (= Erneuerbare Energien) nur an 5 bis 10 Prozent der Jahresstunden erbracht werden", stellte der Bundesverband Energie und Wasserwirtschaft BDEW in seinem Monitoringbericht Ende 2011 nüchtern fest.

Deshalb wird jetzt die gesamte Stromversorgung doppelt aufgebaut: Mit einem gewaltigen Anteil der "Erneuerbaren" und dazu ein mindestens 80 % der gesamten Stromnachfrage abdeckendes Netz von Kohle- und Gaskraftwerken. Stromimporte müssen dann die restliche

Lücke ausfüllen. Zudem muß das Übertragungsnetz enorm ausgebaut werden, weil die meisten Windräder leider im Norden stehen, wo ihr Strom nicht gebraucht wird. Durch Offshore-Windparks werden es noch mehr.

Die Liste der Versäumnisse und Fehleinschätzungen wird immer länger

Die Regierung hat erst vor kurzem begriffen, daß von Anfang an - das heißt bereits seit Einführung des EEG - riesige Stromspeicher zum Ausgleich der systembedingten starken Schwankungen des eingespeisten Wind- und Solarstroms erforderlich gewesen wären, die es aber nicht gab und die es auch innerhalb der kommenden 15-20 Jahre nicht geben kann.

Damit war ein Ausgleich dieser Schwankungen von vornherein ausgeschlossen. Kraftwerke mußten das übernehmen. Und die dafür geeignetsten sind Kernkraftwerke. Sie arbeiten nicht nur CO₂-frei, sie waren und sind konstruktionsbedingt die mit Abstand schnellsten Regler im Netz, die mit ihrer großen Leistungsregelungs-Kapazität ("Lastfolgefähigkeit") schnelle Schwankungen am besten ausgleichen konnten.

Die Regierung schaltet sie jetzt entschlossen ab - und stellt nun verblüfft fest, daß sie für die damit früher erfolgte Stabilisierung des Netzes heute keinen Ersatz bekommen kann. Neue Kohle- und Gaskraftwerke sollen das nun - unter Opferung der Klimaschutz-Ziele - übernehmen. Sie sollten auch die gefährliche Versorgungslücke schließen, die durch die abgeschalteten und noch stillzulegenden Kernkraftwerke entstand.

Aber wiederum hat man zu spät begriffen, daß auch das nicht funktioniert. Denn der im EEG festgelegte Vorrang für die Einspeisung des "grünen" Stroms zwingt die Kohle- und Gaskraftwerke zu einem ständigen Hoch- und Herunterfahren ihrer Leistung, was nach Abschätzung des BDEW zu einer Nichtauslastung von 40 % führen wird. Unter diesen Bedingungen werden alle Investitionen in solche Kraftwerke unrentabel - sie unterbleiben deshalb.

Auf diese Weise führt das EEG nicht nur zu einem immer größer werdenden Bestand an Wind- und Solarstromerzeugern, deren Stromerzeugung man immer seltener voll nutzen kann, das EEG verhindert zugleich die Errichtung konventioneller Kraftwerke als der einzig verbliebenen Möglichkeit zur Stabilisierung des Netzes. So wurde aus einem ursprünglich gut gemeinten Förderprogramm ein Monstrum, das absehbar die zuverlässige Versorgung des Landes mit elektrischer Energie beenden und große Schäden anrichten wird.

Die Reaktion der Regierung: Nicht etwa das Abstellen der Ursache - das ist der im EEG gesetzlich festgeschriebene Vorrang für "erneuerbaren" Strom -, sondern Überlegungen zu einer weiteren Subvention: Investitionszuschüsse für unwillige Kraftwerks-Investoren - und selbstverständlich die Überwälzung der Kosten auf die Verbraucher. Abermals Planwirtschaft statt Marktwirtschaft.

Dazu paßt auch der neue Plan der Regierung, die fällige Stilllegung unrentabler Kohle- und Gaskraftwerke per Verordnung zu verzögern und zu verbieten. Dies sind sowohl Altanlagen, die sich am Ende ihrer typischerweise 40-jährigen Lebensdauer befinden, mit schlechten Wirkungsgraden und entsprechend hohen Emissionen, als auch jüngere Kraftwerke, die durch den EEG-bedingten Abschaltungszwang unrentabel geworden sind. Wie bei allen anderen planwirtschaftlichen Eingriffen der Regierung wird man auch hierbei die Zusatzkosten, die man den Kraftwerksbetreibern für den unrentablen Weiterbetrieb bezahlen muß, den Verbrauchern aufbürden.

Die EU-Kommission bekämpft die deutsche Energiepolitik

Schon seit mehr als einem Jahr kritisiert der deutsche Energiekommissar Günther Oettingen die deutsche Energiepolitik auf das Schärfste. Mehrfach warnte er vor den bedrohlichen Folgen der hohen Energiesteuern für die Wirtschaft. Die extreme EEG-Förderung der Photovoltaik im sonnenarmen Deutschland kommentierte er mit sarkastischen Vergleichen und forderte ihren Abbau.

Im Mai 2012 bereitete die Kommission einen Doppelschlag gegen die deutsche Energiepolitik

vor:

Die neuen Emissionszertifikate-Handel-Beihilfeleitlinien der EU verschärfen für Deutschland die Förderungsmöglichkeiten für den Bau von Kohle- und Gaskraftwerken. Investitionszuschüsse in Höhe von 15 % dürfen nur noch bei vollständiger Umsetzung der CCS-Technologie (Abtrennung und Speicherung des CO₂) gewährt werden. Deutschland hat aber die CCS-Richtlinie bisher nicht umgesetzt und kann das auch gar nicht mehr, seit der Bundesrat das Gesetz zur CO₂-Speicherung abgelehnt und Vattenfall daraufhin sein Pilotprojekt in Jämschwalde abgebrochen hat. Damit werde das im Energiekonzept 2010 verankerte Kraftwerks-Förderprogramm faktisch unmöglich gemacht, sagte BDEW-Chefin H. Müller.

Damit nicht genug: In einem Entwurf eines Strategiepapiers spricht sich die Kommission dafür aus, daß die Förderprogramme der EU-Staaten für den Ausbau von Sonnen- und Windstrom so schnell wie möglich auslaufen sollen. Insbesondere seien dadurch die Energiekosten für viele Menschen zu sehr angestiegen. Außerdem sollen die nationalen Fördersysteme einander angeglichen werden. Damit wäre das EEG und damit der zentrale Antriebsmechanismus der Energiewende in Frage gestellt - weshalb Berlin dagegen ist.

Die NRW-Ministerpräsidentin Kraft forderte die Regierung auf, sicherzustellen, daß die EU-Kommission staatliche Subventionen für die energieintensiven Industrien genehmigt, was keineswegs sicher ist. Andernfalls fürchte sie schleichende Arbeitslosigkeit in NRW.

Deutschland kehrt zur Kohle zurück

Der Ausstieg aus der Kernenergie, die einen großen Teil der Grundlast-Stromversorgung lieferte, bedeutete unausweichlich deren Ersatz durch andere Grundlastkraftwerke, und das sind in Deutschland allein Kohlekraftwerke. Daß dies der Preis für die Energiewende sein würde und wegen der dann wieder steigenden CO₂-Emissionen auch ein Ende der sogenannten Klimaschutz-Politik, war der Regierung klar. Sie bemüht sich intensiv um Neubauten und plant sogar, die Stilllegung von fossilen Kraftwerken zu verhindern (siehe oben).

Der Leiter des dem Bundesumweltministerium BMU unterstellten Bundesumweltamts Jochen Flasbarth erklärte jedoch dazu Anfang Juni 2012, es gebe "keinen Bedarf für neue Kohlekraftwerke". Im BMU war man "verstimmt".

Begleitet wird die Kohle-Renaissance in Deutschland vom Rezessions-bedingten Verfall der Preise für Emissionszertifikate (7 Euro pro Tonne CO₂, damit 60 % unter dem Niveau von 2011) wodurch Kohle in ganz Europa wieder attraktiv wird. Für den Bau neuer Kohlekraftwerke muß sich die Regierung allerdings neue Subventionsmodelle einfallen lassen, nachdem Brüssel bei den Investitionshilfen die rote Karte zeigte (s.o.). Man wird das Übliche tun: Den Strompreis weiter erhöhen.

Man hat auch den Widerstand der Bürger unterschätzt.

Die Bürger haben gelernt, daß sie recht wirksam unliebsame Entwicklungen in ihrer Umgebung verhindern können. Genau diese Fähigkeiten setzen sie seit einiger Zeit gegen nahezu alle Projekte ein, die jetzt zu wesentlichen Teilvorhaben der Energiewende ernannt worden sind:

Die Errichtung von neuen Pumpspeicherwerken, von Windkraftanlagen, von Hochspannungsfreileitungen, von Freiflächen-Photovoltaikanlagen, auch von Umrichterstationen zum Anschluß von Offshore-Windparks. Eine weitreichende Niederlage erlitt die Berliner Regierung mit ihrem Gesetzesvorstoß, der es ermöglichen sollte, in Kraftwerken abgetrenntes CO₂ zunächst versuchsweise in ehemaligen Gasspeichern zu lagern.

Der Bundesrat lehnte es ab und will auch nicht den Vermittlungsausschuß anrufen. Bereits vor der Bundesrats-Abstimmung hatte es massive Proteste gegeben: "Stoppt das CO₂-Endlager" stand auf ungezählten Autoaufklebern im Raum Flensburg und massenweise in friesischen Vorgärten, an der Nordseeküste in Schleswig-Holstein und Niedersachsen brannten Mahnfeuer. Greenpeace zeigte sich übrigens über das Abstimmungsergebnis im Bundesrat erfreut.

Die Risiken werden bedrohlich

Die Regierung hat eine unheilvolle und die Sicherheit der Stromversorgung unterminierende Kombination zweier Fehlentscheidungen zu verantworten:

Sie hat das Erneuerbare Energie-Gesetz (EEG) unverändert beibehalten, womit der damit gesetzlich gesicherte Vorrang für die Einspeisung von Wind- und Solarstrom bei dessen unvermindert starkem weiterem Ausbau immer mehr zu massiven Störungen im Stromnetz führt. Und sie hat diese prekäre Situation durch die Abschaltung von 8 Kernkraftwerken nochmals extrem verschärft. Damit fehlt jetzt ein erheblicher Anteil an Wetter- und Tageslicht unabhängiger Grundlast-Stromerzeugung und gleichzeitig auch noch eine wichtige Regelungskapazität gegen Einspeisungsschwankungen, die gerade die Kernkraftwerke boten.

Im Winter 2011/2012 gab es deswegen bereits zwei sehr ernste Situationen, bei denen ein Blackout gerade noch mit drastischen Notmaßnahmen verhindert werden konnte. Für den kommenden Winter rechnet man mit einer noch ernsteren Situation. Über die Folgen eines flächenweiten Stromausfalls, der dann mehrere Tage andauern würde, macht sich anscheinend noch niemand Gedanken.

Deutschland ist durch eine Kette fast unglaublicher Fehler und Unterlassungen in diese fatale Situation gebracht worden: Erst die Verabschiedung des EEG ohne jegliche Absicherung gegen die extremen Schwankungen der Stromeinspeisung durch Speicher - die man nicht hatte und deshalb "vergaß" - und dazu auch noch ohne die Möglichkeit, den in Norddeutschland erzeugten Windstrom durch das vorhandene Übertragungsnetz nach Süddeutschland zu transportieren.

Diese Unterlassung führte zu einer Zweckentfremdung von Gas- und sogar von Kohlekraftwerken als "Lückenbüßer-Kraftwerke", die wegen der gesetzlich erzwungenen Grünstromeinspeisung ständig herauf- und heruntergeregelt werden mußten - und damit unrentabel wurden. Nicht genug damit erfolgte noch die hektische Stilllegung der Kernkraftwerke, womit bei dem aus den o.e. Gründen unterbleibendem Neubau von konventionellen Kraftwerken, der im Übrigen noch Jahre dauern würde, die Sicherheit der Stromversorgung bei steigenden Stromkosten weiter abnimmt.

Die steigenden Risiken für die Bevölkerung und für die Wirtschaft werden unten beschrieben. Weil die sehr viel ernsteren Auswirkungen dieser Politik erst noch kommen werden und der politische Widerstand noch gering ist, muß mit einem Festhalten an der Energiewende bis zum Zeitpunkt des Eintretens größter und unbeherrschbarer Probleme gerechnet werden, die dann nicht mehr durch das Umverteilen der angerichteten Schäden provisorisch repariert werden können.

Planwirtschaft statt Marktwirtschaft

Von vielen Autoren der Wirtschaftspresse ist bereits harte Kritik daran geübt worden, daß im Energiesektor immer mehr marktwirtschaftliche Grundprinzipien, die bisher den Erfolg der Industrienation Deutschland herbeiführten, von der Regierung mißachtet und durch politisch motivierte Verletzungen dieser Prinzipien ersetzt werden.

Diese planwirtschaftliche Tendenzen, die sich mit den extrem zunehmenden Subventionen für die ausgewählten "Erneuerbaren" zur Umwandlung des ehemals marktwirtschaftlich ausgerichteten Energiesektors in einen von Planwirtschaft gefesselten Sektor auswuchsen, kennzeichnen heute die Energiepolitik.

Mit den zwangsläufigen Folgen, die eine Planwirtschaft kennzeichnen: Verschwendung; starke Energiekostensteigerung (mit der Folge der neuen "Energiearmut" - s.u.); großer verspäteter Aufwand für das Beheben von Defiziten, die durch das jahrelange Ignorieren von zentralen Voraussetzungen für eine derartige Umgestaltung des Elektrizitätssystems entstanden sind (fehlende Speicher, unzureichendes Netz, fehlende konventionelle Kraftwerke als Sicherheit); Verwandlung des erhofften Nutzens in eine Bedrohung (Vertreibung der energieintensiven

Industrie, Blackouts); Ärger mit den Nachbarländern wegen des Mißbrauchs ihrer Stromnetze als Abladeplatz für wetterbedingte Stromüberschüsse; technologischer Rückstand und der Verlust von Kompetenzen auf den nicht vom EEG begünstigten Feldern.

Diese EEG-verursachten Probleme wurden durch das plötzliche Abschalten von 7 Kernkraftwerken nochmals erheblich vergrößert. Zudem gab Deutschland damit seine bisherige Rolle als Exporteur von Grundlaststrom, mit dem das europäische Verbundnetz versorgt und stabilisiert wurde ohne Abstimmung mit den Nachbarländern auf.

Die durch die Fehler der Regierung verursachten Probleme werden noch durch neue und stets planwirtschaftliche Fehlentscheidungen zu verzögern versucht, was nur neue Schäden hervorruft und immer das gleiche Resultat ergibt: Die Risiken steigen weiter und die Stromverbraucher müssen es bezahlen.

Die Liste dieser Verstöße gegen die Marktwirtschaft ist bereits lang:

1. Das EEG, also die Zwangssubventionierung unwirtschaftlicher und auch technisch ungeeigneter Methoden der Stromerzeugung - verbunden mit dem Zwang, den so erzeugten Strom vorrangig ins Netz einzuspeisen und seinen Weiterverkauf notfalls noch zusätzlich zu bezahlen.

2. Entschädigungs-Verpflichtung für die Nicht-Produktion eines Wirtschaftsgutes - s. §12 EEG.

3. Die mit Angstszenarien begründete Stilllegung einer großen Grundlast-Stromerzeugung (Kernkraft) mit der Folge von Preissteigerungen - auch im Ausland - und Versorgungsengpässen.

4. Gewaltiger, teurer Ausbau der Stromnetze, der ohne die Fehlentscheidung der Bevorzugung unzuverlässiger und durch starke Leistungsspitzen gekennzeichnete Erzeugungstechniken - s. Punkt 1 - überhaupt nicht notwendig wäre.

5. Entlastung von energieintensiven Produktionen von den durch die EEG-Fehlsteuerung verursachten Strompreiserhöhungen - und deren Überwälzung auf die übrigen Verbraucher.

6. Geplante neue Subventionen, um weitere Folgen der Fehlsteuerung durch das EEG und den Kernkraftausstieg zu bekämpfen: Der Einspeisungszwang von Wind- und Solarstrom ins Netz macht die jetzt benötigten neuen Kohle- und Gaskraftwerke unrentabel, weshalb sich Investoren zurückhalten. Die Bundesnetzagentur empfiehlt daher, über Subventionen für den Kraftwerksneubau "nachzudenken". Deshalb hat die Bundesregierung einen Investitionskostenzuschuß für neue fossile Kraftwerke im Zeitraum 2013-2016 in Aussicht gestellt. Die EU will das jedoch verhindern - siehe oben. "Die EU bekämpft die deutsche Energiepolitik".

Die vermutliche Reaktion der Regierung: Den Kraftwerksbauern höhere Strompreise garantieren und diese wieder über Umlagen den Verbrauchern aufbürden.

7. Geplante Verordnung zur Verzögerung bzw. zum Verbot der Stilllegung unrentabel gewordener Kohle- und Gaskraftwerke - mit der leider üblichen Kostenüberwälzung.

8. Stromspeicher werden im Ausland gesucht - so die per Seekabel teuer anzuschließenden Pumpspeicherwerke Norwegens - weil nicht benötigter, überschüssiger Windstrom zwischengespeichert werden muß. Fördermittel fließen in neue Speicherprojekte. Ohne die Fehlsteuerung durch das EEG hätten die vorhandenen Pumpspeicherwerke weiterhin ausgereicht.

9. Durch die Energieeinsparverordnung werden Hausbesitzer zur energetischen Sanierung und Nachrüstung gezwungen. Auch wenn sie das nicht wünschen. Sie dürfen die Kosten auf die Mieter umlegen.

10. Für Neubauten ist bereits die Installierung der sog. intelligenten Stromzähler vorgeschrieben. Ein Zwang für alle Verbraucher, diese Geräte anzuschaffen, ist angesichts der die Bürger bevormundenden Energiepolitik zu erwarten.

11. In Baden-Württemberg wurden Hausbesitzer bereits gesetzlich verpflichtet, bei einer Modernisierung ihrer Heizungsanlage eine anteilige Versorgung durch "Erneuerbare Energie"

sicherzustellen.

12. Der staatliche Geldregen für Energiewende-Reparaturmaßnahmen lockt nun auch weitere Interessenten hervor: Auf der Energiespeicher-Konferenz IHRES in Berlin wurde ein Einspeisegesetz á la EEG auch für Energiespeicher, die das Netz stabilisieren sollen, gefordert. Auch Investitionszuschüsse seien geeignet.

13. Die zunehmende Energiearmut auf Grund unbezahlbarer Stromrechnungen hat zu Überlegungen des neuen Umweltministers Altmeier geführt, staatliche Stromkostenzuschüsse einzuführen.

Dazu gibt es bereits deutliche Stellungnahmen: "Im Energiesektor bewegen wir uns langsam, aber sicher auf eine komplette Planwirtschaft zu", warnte der CDU-Wirtschaftspolitiker Michael Fuchs. "Ein System zunehmender staatlicher Eingriffe ist marktwirtschaftlich nicht sinnvoll und für den Verbraucher nicht bezahlbar", erklärte BDEW-Hauptgeschäftsführerin Hildegard Müller.

Die Regierung hat sich erpreßbar gemacht

Je mehr Engpässe durch die Fehlplanung der Energiewende auftreten, um so mehr Gelegenheiten bieten sich, die Regierung - oder auch deutsche Netzbetreiber - erfolgreich zur Kasse zu bitten. Es begann mit dem akut drohenden Netzzusammenbruch im Februar 2012. Stundeweise mußten die Netzbetreiber Strom zu horrenden Preisen im übrigen Ausland einkaufen, um einen Systemzusammenbruch zu verhindern.

So mußte die EnBW Transportnetze AG am 9.2. um 4:45 Uhr vom Netzbetreiber Swissgrid in der Schweiz eine "Notreserve" von 300 Megawatt Stromleistung anfordern und dafür mit 3.000 Euro pro Megawattstunde einen Preis bezahlen, der um das Fünzigfache über dem normalen Strombörsenpreis lag.

Die zweite offensichtlich erfolgreiche Aktion startete der niederländische Netzbetreiber Tennet, der die neuen Offshore-Windparks - ein Kernstück der Energiewende - an das norddeutsche Stromnetz anschließen muß, aber jetzt angeblich Finanzschwierigkeiten hat.

Tennet hatte eine Idee: In einem Brief an den Bundeswirtschaftsminister schlug man vor, daß es "vor weiteren Aufträgen für den Anschluß von Offshore-Windparks bei der Haftung neue Regelungen geben müsse". Weiter wörtlich: "Wo Versicherungen nicht mehr einspringen, muß eine "Sozialisierung der Schäden" (!) ermöglicht werden". Treffender kann man es nicht ausdrücken.

Die unausgesprochene Drohung, den Anschluß der Windparks weiter zu verzögern, zeigte die erwünschte Wirkung: Ausgerechnet das FDP-geführte Bundeswirtschaftsministerium, das mit der Marktwirtschaft offenbar nichts mehr im Sinn hat, legte einen Entwurf für eine entsprechende Verordnung vor, mit der die Haftungskosten letztendlich per Umlage den Verbrauchern aufgepackt werden sollen. Also das mittlerweile übliche Verfahren.

Es gibt eine weitere Gefahr für die Energiewendeplaner: Durch die vom privilegierten EEG-Strom erzwungenen Drosselung der Kohle- und Gaskraftwerke wird jedes Neubauprojekt unrentabel und unterbleibt. Schlimmer noch: Auch bestehende Kraftwerke werden durch den privilegierten EEG-Strom unwirtschaftlich und die legt ein Betreiber in einer normal funktionierenden Marktwirtschaft konsequenterweise still.

Einen ersten Paukenschlag dazu löste der staatliche norwegische Energiekonzern Statkraft Mitte Februar 2012 mit der Mitteilung aus, daß der Betrieb seines 2009 von E.ON übernommenen Gaskraftwerks Emden "nach und nach eingestellt" werde und Statkraft auf den geplanten Neubau eines Gaskraftwerks am gleichen Standort verzichtet. "Das Kraftwerk ist nicht mehr profitabel", erklärte Statkraft-Vorstandsmitglied Asbjorn Grundt gegenüber Reuters. Gegen den Bau eines neuen 430-MW-Gaskraftwerks sprächen zum einen die hohen Gaspreise, zum anderen "sei zu befürchten, daß die Anlage infolge der verstärkten Einspeisung von Wind- und Solarenergie nicht voll ausgelastet wäre".

Dadurch gebe es zu wenig Spitzenlastzeiten für das Gaskraftwerk - die typische Betriebsweise derartiger Anlagen. Grundt weiter: "Eine Investitionsentscheidung kann es nicht geben, wenn das Risiko besteht, daß die Stromerzeugung der Anlage eingedämmt wird".

Auch andere große Energiekonzerne haben erklärt, daß sich der Bau von Gaskraftwerken in Deutschland derzeit nicht lohne. So erklärte der Energieversorger E.ON Mitte Mai, daß man für 2013 plane, die Gaskraftwerke Irsching 3 in Oberbayern, Staudinger 4 in Hessen und Franken 1 in Nürnberg stillzulegen. Die Summe dieser Kraftwerkskapazitäten entspricht einem Kernkraftwerk.

Die bayerische Energiepolitik sah eigentlich vor, die Kapazitäten der Gaskraftwerke um 3.000-4.000 MW auszubauen. Die Landesregierung sah daher die Ankündigung "mit Sorge". Wirtschaftsminister Zeil forderte vom Bund eine schnelle Entscheidung, "wie man das Bereitstellen von Erzeugungskapazitäten seitens E.ON honorieren könnte" - also subventionieren. Weiterhin "dürften emissionsrechtliche Vorschriften nicht zu Stilllegungen führen"; ein Schlag gegen die Umweltschützer.

Das führt zum nächsten Problem: Ohnehin sind etliche ältere, unmoderne Kraftwerke fällig zur Stilllegung. Diese vollkommen logische und auch absehbare Entwicklung ruiniert die Pläne der Regierung, die zum Stopfen der durch die KKW-Abschaltung aufgerissenen Versorgungslücke auf wesentlich mehr Kohle- und Gaskraftwerke setzt. Die unwilligen Kraftwerksbetreiber und Nicht-Investoren können sich nun ruhig zurücklehnen und die Angebote der verzweifelten Regierung abwarten. Und schon setzt dort der bekannte Handlungsmechanismus ein: Man diskutiert über "neue Mechanismen und ein anderes Marktdesign für die Strompreisfindung".

Eine Option seien "Kapazitätsmechanismen". Im Klartext: Mit einer zusätzlichen Vergütung sollen Investitionen für die "Vorhaltung von Erzeugungsleistung" - also den Bau von dann teilweise stillstehenden Kraftwerken, die bei Engpässen einspringen können - angeregt werden. Und auch der nach dem Bau unrentable Betrieb muß subventioniert werden. Die EU ist leider gegen Investitionshilfen - s.o. Also wird man es über höhere garantierte Strompreise regeln.

Auch der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft BDEW gibt der Regierung gute Ratschläge zur Lösung des Dilemmas mittels Planwirtschaft: Man müßte die am Ende ihrer im Durchschnitt 40-jährigen Lebensdauer stillzulegenden Altkraftwerke unbedingt weiter betreiben - natürlich erst nach erforderlichen Reparaturen, Nachrüstungen und Modernisierungen. Dies könnte "bei entsprechenden ökonomischen Rahmenbedingungen" - also Subventionen - "einen substantiellen Beitrag zur Deckung des Bedarfs an Kraftwerkskapazität liefern". Wer das dann bezahlen darf, ist klar.

Ein erhebliches Druckmittel besitzen auch die Übertragungsnetz-Betreiber, die - wie Tennet gerade vorführte - den entscheidenden Engpaß für die Durchleitung des in Norddeutschland erzeugten, überflüssigen Windstroms nach Süddeutschland mit einem riesigen Neubauprogramm beheben sollen. Und so bald weitere Verzögerungen und Kostensteigerungen eintreten, wird man auch hier die Hand aufhalten.

Nicht zu vergessen: Die Nachbarländer, denen Deutschland vermehrt nicht benötigten und die Netzstabilität störenden Wind- und Solarstrom in deren Stromnetze einleitet, beginnen sich zu wehren. Polen drohte bereits die Drosselung dieser unerwünschten Einspeisungen an, die nicht einmal mehr mit Zuzahlungen der deutschen Seite toleriert werden können.

Deutschland ist jedoch noch auf Jahre hinaus auf den Mißbrauch der benachbarten Stromnetze als Puffer für seinen überflüssigen grünen Strom angewiesen. Die Alternative wäre selbstverständlich die Abschaffung des EEG. Aber das muß offenbar um jeden Preis - und das ist hier ganz wörtlich zu nehmen - vermieden werden.

Weitere Drohungen sind bereits erkennbar: Die ostdeutschen Länder fordern eine Entlastung

von den Netzkosten, die ihnen durch die Abgabe ihres enormen, aber dort überhaupt nicht benötigten Windstroms entstehen. Die süddeutschen Länder sollen das bezahlen.

Hafenstädte wünschen Beihilfen für ihre Hafenanlagen, die für den Aufbau der Offshore-Windparks auszubauen sind. Die zur Sicherung der Stabilität des riesigen Nieder- und Mittelspannungsnetzes dringend erforderliche, aber bisher unterbliebene Nachrüstung der Photovoltaikanlagen mit elektronischen Regeleinrichtungen wird erhebliche Kosten verursachen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit wie stets in der EEG-Umlage ihren Niederschlag finden werden.

Diese Liste verlängert sich im Monatsrhythmus.

Die Kostenlawine rollt

Neben der in jedem kommenden Winter drohenden Blackout-Gefahr stellen die stetig und unabwendbar ansteigenden Kosten der Energiewende - insbesondere der Haushalts-Strompreis - die größte politische Gefährdung dar. Die Regierung versucht verzweifelt, die energieintensive Industrie von den existenzgefährdenden Zusatzkosten (z.B. den steigenden Netzkosten) zu entlasten - und wälzt sie zusätzlich auf die Bürger.

Eine deutliche Warnung gab es mehrfach im Jahre 2011 von EU-Energiekommissar Günther Oettinger: Hohe Energiekosten gefährdeten nicht nur den Wirtschaftsstandort Deutschland, sondern auch den sozialen Frieden, wenn ein Teil der Menschen die Stromrechnung nicht mehr bezahlen könne. "Ich bin überrascht, wie gedankenlos die Entwicklung der Strompreise hingenommen wird", sagte Oettinger. Deutschland zähle weltweit zu der Spitzengruppe bei den Strompreisen. Steuern, Abgaben und Umlagen summieren sich hier beim Strompreis auf 45,1 Prozent.

Die Medien haben das Thema bereits aufgegriffen: Das Handelsblatt titelte am 23.5.2011 "Merksels Strompreislüge": Die Bundeskanzlerin hatte im Juni 2011 erklärt: "Unternehmen wie Bürger müssen auch in Zukunft mit bezahlbarem Strom versorgt werden." Und sie versprach, daß die Ökostrom-Umlage bei 3,5 Cent / kWh stabil gehalten werde. Aktuell liegt sie bei 3,59 Cent. Michael Fuchs, in der Unionsfraktion für Wirtschaftspolitik zuständig, rechnet mit 4,5 Cent und mehr.

Prof. Helmut Alt von der FH Aachen wies allerdings darauf hin, daß diese Zahlen "verniedlicht" wurden, da es Nettobeträge ohne die Mehrwertsteuer sind. Aus der Zahl 3,5 Cent/kWh werden dann bereits 4,13 Cent/kWh.

Das wird wohl nicht reichen: Der riesige Stromnetz-Ausbau und der ebenfalls gewaltige Ausbau der Offshore-Windkraft haben noch gar nicht richtig begonnen und der weitergehende Zubau der Photovoltaik kommt noch hinzu. Ferner werden alle oben beschriebenen planwirtschaftlichen Maßnahmen nur weitere Kosten verursachen. Der Hauptteil der Wende-Kostenwelle steht also erst noch bevor.

Falls der beabsichtigte Zubau an konventionellen Kraftwerken überwiegend mit Gaskraftwerken erfolgen sollte, die von manchen Politikern im Gegensatz zu Kohlekraftwerken als bedingt umweltfreundlich angesehen werden, würde der Stromerzeugungspreis auf Grund der hohen Gaspreise zwischen 15 und 20 Cent / kWh liegen und damit 3 bis 6-mal höher als der Gestehungspreis des heute erzeugten Grundlaststroms, berechnete Prof. Alt. Darin seien die Kosten für den Ausbau des Netzes noch nicht enthalten.

Die durch das EEG veranlaßten Subventionen würden nach Schätzungen im Jahre 2012 vermutlich 14,1 Milliarden Euro erreichen - nach 11,76 Mrd. im Jahre 2011. McKinsey schätzt, daß allein 2020 die Stromverbraucher Kosten von 21,5 Mrd. Euro tragen müssen, die nur durch den Umstieg auf erneuerbare Energien verursacht werden. Insgesamt verursache die Energiewende von 2011 bis 2020 Kosten von 175 Mrd. Euro. Das Karlsruher Institut für Technologie schätzt, daß der Strompreis durch die Kosten der Energiewende bis 2025 gegenüber heute um 70 Prozent steigen wird.

Der Koordinator Energiepolitik der Unionsfraktionen Thomas Bareiß meinte besorgt und hilflos: "Die Strompreise werden zur Achillesferse der Energiewende. Wir müssen sie so gestalten, daß sie bezahlbar bleiben. Die Belastung darf nicht einseitig bei den Privatverbrauchern landen." Wie man Strompreise "so gestalten" kann, daß sie niemand mehr wehtun, verriet er nicht.

Das Gegenteil ist der Fall, denn: "Die Hauptlast tragen die privaten Haushalte", sagte dazu McKinsey-Experte Thomas Vahlenkamp.

Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft hat ergeben, daß arme Haushalte mit 1 % ihrer verfügbaren Einkommen relativ zehnmal mehr für die Subvention von Sonnen- und Windstrom zahlen als reiche mit 0,1 %. "Die derzeitige Finanzierung der Energiewende ist unsozial", stellte die auftraggebende Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) fest. Wegen unbezahlter Rechnungen wurde bereits 2010 600.000 Haushalten der Strom abgeschaltet, sagte Mieterbund-Chef Lukas Siebenkotten.

"Preisanstiege von rund 15 Prozent für Strom und Gas in den vergangenen zwei Jahren machen Energie für viele Haushalte unbezahlbar", sagte NRW-Verbraucherzentrale-Chef Klaus Müller der Welt am Sonntag. "10 bis 15 Prozent der Bevölkerung kämpfen damit, die Energiekosten zu finanzieren. Früher war Energiearmut ein Randproblem, doch mittlerweile ist es für viele ein Alltagsproblem geworden." Die steigende Energie-Armut sei alarmierend. INSM-Geschäftsführer Hubertus Pellengahr sprach von einem "unkontrollierten Kostenanstieg, der nicht länger hinnehmbar sei, weil er die Akzeptanz der Energiewende in der Gesellschaft untergrabe".

Jetzt begreift es die Regierung als Problem. Die Presse meldete am 4.6.2012, daß die Regierung Geringverdiener vor den steigenden Kosten der Energiewende schützen wolle. "Strom darf nicht zum Luxusgut werden. Der Staat ist da gefordert, Hilfen anzubieten", erklärte dazu Merkels neuer Umweltminister Altmaier. Aber bereits zwei Wochen darauf ruderte er wieder zurück: "Altmaier lehnt Beihilfen für Arme ab", wurde in den Nachrichten mitgeteilt.

Anscheinend hatte er gemerkt, daß offizielle Stromkostenbeihilfen für Arme den Ruf der Energiewende als Strompreistreiber bestätigen würden. Nun soll es statt dessen Energieberatungen für alle geben. Wie das einer bereits von der Stromversorgung abgetrennten Familie helfen soll, wurde nicht erklärt. Das Energiearmuts-Problem wird sich somit weiter verstärken.

Typisch für die Regierung: Nicht die Ursache des Problems anpacken, die hohen Steuern, Abgaben und Umlagen, die den Strom so teuer machen, sondern mit Ersatzhandlungen Zeit gewinnen.

Die Akzeptanz in der Bevölkerung nimmt in der Tat ab:

Nach einer repräsentativen Umfrage von TNS Emnid sind 41 % der Deutschen nicht willens, für "erneuerbare Energien" mehr zu zahlen als bisher - in Ostdeutschland sind es sogar 52 %.

Auch die Industrie leidet unter den Stromkosten, die laut H.-J. Kerkhoff, Wirtschaftsvereinigung Stahl, "... hier höher sind als in fast allen anderen Ländern." Die Aluminiumhütte Voerdal wurde dadurch bereits in die Insolvenz getrieben. "Die De-Industrialisierung Deutschlands hat bereits begonnen", stellte EU-Energiekommissar Günther Oettinger fest.

Deutschlands Strom- und Gaskunden drohen zudem nach einem Gerichtsurteil Preiserhöhungen an einer weiteren Front: Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat entschieden, daß die Bundesnetzagentur in der Vergangenheit den Anlagenwert der deutschen Strom- und Gasnetze zum Nachteil der Netzbetreiber zu niedrig kalkuliert habe. Nun drohen Schadensersatzzahlungen für entgangene Netzentgelte, und zwar rückwirkend. Wer das am Ende zu zahlen hat, ist klar.

Das Urteil des Auslands ist vernichtend

Es war dem World Energy Council (das größte internationale Netzwerk der Energiewirtschaft)

vorbehalten, am 10.10.2011 das Ergebnis einer internationalen Expertenbefragung zur deutschen Energiewende zu präsentieren; eine Befragung, die die deutsche Regierung besser selbst durchgeführt hätte, und zwar rechtzeitig vor der Verkündung ihrer dramatischen Politikänderung. Grundlage der Ergebnisse sind Antworten aus den Rückläufen aus 21 Länderkomitees des World Energy Council, darunter 14 aus Europa.

Die wesentlichen Ergebnisse sind:

- Nur 38 % der Experten trauen Deutschland zu, einzelne Ziele - und zwar verspätet - zu erreichen.
- Bis 2020 erwarten 76 % der Experten eine Schwächung der Wirtschaftskraft Deutschlands.
- Auch nach 2020 erwarten 48 % eine solche Schwächung.
- 71 % der Befragten erwarten Preissteigerungen für Strom im eigenen Land!
- Knapp zwei Drittel - 62 % - der Befragten sehen erhöhte Gefahren für die Versorgungssicherheit Europas.
- 81 % der befragten Länder lehnen den deutschen Weg als Vorbild für die Welt ab.
- Keiner der Experten hält es für vorstellbar, daß sein Land den deutschen Politikansatz vollständig übernehmen könnte.
- 62 % können sich vorstellen, einzelne Elemente der Energiewende zu übernehmen. 33 % kein einziges Element.

Dieses Gutachten der internationalen Energieexperten ist vernichtend.

Die Naturschützer geraten in die Zwickmühle

Im Anfangskapitel "Die Grundfehler..." wurden schon unter Ziffer 3 die erheblichen Beeinträchtigungen der Umwelt durch die Auswirkungen des massiven Ausbaus der sog. erneuerbaren Energien aufgezählt. Die ursprüngliche Idee, damit der Umwelt etwas Gutes zu tun, wurde durch den flächenfressenden Gigantismus der grünen Techniken und die zwangsläufig dadurch entstehenden Umweltprobleme ad absurdum geführt.

Gerade die Naturschützer müssen jetzt mit Schrecken diese Folgen zur Kenntnis nehmen: Neben dem sehr erheblichen Flächenverbrauch, den alle grünen Energietechniken wegen ihrer sehr geringen Leistungsdichte (erzeugte Kilowatt pro Quadratmeter) aufweisen, werden Biotop zerschnitten, Monokulturen nebst Dünger- und Pestizideinsatz lassen die Tierwelt verarmen, Windmühlen gefährden Vögel und Fledermäuse, Hochspannungstrassen - auch solche mit Erdkabeln - erfordern breite Schneisen, große Windparks werden neuerdings bevorzugt in Wäldern errichtet und die Verschandelung der Landschaft ist in vielen Regionen brutal geworden.

Bürgerinitiativen kämpfen energisch gegen den Bau aller neuen Pumpspeicherkraftwerke, wie zum Beispiel die in Atorf/Südschwarzwald von den Schluchseewerken geplante Großanlage. Der Schwarzwaldverein als Interessenvertreter der Bevölkerung hatte in den Anhörungen kritisiert, "die Region dürfe nicht bloß das Objekt für energiewirtschaftliche Ausbeutung werden." Die Vertreter des EVU räumten ein, daß sich die Landschaft deutlich verändern werde, "da werde man sich sicher erst dran gewöhnen müssen." Naturschützern müßten bei derartigen Äußerungen die Ohren klingen.

Wer zudem auch noch ein Menschenfreund ist, wird die Lärmemissionen der Windanlagen, den Elektromog durch Hochspannungsleitungen, die Brandgefahren der Photovoltaik und die Unfälle bei der Errichtung der diversen Anlagen mit ins Kalkül ziehen müssen.

Das einzige Ziel, das die im BUND und im NABU organisierten Natur- und Umweltschützer erreicht haben, ist der Kernkraftausstieg. Ihr weiteres Ziel, den Neubau von Kohlekraftwerken zu verhindern, die der BUND Klimakiller nennt, ist bereits gescheitert. Dennoch halten diese Verbände unbeirrt an dieser Forderung fest.

Zusätzlich greift der BUND eine der wichtigsten Maßnahmen an, die die Regierung zur Schonung der energieintensiven Industriebetriebe vor den gefährlich steigenden EEG-Umlage-

kosten getroffen hat: Die "besondere Ausgleichsregelung" im EEG. Der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger forderte, "bei der EEG-Umlage alle Befreiungen und Sonderregeln für die Industrie zu überprüfen und dann entweder zu streichen oder auf wenige Sonderfälle zu beschränken". Seine Begründung: Für das "Gelingen der Energiewende" sei es nötig, "daß alle an ihren Kosten beteiligt sind und nicht die einen für die anderen zahlen".

Hier wird mit falschen Karten gespielt: Herr Weiger weiß genau, daß seine gut klingende Forderung nach einer gerechteren Verteilung der Kosten bei ihrer Verwirklichung der Energiewende den Todesstoß versetzen würde. Denn der dann eintretende Exodus der energieintensiven Industrie, der z.T. schon begonnen hat, würde durch die davon hervorgerufene Protestwelle von Industrie, Kommunen und Gewerkschaften die Regierung hinweg fegen. Sie mußte diese Kosten auf die Bürger überwälzen, in der Hoffnung auf Zeitgewinn, weil deren Protest vermutlich erst etwas später eine gefährliche Stärke erreichen wird. Wie man aber jetzt schon sieht, ist auch diese Hoffnung unberechtigt.

Die Regierung hat auch gar keine andere Wahl als den möglichst massiven Zubau von Kohlekraftwerken, der in den Planungen den Zubau der teuren Gaskraftwerke weit übersteigt. Diese Kohlekraftwerke werden gebaut, egal wie viele Windräder und Photovoltaikanlagen auch in Deutschland stehen werden. Was jetzt noch bleibt, sind die massiven Umweltprobleme durch die Energiewende - und diese nehmen kontinuierlich weiter zu. Der Naturschutz befindet sich auf der Verliererstraße.

Die durch die selbst verursachten Fehler und Schäden in die Enge getriebene Regierung ist nun offenbar zu der Ansicht gekommen, daß sie keine Rücksicht mehr auf die inzwischen nur noch lästigen Naturschützer nehmen darf: Am 15.6.12 berichtete die Presse, daß Wirtschaftsminister Rösler "Naturschutzregeln aushebeln will, damit Stromautobahnen zügiger als bisher gebaut werden können".

Rösler zur FAZ: "Darüber müssen wir mit der EU reden. Es geht vor allem um die Fauna-Flora-Habitat sowie die Vogelschutz-Richtlinie. Da müssen wir ran". Jedem Beteiligten müsse klar sein, daß auf die Herausforderungen der Energiewende auch unbequeme Antworten zu geben seien. "Uns wäre bereits geholfen, wenn wir zum Beispiel beim Durchqueren von Schutzgebieten einen Teil der EU-Regeln auf Zeit außer Kraft setzen könnten", sagte der Minister. Er versäumte allerdings zu erklären, was nach der erfolgreichen Zerschneidung eines Schutzgebietes die Wiederinkraftsetzung der Regeln noch helfen soll.

Er, Rösler, müsse sich aber zunächst mit Umweltminister Altmeier einigen, "der dem Naturschutz eine sehr hohe Bedeutung beimißt".

Einen derart offenen Angriff auf den Naturschutz hat es bisher noch nicht gegeben. Man muß Rösler, der sich hier als entschlossener Vollstrecker der original rot-grünen Energiewendepäne aufführt, sogar danken, denn er zwingt nun auch den organisierten Naturschutz zu einer klaren Haltung. NABU-Präsident Olaf Tschimpke nannte Röslers Vorschläge auch sofort "weltfremd und inakzeptabel". Rösler wolle "mutwillig verlässliche Rahmenbedingungen und jegliche Planungssicherheit für das Gelingen der Energiewende zerstören" und "setzt die gesellschaftliche Akzeptanz für die benötigten Energieinfrastrukturen aufs Spiel".

Starke Worte, aber seltsamerweise nur auf diese eine den Naturschutz beim Trassenbau beeinträchtigende Absicht bezogen. Kein Wort zu den viel größeren Natur- und Umweltschäden, die der riesenhafte Ausbau der "Erneuerbaren" anrichtet; statt dessen das wiederholte, nicht sehr überzeugende Beschwören des "Gelingens der Energiewende" - genau wie beim BUND (s.o.). Die großen Naturschutzverbände haben sich somit auf zwei für die Regierung äußerst wichtige Elemente der Energiewende eingeschossen, schrecken aber vor einer umfassenden kritischen Betrachtung zurück.

Es bleibt die Frage: Will man weiterhin aus politischen Erwägungen die Augen vor den massiven Beeinträchtigungen für die Natur verschließen, oder erinnert man sich an seine Prinzipien?

en und seine Aufgaben?

Der politische Widerstand nimmt zu

In den Regierungsfractionen regt sich bereits deutliche Kritik - siehe das Kapitel zur Planwirtschaft. Gänzlich unerwartet ist jedoch ein neuer, sehr ernst zu nehmender Gegner für die Merksche Energiewende aufgetreten: Bundespräsident Joachim Gauck warnte anlässlich der Eröffnung der "Woche der Umwelt" in Berlin davor, die Energiewende per Planwirtschaft umzusetzen.

"Es wird uns nicht gelingen, allein mit planwirtschaftlichen Verordnungen. Schon gar nicht mit einem Übermaß an Subventionen", sagte er. Damit nannte er die zwei größten Schwachpunkte der Energiepolitik beim Namen. Wirtschaftsminister Rösler nutzte diese Gelegenheit, um eine Reform der Ökostromförderung zu fordern, deren Kosten die Bürger über den Strompreis zahlen müßten.

Ebenfalls kritisierte er, daß die konventionellen Kraftwerke durch den Einspeisevorrang für Ökostrom bei viel Wind und Sonne zu oft heruntergefahren werden müßten. Eine Wirkung derartiger Äußerungen ist bislang nicht erkennbar; möglicherweise von ihm auch gar nicht angestrebt.

Interessant war die anschließende reflexartige Kritik der SPD am Bundespräsidenten. Ihr Umweltexperte Michael Müller verstieg sich dabei zu der interessanten Aussage, Gauck habe "mit seiner Ost-Mentalität Angst vor der Planwirtschaft".

Diese scheint Herr Müller hingegen gut zu finden und er bestätigt damit unfreiwillig, daß die Energiewendepolitik tatsächlich weitgehend auf Planwirtschaft angewiesen ist. Präsident Gauck kann diese Kritik, die seine Meinung bestätigt, ungerührt hinnehmen. Schließlich weiß jeder, daß er ca. 40 Jahre Planwirtschaft, die die DDR unausweichlich in den Ruin trieb, direkt erlebt hat - und anschließend 22 Jahre westliche Marktwirtschaft. Wenn es also Leute gibt, die diesen Unterschied kennen und beurteilen können, dann die Ostdeutschen.

Außerdem scheint es die SPD-Kritiker nicht zu beeindrucken, welche Fehlsteuerungen und milliardenschwere Geldverschwendung die bisher einzige in Westeuropa praktizierte Planwirtschaft anrichtet: Die EU-Landwirtschaftspolitik.

Gauck hat die beiden Sargnägel von Merks Energiewende auf den Kopf getroffen. Sein Mut, das offen auszusprechen, dürfte die zahlreichen Gegner dieser Energiepolitik ermutigen.

Wann kommt das Ende?

Betrachtet man die bereits heute spürbaren und die unausweichlich noch eintretenden Auswirkungen, dann handelt es sich um ein mit gleichermaßen höchsten wie irrationalen Ansprüchen garniertes Projekt, das bei ausreichend langer Durchführung die Bürger ohne jede nützliche Gegenleistung ausplündern und den Standort Deutschland gegenüber seinen Konkurrenten jeglicher Wettbewerbsfähigkeit berauben wird.

Die Frage ist, wie groß der durch die Planwirtschaft angerichtete Schaden erst werden muß, wie viele Familien die Energiearmut noch treffen muß, wann die Energiewende-Heuchelei insbesondere bei den ehemals die Marktwirtschaft hoch haltenden Parteien aufhört und wie viele Industriebetriebe erst das Land verlassen müssen, bis eine Regierung die Notbremse zieht.<<

Der deutsche Physiker Horst-Joachim Lüdecke (Professor für Informatik und Physik) berichtete später über den deutschen Klimaschutz und die Energiewende (x862/...): >>**Klimaschutz und Energiewende: Aktuelle Gebote oder nachhaltige Irrwege?**

Als einzige große Industrienation verzichtet Deutschland auf die Kernkraft und erklärt dafür die erneuerbaren Energien zu den "Silberkugeln" seiner zukünftigen elektrischen Stromerzeugung. Keine Stimme des Auslands schickt Glückwünsche.

So schreibt der englische Daily Telegraph am 31.3.2011 "Frau Merks Beschwichtigung der nuklearen Hysterie ist weit über die deutschen Grenzen hinaus verstörend, weil sie die Kapitu-

lation einer ehemals in Wissenschaft und Technik führenden Nation gegenüber einem ideologischen Irrationalismus aufzeigt".

Die Entscheidung gegen die Kernenergie ist indes nur vorläufiger Endpunkt einer konsequenten Entwicklung. Diese begann mit "Klimaschutz", schädigte daraufhin Landschaften, Vogel- und Fledermauspopulationen, küstennahes Meer, Schifffahrt und Meeressäuger mit Tausenden von Windrad-Ungetümen und wird schließlich unsere elektrische Stromversorgung und Volkswirtschaft nachhaltig beeinträchtigen.

Der Schutz des "globalen Klimas" sei der globalen Erwärmung wegen unabdingbar. Schon in lokalen Stadtblättern finden sich Artikel wie "Online mit dem CO₂-Spiegel die eigene Bilanz berechnen". Dabei gibt es überhaupt kein "globales Klima", sondern nur Klimazonen von tropisch bis polar. Jedes Klima war und ist immer in Veränderung begriffen. Konstantes Klima ist unmöglich und der Begriff "Klimaschutz" daher sinnlos.

Der aktuelle Klimawandel hierzulande ist moderat. In früheren Zeiten hat es ungleich heftigere Veränderungen gegeben, so etwa in der "Kleinen Eiszeit" gegen Ende des 17. Jahrhunderts. Wir fürchten uns heute vor wenigen Zehntel Grad C in 100 Jahren und übersehen, daß unsere Vorfahren in der Weichsel-Kaltzeit Klimasprünge von mehreren Grad C während ihrer Lebenszeit erleiden mußten - ohne anthropogenes CO₂.

Gletscherforscher bezeugen höhere Temperaturen als heute über zwei Drittel der letzten 10.000 Jahre. Die Alpengletscher waren in längeren Warmperioden stets fast verschwunden. Nur deswegen konnte Hannibal mit Elefanten über die Alpen ziehen. In heißen mittelalterlichen Sommern trockneten Flüsse aus. Die Fundamente der berühmten Regensburger Steinbrücke wurden in der trockenen Donau gebaut, und die Kölner überquerten damals den Rhein zu Fuß. Man stelle sich Medienmeldungen über eine "Klimakatastrophe" vor, wenn sich solche natürlichen Ereignisse heute wiederholten!

Bis 250 Jahre lange Thermometer-Reihen und insbesondere 2.000 Jahre lange Temperaturreihen, rekonstruiert aus Baumringen und Stalagmiten, zeigen Extreme, die die Variationen des 20. Jahrhunderts übertreffen. Es gibt keine Korrelation zwischen den irregulären Temperaturverläufen und dem vom Menschen verursachten ansteigenden CO₂-Gehalt der Atmosphäre. Ohne CO₂ als lebenswichtigen Bestandteil der Photosynthese gäbe es weder Pflanze noch Mensch. Mehr CO₂ verbessert die Ernteerträge. Wir sollten daher CO₂-Zunahme begrüßen und den kostspielig-unsinnigen Zertifikatehandel beenden. Die USA haben letzteres bereits getan.

Weltweit finden Wetterdienste keine Trends zu mehr Stürmen, Tornados, Dürren oder Überschwemmungen. Sogar das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) schreibt in seinem Dritten Sachstandsbericht von 2001 in Kapitel 2.7 "eine Zunahme von Extremwetterereignissen ist nicht auffindbar".

Das Eis der Arktis unterliegt natürlichen langfristigen Schwankungen. So wurde die Nordost-Passage bereits 1878 durch Erik Nordenskjöld befahren. Ähnlich wenig Eis wie heute gab es schon einmal in den sehr warmen 1930ern. In jeder kühleren Phase kehrt es wieder zurück. Der Meeresspiegel steigt seit 10.000 Jahren, aber ein durch anthropogenes CO₂ bedingter oder gar beschleunigter Meeresspiegelanstieg ist bis heute weder mit Pegeldaten noch mit Satellitenmessungen belegbar.

Nur mit Computer-Modellen, die nicht einmal die großen dekadalen Oszillationen oder den El Nino vorhersagen können, lassen sich Klimakatastrophen konstruieren. Insbesondere der "Hot Spot", eine von den Modellen unabdingbar geforderte Erwärmung der hohen Atmosphäre, ist nicht auffindbar. Daher sind die IPCC-Modelle falsch. Unstrittig wirkt das vom industrialisierten Menschen in die Atmosphäre gebrachte CO₂ erwärmend.

Global sind es ca. 1 C mehr, wenn sich (hypothetisch) der CO₂-Gehalt der Luft verdoppelt. Aber selbst zu dieser unbedenklichen und vorteilhaften Erwärmung kann es nicht kommen,

denn dazu müßten alle förderbaren fossilen Brennstoffe verfeuert werden. Wir leben übrigens immer noch in der Zwischenwarmzeit eines Eiszeitalters. Die Wissenschaft definiert als Eiszeitalter, wenn beide Erdpole gleichzeitig vereist sind. Unsere Warmzeit wird vielleicht schneller enden, als es uns lieb ist.

Die Klimaforscher seien sich einig sagen Politik und Medien. Das Gegenteil trifft zu! Die Gegenstimmen von unzähligen hochrangigen Klimaforschern in Petitionen und Manifesten sowie in schon über 800 gegen die IPCC-Aussagen gerichteten Peer-Review Fachveröffentlichungen werden der Öffentlichkeit vorenthalten, ebenso wie wissenschaftliche Auseinandersetzungen zwischen Alarmisten und Skeptikern. So lud am 20.4.2011 das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung Klimaexperten von EIKE zu einem wissenschaftlichen Workshop ein. Das für die Öffentlichkeit zweifellos interessante Protokoll des Treffens ist bis heute nur in www.eike-klima-energie.eu einsehbar.

Die CO₂-Autosteuer, politische Täuschung? Ein Auto emittiert rund 150 g CO₂/km, das sind bei 10.000 km jährlich insgesamt 1,5 Tonnen und bei einer Milliarde Autos weltweit 1,5 Milliarden Tonnen CO₂/Jahr. Ein Mensch atmet jährlich etwa 0,4 Tonnen CO₂ aus, 7 Milliarden Menschen rund 3 Milliarden Tonnen CO₂/Jahr - dies nicht naturgegeben, denn wir ernähren uns nicht von wilden Beeren. Das ausgeatmete CO₂ entspricht dem bei der Nahrungsherstellung, z.B. beim Brotbacken erzeugten CO₂. Die CO₂-Steuer für Autos ist daher nur eine zusätzliche Verbrauchssteuer auf Benzin - warum nicht, die Politik sollte dies aber ehrlich sagen.

Noch absurder sind CO₂-Emissionseinsparungen bis 2020 um 14 % gegenüber dem Jahre 2005, zu denen sich Deutschland in der EU verpflichtet hat. Sogar extreme IPCC-Projektionen unterstellt, kann Deutschland damit nur eine Reduzierung der mittleren Globaltemperatur von unmeßbaren 0,0007° C erzielen (FAZ vom 9.1.2009) - bei volkswirtschaftlichen Kosten von mehreren 100 Milliarden Euro.

Photovoltaik- und Windräder sollen in Deutschland langfristig 80 % des Bruttostromverbrauchs abdecken, eine technisch/wirtschaftliche Unmöglichkeit! Wind- und Sonnenstrom ist für Nischenanwendungen, meist von Entwicklungsländern, jedoch keineswegs in größerem Umfang für ein modernes Industrieland geeignet, denn sie haben zwei unabdingbare Nachteile: Die Unstetigkeit der Energielieferung und die zu geringe Energiedichte von Wind und Sonne. So kann man sich zwar gefahrlos der Sonne aussetzen und auch noch in einem stärkeren Wind stehen, steckt aber seine Hand nicht in einen Brennkessel und steigt nicht in einen reißenden Gebirgsfluß.

Zu kleine Energiedichte bedingt einen unwirtschaftlich hohen Aufwand bei Erzeugung von elektrischer Energie, daher der Zwang zu überdimensionalen Propellern, um dem Wind noch brauchbare Energiemengen zu entziehen. Wirtschaftlich noch ungünstiger ist die Photovoltaik. Rechnerisch sind viele 100 km Windräder hintereinander für ein einziges KKW zu installieren.

Es ist wie mit den Kirschen: Wind-, Sonnenenergie und Kirschen sind teuer, weil sie nur mit großem Aufwand "gepflückt" werden können. Der Unterschied zwischen Photovoltaik und Solarpanelen zur Warmwasserbereitung ist allerdings zu beachten. Letztere sind für sommerliche Anwendungen sinnvoll, denn hier sind hohe Energiedichten nicht nötig.

Der entscheidende Nachteil ist aber die Unstetigkeit von Wind und Sonne, Windräder liefern beispielsweise hierzulande (auch Off-Shore) nur ca. 25 % der Zeit nennenswert Strom. Drehende Rotoren bedeuten noch keine Stromerzeugung, was am berühmten v³-Gesetz von Strömungsmaschinen liegt: die vom Windrad erzeugte elektrische Energie ist proportional zur 3-ten Potenz der Windgeschwindigkeit ... Im Klartext: Bläst der Wind mit halber Stärke werden nur noch ca. 12 % Strom erzeugt.

Elektrische Energie kann man in großem Umfang nur mit (einem) extremen, kostspieligen

Aufwand speichern. Daher muß - der Öffentlichkeit kaum bekannt - zu jedem Windrad und jeder Solaranlage ein schnell reagierendes Gaskraftwerk bereitstehen, das bei Wind- oder Sonnenflaute einspringt. Trotz der inzwischen hohen installierten Nennleistung von Windturbinen und Photozellen können somit keine klassischen Kraftwerke eingespart werden. Für die extrem teuren Speicherpumpwerke als einzigen realistischen Maßnahmen zur Abpufferung des un stetigen Energieangebots der Natur fehlen in Deutschland die topographischen Voraussetzungen.

Die Kernenergie sei ethisch nicht mehr vertretbar. Eine wirtschaftliche und sicherheitsrelevante Entscheidung wird damit sachfremd getroffen. In der von der Bundesregierung berufenen 14-köpfigen Kommission zur Energiewende befanden sich drei Kirchenvertreter, aber kein einziger Energie-Experte - ein Rückfall in Zeiten vor der Aufklärung.

Jede Form der Energieerzeugung ist mit Kollateralschäden verbunden, etwa den vielen Opfern des Untertage-Kohleabbaus. Bei ideologiefreier Risikobewertung sind deutsche KKW sicher. Daran ändern auch die Havarien von Tschernobyl, Harrisburg und Fukushima nichts, bei denen hierzulande undenkbar Verletzungen von Sicherheitsregeln Ursache waren. Der europäferne Siegeszug der Kernenergie ist ohnehin unaufhaltsam. Anders ist der Energiehunger der wachsenden Weltbevölkerung nicht zu stillen.

Ein nuklearfreies Deutschland wird maßgebende Nachteile im globalen Wettbewerb erleiden und Arbeitsplätze einbüßen. Vollends unverständlich ist das Ignorieren der Entwicklung von inhärent sicheren Typen der nächsten KKW-Generationen. Auch das Transmutationsverfahren zur radioaktiven Abfallreduzierung auf wenige Prozent ist Medien und Politik keiner Erwähnung wert.

Die EU finanziert diese Entwicklung von bereits Pilotreife mit mehr als einer Milliarde Euro. Trotz KKW-Abstinentz darf sich Deutschland nicht der Kernenergie-Forschung und KKW-Weiterentwicklung verschließen! Da der deutsche Aderlaß an KKW-Leistung nur mit Gas und Kohle ausgleichbar ist, ist Rückkehr zur Kernkraft spätestens dann geboten, wenn inhärent sichere KKW's zur Verfügung stehen.

Profiteure des Klima-Alarmismus und der Energiewende haben Konjunktur, nur nicht der Verbraucher, der die Zeche zahlt. Windrad-, Solarplattenhersteller und der allgemeine Maschinenbau bis hin zum Handwerker, der Solarplatten aufs Dach schraubt, vertreten nachvollziehbare Interessen. Das nur vordergründig korrekte Argument neuer Arbeitsplätze übersieht den weit höheren Arbeitsplätzeverlust durch Kaufkraftschwund infolge steigender Energiepreise. Noch nie hat eine moderne Industrienation unwirtschaftliche Verfahren günstigeren zur Verfügung stehenden Methoden vorgezogen und daraus gar Vorteile erlangt.

Starken Lobbydruck zeigen die kostspieligen Beilagen vieler Zeitungen, die unablässig um Investoren in erneuerbare Energien werben. Rückversicherungen und Investment-Banken, die sogar eigene Klimaabteilungen betreiben, sind Hauptprofiteure. So schreibt naiv-unverblümt die Barclays Bank "CO2 Vermeidungstechnologie ist eine einzigartige Chance für Banken, um vom signifikanten Wachstum dieses Sektors zu profitieren und gleichzeitig zu demonstrieren, daß man einen positiven Beitrag gegen den Klimawandel leistet". Ein Schelm, wer dabei an eine neue, später platzende Blase denkt.

Auch die Politik ist höchst interessiert, spült doch der CO2-Zertifikatehandel Geld in die Staatskasse. Weitere Profiteure sind Klimatologen, Bürokraten des Klimawandels, NGO's und Weltverbesserungsideologen. Der Physiker Dr. Link vermerkt zutreffend auf seiner skeptischen Webseite "So ist festzustellen, daß es nicht mehr um die Wahrheit zum Klima und zur Energie geht, sondern daß die Finanzkräfte im Gleichschritt mit den Klimatologen, der Politik, den Medien und, erstaunlich genug, mit den Umweltparteien und verbänden hier das Ruder übernommen haben. Insbesondere die Wissenschaft der Klimatologie hat sich korrumpiert und ist zum Alibi der Finanzwirtschaft geworden."

Klimaschutz und erneuerbare Energien sind Umverteilung von unten nach oben. Den wirtschaftlich Schwachen aufgezwungenen Energiepreise wandern in die Taschen der Profiteure, dies auch noch gesetzlich verankert. Der volkswirtschaftlich und sozial verheerende Spuk von Subventionen für erneuerbare Energien ist daher zu beenden. Es müssen wieder freie Marktgesetze einkehren, denen sich alle Stromerzeugungssysteme zu stellen haben.

Allerdings ist eine geradezu panische Angst aller politischen Parteien unübersehbar - vor Wählern nämlich, die auf Grund jahrzehntelanger grüner Propaganda, geschürt von allen deutschen Medien, ihrer rationalen Urteilsfähigkeit verlustig gegangen sind. Deutschland hat indes immer noch ein großes Wählerpotential an technischer Intelligenz. Hierauf muß eine ehrliche und mutige CDU/CSU-Politik wieder aufbauen.<<

Prof. Sigurd Schulien (deutscher Physiker, Hochschullehrer i.R.) berichtete später über die Energieerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland (x866/...): >>**Welche Energietechnik ist den Deutschen erlaubt?**

Die Lösung der Energiefrage in Deutschland ist eines der wichtigsten technischen und politischen Probleme, das in naher Zukunft angegangen werden muß mit dem Willen zu echten und dauerhaften Lösungen. Die Frage ist sehr komplex und historisch belastet. Da imperiale Ansprüche mit der Energiefrage verknüpft sind, ist die Diskussion heikel und voller Fallgruben und ideologischer Vernebelungen. Nichts hat die Geschichte der letzten hundert Jahre so geprägt wie der Kampf um die Kontrolle der Ölreserven der Welt in erklärten und unerklärten Kriegen. Dem Erdöl wird von F. William Engdahl die wichtigste Rolle im Kampf um die Weltherrschaft zugeschrieben, aber auch von anderen klugen Beobachtern.

Zu Anfang des 20. Jahrhunderts zeigte sich, daß die zukünftige technische und wirtschaftliche Entwicklung sehr eng mit dem Erdöl verknüpft sein wird. Automobile und Flugzeuge benötigen zu ihrem Betrieb Benzin, das aus Erdöl destilliert wird.

Nach dem ersten Weltkrieg mußte Deutschland seine Rechte an dem mesopotamischen Erdöl (Bagdadbahn) an die Siegermächte abtreten. Es hatte damit keine nennenswerten Energievorräte mehr - abgesehen von der Steinkohle im Ruhrgebiet -, nachdem die oberschlesischen Gruben an Polen, die saarländischen an Frankreich abgetreten waren. Da das unseren westlichen Freunden nicht genügte, erfolgte 1923 die Ruhrbesetzung, die leider nicht den gewünschten Erfolg brachte (Abtrennung des Ruhrgebiets von Deutschland).

Deutschland hatte zu jener Zeit allerdings noch beträchtliche geistigtechnische und moralische Ressourcen. Seine Wissenschaftler und Techniker entwickelten in kurzer Zeit ein effektives Verfahren, um aus dem heimischen Energierohstoff Kohle durch Hydrierung (Anlagerung von Wasserstoff an Kohlenstoff) Benzin zu produzieren. Die Führung des Staates erkannte die Bedeutung der Erfindung und förderte mit beträchtlichen Mitteln den Bau von Hydrieranlagen. Das künstliche Benzin war natürlich teurer als das aus dem billigen Erdöl der Kolonien gewonnene - aber die Erpressungsmöglichkeiten waren reduziert.

Das Energieproblem war technisch gelöst, aber nicht politisch - was dann zu kriegerischen Auseinandersetzungen führte (2. Weltkrieg). Nach dem erfolgreich durchgeführten Kreuzzug gegen die Terroristen in Mitteleuropa konnten sich die siegreichen Amerikaner ab 1945 an den Umbau der deutschen Wirtschaft machen, wie es die Kriegsziele vorsahen. So wurden die Kohleverflüssigungsanlagen geschlossen (die in der östlichen Zone erst nach 1989) sowie der Bergbau allmählich gedrosselt und der Erdölverbrauch gefördert - die Ölvorräte waren ja in guten Händen.

Etwas voreilig hatte man in den sechziger Jahren die Nutzung der Kernenergie freigegeben, weil man glaubte, die Hand auf allen Uranlagerstätten und ein Monopol auf die Urananreicherung zu haben. Das war zu kurz gedacht, denn es stellte sich heraus, daß im Schnellen Brüter oder im Hochtemperaturreaktor - der in Deutschland bis zur Serienreife entwickelt worden war - neben der Energie auch der benötigte Brennstoff erzeugt werden kann. Mittels der fort-

geschrittenen Kernenergietechnik hätten sich also einige wichtige Staaten vom Einfluß der guten Menschen aus New York unabhängig machen können.

Da dies dem Sinn der Geschichte widersprochen hätte (Rathenau) und genau das Gegenteil der jahrzehntelangen zähen Bemühungen der Wall-Street-Mächtigen war, wurde die Gefährlichkeit der Kernenergie entdeckt.

Die befreundeten Medien und Geheimdienste sorgten dafür, daß diese Gefahr nicht verborgen blieb. Die Kampagne war sehr erfolgreich. Sie wird bis heute von einer bunten Schar unterschiedlichster Hilfstruppen weitergeführt. Denn das technisch-wissenschaftliche Know-how der Kerntechnik und Kohletechnik ist in Deutschland immer noch nicht erloschen - trotz intensiver Bemühungen unserer guten Freunde aus dem Westen.

Die Kernenergieindustrie wehrte sich mit dem Argument, daß bei der Nutzung der Kernenergie keine Umweltverschmutzung auftritt wie bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe, also kein Schwefeldioxid, keine Stickoxide, kein Kohlendioxid (das kein Schadstoff und Klimakiller ist wie die Leute von der Wall-Street behaupten) usf. Die Retourkutsche der Erdölbosse waren die radioaktiven Abfälle aus den Kernreaktoren. Seitdem vernebelt der ideologische Streit um fossile bzw. nukleare Energieträger mit unreflektierten Schlagworten die Gehirne eines Großteils der Menschheit.

Der Ausgang des Disputs Erdöl gegen Kernenergie war in Deutschland bei Würdigung der bestehenden Machtverhältnisse unzweifelhaft. Als Ersatz für die Kernenergie durfte man sich in Deutschland mit regenerativen Energien beschäftigen, also mit Windenergie, Sonnenenergie, Erdwärme, Wellenenergie sowie Energieeinsparung als neuartiger Energieform etc.

Die Pfiffikusse von jenseits des Atlantiks hatten sich dabei vermutlich folgendes gedacht: das von den Medien gelenkte Publikum ist erfreut darüber, daß etwas auf dem Gebiet der "natürlichen und sauberen Energie" geschieht. Außerdem kann man mit den regenerativen Energien allein keine großen Netze betreiben oder ganz Deutschland mit Energie versorgen. Denn Solarenergie und Windenergie werden mit zu geringer Intensität und zu großen Schwankungen diskontinuierlich angeboten. Die Verbraucher möchten allerdings eine konstante gleichmäßige Energielieferung. Um diese Forderung zu erfüllen, braucht man einen leistungsfähigen Energiespeicher für die regenerativen Energien.

Das einzige Speichermedium, das für die Solar- oder Windenergie in größerem Umfang in Frage kommt, ist der Wasserstoff, da er leicht durch Wasserzersetzung erzeugt werden kann, gut transportabel und speicherbar und sein Verbrennungsprodukt mit Sauerstoff reines Wasser ist: eine ideale Lösung sowohl für kleine Inselnetze als auch für große Einheiten auf der Basis regenerativer Energien. Ohne Speicherung sind die regenerativen Energien nutzlose Spielerei und können die bestehenden Energiesysteme nicht ersetzen.

Als Verfahren für die Speicherung des gasförmigen Wasserstoffs hat man zunächst die Speicherung in Drucktanks erwogen. Solche Tanks sind allerdings zu groß, um sie in normalen Personautos einzusetzen, abgesehen von anderen Schwierigkeiten der Sicherheit und Infrastruktur. Für die mobile Anwendung könnte man aber den Wasserstoff in Form von Methanol speichern, das durch eine chemische Reaktion von Wasserstoff und Kohlendioxid hergestellt wird. Methanol ist ein geeigneter flüssiger Energieträger, für den z.B. die vorhandene Verteilungsinfrastruktur (z.B. Tankstellennetz) ohne große Änderungen benutzt werden kann.

Mit der Wasserstofftechnik bzw. der daraus abgeleiteten Methanoltechnik könnten die regenerativen Energien ihren endgültigen Durchbruch erzielen. Daß dies den Weltpolitikern bzw. Globalstrategen nicht in den Kram paßt, ergibt sich aus dem vorher gesagten. So tauchte bald das Argument auf, die Wasserstofftechnik komme erst in hundert Jahren. Woher man das weiß, ist nicht bekannt. Die Hilfstruppen in Bonn und Berlin haben diese Aussage fleißig kolportiert. Daß damit die regenerativen Energien auch erst in hundert Jahren kommen, haben sie nicht laut gesagt.

Ein weiteres Argument gegen die Wasserstofftechnik kam von den Grünen: diese Technik helfe nur der Großindustrie und sei damit nicht förderungswürdig. Basta! Ab Mitte der 1990er Jahre - als der Einfluß der 68er in allen Parteien bestimmend geworden war - wurde die staatliche Förderung der BRD-Wasserstoff-Projekte zurückgefahren bzw. eingestellt. Dafür wurde der Absatz von Windenergieanlagen und Fotovoltaiksystemen in steigendem Maße subventioniert. Diese Windräder liefern allerdings bei Windstille oder Schwachwind keinen Strom, ebensowenig wie die Solarzellen nachts oder bei wolkenverhangenem Himmel.

Die grünen Energiepolitiker waren sich schnell einig, daß dieses Problem leicht mit Batterien zu lösen sei. Allerdings gibt es auf der Welt nicht so viel Blei (für die Elektroden der Batterien), um die Energieversorgung Deutschlands für einige Wochen durch Batterien sicherzustellen.

Die von den Grünen aller Parteien vorgeschlagene Stromversorgung Deutschlands durch Windräder ist also durch folgende Eigentümlichkeit gekennzeichnet: Bei Windstille wird der Strom für Küche, Fernseher usw. durch konventionelle Kraftwerke geliefert. Deutschland muß also fast die doppelte Kraftwerkleistung installieren statt der real benötigten. Noch kurioser wird es bei Starkwind.

Wegen des EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) müssen bei starkem Wind (also bei hoher Stromproduktion) die konventionellen Kraftwerke, die billigen Strom liefern, abgeschaltet werden, damit die Netzspannung nicht zu hoch wird durch den im Übermaß in das Netz gepumpten Strom. Daher die hohen und derzeit steigenden Strompreise und das Politiker-Gerede, wir hätten zu viele Kraftwerke. Natürlich haben wir in der BRD mehr Kraftwerk-Kapazität als erforderlich, weil konventionelle Kraftwerke vorgehalten werden müssen für den Fall der Windstille oder Wolken am Himmel. Man könnte mit dem überschüssigen Strom Wasserstoff erzeugen durch Wasserzersetzung, aber das ist verboten.

Denn ein noch größeres Hindernis für die Wasserstofftechnik als die Unwissenheit und Beratungsresistenz der Politiker ist die Gesetzeslage dieser unserer BRD. In dieser US-Kolonie gelten nämlich immer noch viele Kontrollratgesetze, die nach 1945 von den Besatzungsbehörden erlassen wurden. Diese Gesetze stehen gemäß Grundgesetz - Artikel 139 (Befreiungsgesetz) über jedem deutschen Recht und können von deutschen Parlamenten nicht aufgehoben werden.

Gemäß Kontrollratgesetz Nr. 23 vom 10.4.1946 ist die Kohleverflüssigung in Deutschland verboten (s. www.de.wikipedia.de/Kontrollratgesetze) und damit die Wasserstofftechnik, die ja ein Teil der Kohleverflüssigungstechnik ist. Ebenso ist gemäß Kontrollratgesetz Nr. 25 B die Herstellung von Methanol nach dem Hochdruckverfahren nur mit Genehmigung unserer Freunde aus der westlichen Wertegemeinschaft möglich.

Welche Energiepolitik ist also für die BRD erlaubt?

Kernenergie ist verboten, Energie aus deutscher Kohle unerwünscht (muß verboten werden), Energie aus Erdöl und Erdgas nur zulässig, wenn Öl und Gas aus den Ländern der westlichen Wertegemeinschaft stammen und die CO₂-Abgabe an die Börse entrichtet wird, Wasserstoff-Energietechnik ist nicht erlaubt wegen Kontrollratgesetz Nr. 23 und da keine CO₂-Abgabe für den Emissionshandel möglich ist.

Deutsche Energiepolitik im Sinne unserer Freunde aus der Londoner City und der Wall-Street bedeutet: Deutschland zahlt, auch für die Geldsäcke in Paris. Energieautarkie darf es für Deutschland nicht geben, Deutschland muß erpreßbar bleiben. Damit ist die Frage aus der Überschrift beantwortet:

Keine dem deutschen Wohl dienende Energietechnik ist erlaubt. Als Energietechnik für die BRD bleiben also nur die erneuerbaren Energien ohne Speicherung. Damit ist die deutsche Frage im Sinne unserer Freunde aus dem Westen gelöst.

Näheres zu diesem Thema findet man im Internet unter www.adew.eu.

Wenn jetzt noch Zweifel daran bestehen, daß Deutschland immer noch von seinen Freunden aus der westlichen Wertegemeinschaft vernichtet werden soll, dann sollte man sich die Hollywood-Filme der letzten Jahre ansehen, die mit unserem Land zu tun haben.<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete im Juni 2011 über die Europäische Union (x878/...): >>**Europa und das deutsche "nationale Interesse"**

Eine Anekdote vorab. Bei meinem ersten Besuch als Berufsanfänger 1972 in Brüssel klärte mich ein freundlicher italienischer Kollege beim Mittagessen über die Funktionsweise der europäischen Einigung auf: die Franzosen erfinden es, die Deutschen bezahlen es und die Italiener finden Wege, wie sie am besten davon profitieren.

Viel scheint sich seither nicht geändert zu haben. Bestanden damals die Europäischen Gemeinschaften (EG) mit Frankreich, Italien, der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg aus 6 Mitgliedstaaten, so ist die Europäische Union (EU) heute, 2011, auf 27 Staaten angewachsen. Ergänzt man Italien um die sogenannte Südschiene oder Peripheriestaaten mit Griechenland, Spanien, Portugal und Irland und die Bundesrepublik um die Niederlande, Österreich und die skandinavischen Länder, so besteht das Grundmuster weiter: die Südländer profitieren von den Finanztransfers, die Nordländer bezahlen sie, während Frankreich den politischen Takt vorgibt (u.a. Durchsetzung des Euro, Vorschläge zu einer europäischen Wirtschaftsregierung).

Das ist natürlich eine verkürzte Sicht, aber das Schlaglicht, das damit auf den europäischen Einigungsprozeß geworfen wird, ist so falsch nicht. Die Spannungen und Bruchstellen der EU werden an diesen Grundlinien deutlich. Die Folgen sind eine um sich greifende Europa-Skepsis und Europa-Müdigkeit, ja sogar ein zunehmender Verdruß, der sich seit der Finanzkrise 2007 vor allem - aber nicht nur - aus der Krise des Euro, der gemeinsamen Währung nährt.

Nicht alle Aspekte der Europa-Krise können behandelt werden. Das Hauptgewicht liegt auf den deutschen Befindlichkeiten, Interessen und Handlungsmöglichkeiten, zumal sie im europäischen Kontext großes, manchmal entscheidendes Gewicht haben oder haben könnten. Bezugspunkt ist stets das deutsche "nationale Interesse".

I. Das deutsche "nationale Interesse"

Das nationale Interesse ist in Deutschland zur Bestimmung außenpolitischer Ziele umstritten. International ist der Bezug auf das nationale Interesse eine Selbstverständlichkeit. Das nationale Interesse ist die einzig gängige Münze, die überall zählt, die auf der ganzen Welt anerkannt wird, weil sie verstanden, gewogen, gewertet und eingeordnet werden kann.

In Deutschland ist der Begriff in der Vergangenheit diskreditiert worden, weil er in erster Linie mit Nationalismus und der Durchsetzung nationaler Interessen mittels Gewalt, sprich Militär im Ersten und Zweiten Weltkrieg gleichgesetzt worden war. Die Definition der nationalen Interessen erfordert aber eine genaue Definition der eigenen Interessen, ihrer Rangordnung und der Mittel für ihre Durchsetzung unter den gegebenen Umständen, d.h. der Interessen der internationalen Mitspieler. Die Risiken müssen abgewogen, die Möglichkeit gemeinsamen Handelns geprüft und eine entsprechende Strategie und Taktik entwickelt werden.

Das ist das kleine Einmaleins, das jeder Student der internationalen Politik in den USA im 1. Semester durch zu deklinieren lernt. Als Folge der Übertreibungen der beiden Weltkriege und der besonderen Lage der alten Bundesrepublik bis 1990 ist in Deutschland das Denken in diesen Kategorien entwertet, tabuisiert und zum Teil sogar verteufelt worden (vgl. Guntram von Schenck, 8. Mai 1945: Tag der Befreiung?). Bis heute macht sich das als außenpolitische Orientierungslosigkeit der deutschen Außenpolitik bemerkbar, u.a. in der Libyen-Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 17. März 2011 (Le Monde vom 19.03.2011: "mangelnde politische Reife").

II. Europaweite Probleme

Nur kursorisch werden einleitend einige der europaweiten Symptome und Ursachen der Krise skizziert, um das Umfeld, in dem sich die deutsche Europapolitik bewegt, aufzuzeigen

Symptome der Krise

Die Symptome der Europa-Krise sind unübersehbar. Der Lissabon-Vertrag von 2009 konnte als letzter Meilenstein des Europäischen Einigungswerks nur mit Mühe ratifiziert werden. Zuvor hatten mit Frankreich und den Niederlanden zwei Gründungsmitglieder vertiefende Integrationsschritte, die den Vertrag von Nizza (2001) weiter entwickelten, verweigert.

Die innereuropäische Reisefreiheit, die im Schengen-Vertrag geregelt ist, wird durch italienische Regelverstöße und dänische Eigenmächtigkeiten ausgehöhlt. Die Krise des Euro strapaziert die Solidarität innerhalb der Währungsgemeinschaft bis an die Grenze, für einige, die u.a. als "Wahre Finnen" firmieren, über diese Grenzen hinaus.

Das ungute Gefühl bei den europäischen Nettozahlern, über den Tisch gezogen zu werden und für etwas zur Kasse gebeten zu werden, das sie nicht zu vertreten haben, wächst mit jedem Blick in die Zeitungen. Die Euro-Krise als Folge der Schuldenkrise hat alles Zeug, die EU zu sprengen; eine Zerreißprobe ist sie schon seit 2010 und dem ersten Hilfspaket für Griechenland. In der Außenpolitik gehen in der entscheidenden Phase des arabisch-islamischen Aufbruchs Frankreich und Großbritannien auf der einen, Deutschland auf der anderen Seite getrennte Wege: von der angestrebten und verabredeten gemeinsamen Außenpolitik keine Spur.

Gründe und Ursachen

Die Gründe und Ursachen sind keine Unbekannten. Die Globalisierung trägt Verunsicherung in die Bevölkerung, die sich ihren Zwängen wehrlos ausgesetzt fühlt. Eine zunehmende Fremdbestimmung durch ferne, anonyme Bürokratien in Brüssel oder internationale Organisationen, wie den Internationalen Währungsfonds (IWF), die in die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Staaten eingreifen, löst Ohnmachtsgefühle aus, die oft in Empörung umschlägt.

Die europäischen BürgerInnen sehen sich der Mitwirkungsmöglichkeiten beraubt, die sie in den alten Nationalstaaten hatten (oder zu haben glaubten). Das Demokratiedefizit auf der europäischen Ebene wird nicht zu Unrecht beklagt. Unbehagen bereitet auch der EU-Erweiterungsprozeß, der für viele zu schnell und zu weiträumig war.

Das europäische Projekt hat für viele an Anziehungskraft verloren. Probleme scheinen die Vorteile zu überwiegen. Die Friedenssicherung, die für die Nachkriegsgeneration ein entscheidendes Motiv war, ist für die heutige Generation eine Selbstverständlichkeit: innereuropäische Kriege scheinen ausgeschlossen. Die auf Friedenssicherung nach Innen und Außen bezogene Bindungskraft der EU ist im Schwinden begriffen.

Der drohende Zerfall oder das Zerbrechen der Union scheint als Horrorszenario an Bedeutung zu verlieren. Das gilt weniger für die Eliten als für die Masse der europäischen BürgerInnen. Die Distanz zu den politischen Eliten, die fernab in Raumschiffen zu agieren scheinen, vergrößert sich auf der nationalen Ebene, mehr noch auf der europäischen. Die niedrigen Wahlbeteiligungen für das Europaparlament sprechen eine deutliche Sprache.

Renationalisierung

In europapolitischen Fachkreisen, aber auch in den europäischen Medien wird eine Renationalisierung der Politik der europäischen Staaten diagnostiziert, wobei unklar bleibt, ob sie Ursache oder Folge der Europa-Müdigkeit ist. Auffällig ist, daß diese Diskussion in Deutschland kaum geführt wird. Nationale Egoisten werden in Deutschland zwar bei den europäischen Partnern benannt und auch kritisch gesehen, aber nicht gleichzeitig als allgemeines europäisches Phänomen erkannt.

Die Renaissance der Nationen manifestiert sich bisher eher an den Rändern, von wo sie aber auf die nationalen Handlungsrahmen zunehmend Einfluß gewinnen. Das gilt u.a. für Frank-

reich, die Niederlande, Finnland, Dänemark, aber auch Ungarn, wo es bereits weit über eine Randerscheinung hinaus gewachsen ist. Welche "nationalistischen Reflexe" es in Griechenland, Portugal, Spanien, Irland und ggf. Italien auf die dort so gesehenen europäischen Zumutungen in der Folge der Schuldenkrise geben wird, bleibt abzuwarten. Daß es sie geben wird, ist aber gewiß.

Ins Bild passen die innerhalb und außerhalb der EU wahrgenommenen wachsenden Schwierigkeiten in der deutsch-französischen Zusammenarbeit, die nicht nur eine Folge der sehr unterschiedlichen Persönlichkeiten von Präsident Sarkozy und Kanzlerin Merkel sind. Die enge deutsch-französische Zusammenarbeit war bisher konstitutiv für Europa, der deutsch-französische Motor unerlässlich. Es sind massive Interessenunterschiede zwischen Paris und Berlin, die sich mitunter schwer auf einen Nenner bringen oder mit Formelkompromissen überdecken lassen. Küßchen hin, Küßchen her, die Bereitschaft aufeinander zuzugehen nimmt unübersehbar ab.

Am deutlichsten sichtbar wird das mit der Entscheidung der Bundesregierung, sich in der Abstimmung zu Libyen im Sicherheitsrat am 17. März 2011 zu enthalten, während Frankreich mit Großbritannien und den USA dafür stimmten. Deutlicher hätte der deutsch-französische Dissens in einer ganz entscheidenden, zukunftssträchtigen Frage gar nicht sein können. Unübersehbar war, daß Frankreich die deutsch-französische Zusammenarbeit durch eine enge Kooperation mit London ersetzte - trotz der bekannten britischen Vorbehalte gegenüber der heutigen EU.

Gehen Deutschland und Frankreich nicht mehr zusammen, driften sie auseinander oder verfolgen unterschiedliche Interessen, so hat das unmittelbare Folgen für die Europäische Union. Probleme werden nicht mehr gelöst, sie schwären als ungelöste, offene Fragen weiter. Sie belasten die Entscheidung anderer Fragen, die ohne diese Altlasten wahrscheinlich durchaus behebbar wären.

Die Union schiebt Entscheidungen vor sich her und wird durch ihre Unfähigkeit, Probleme zu lösen, selbst Teil des Problems. Von außen und von innen wird sie dann als das wahrgenommen, was der deutsche Staatsrechtslehrer Samuel Pufendorf im 17. Jahrhundert über das alte "Heilige Römische Reich Deutscher Nation" sagte: er nannte es ein "monstrum simile", ein handlungsunfähiges Konglomerat unterschiedlichster, verquerer Interessen.

Soweit ist es noch nicht. Aber wenn die Europäische Union keine Probleme mehr lösen kann, wird sie bald als unnütz angesehen werden. Begeisterung wird sie nicht mehr entfachen, ihr werden keine Interessen mehr geopfert, Solidarität kann sie keine einfordern, schon gar nicht finanzieller Art. Ein langer Problemstau kann das europäische Projekt so beschweren und verdunkeln, daß die Europäische Union schließlich als Fessel angesehen wird. Das Schicksal der Sowjetunion, der Habsburger Monarchie aber auch Jugoslawiens sollte zu denken geben. Sie sind gescheitert, weil sie zunehmend als Völkergefängnisse wahrgenommen wurden. Vaclav Klaus, der tschechische Präsident begründete seine schwerwiegenden Bedenken gegen den Lissabon-Vertrag nicht zuletzt mit dieser Erfahrung.

III. Deutsche Probleme

Deutschland und die Renationalisierung

Die Renationalisierung, d.h. die Betonung und Durchsetzung nationaler Interessen innerhalb der EU wird in Deutschland anders als bei den europäischen Partnern kaum thematisiert. Dabei ist Deutschland Ausgangspunkt dieser Tendenzen. Es ist die Wiedervereinigung 1990, die diese Entwicklung in Gang setzte. Die Partnerländer sahen sich einem übermächtig wirkenden Deutschland konfrontiert, das insbesondere im ökonomischen Bereich seine Interessen unter Einsatz der Ellenbogen verfolgte. Unvergessen sind auch die Bedenken und Widerstände, die unsere Nachbarn (nicht nur Margret Thatcher) der deutschen Wiedervereinigung entgegenbrachten. Die Formel vom "europäischen Deutschland", die als Gegensatz zum vielfach be-

fürchteten "deutschen Europa" geprägt wurde, sollte diese Spannung überbrücken.

Europas Gründung auf Trümmern Deutschlands

Zur Erklärung ist ein kurzer Rückblick auf die Geschichte notwendig. Der Beginn der europäischen Integration in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts fand auf den Trümmern des besiegten Deutschland statt, das 1945 bedingungslos kapituliert hatte. Nur ein deutscher Teilstaat, die Bundesrepublik nahm an den ersten Schritten des Integrationsprozeß teil. Teilsouveränität erlangte die Bundesrepublik nur, indem sie sich in die europäische Einigung (und die NATO) einklinkte.

Diese Selbstbindung galt für die Bundesrepublik bis zur Wiedervereinigung 1990. Sie wurde nicht hinterfragt, denn sie garantierte den Wiederaufstieg und die wirtschaftliche Wohlfahrt der Westdeutschen, deren Interessen sie entsprach. Die Kehrseite war eine deutsche politische Bescheidenheit und Zurückhaltung, die den Führungsanspruch in den europäischen Institutionen weitgehend Frankreich überließ; ökonomisch übernahm die Bundesrepublik die Rolle des Zahlmeisters. Freiwillig überließ man u.a. erst dem Französischen, dann dem Englischen die sprachliche Dominanz in den europäischen Institutionen.

Der Euro und die Wiedervereinigung

Die Wiedervereinigung stellte die Nachkriegsordnung und damit die bisher bestehenden Grundlagen der europäischen Einigung in Frage. Der Präsident Frankreichs, Mitterrand, machte seine Zustimmung zur deutschen Einheit von der Aufgabe deutscher Souveränität in Gestalt der D-Mark und der Einbindung Deutschlands in einen europäischen Währungsverbund abhängig. (Die USA bestanden auf einem Verbleib Gesamtdeutschlands in der NATO, was auch eine fortbestehende signifikante US-Truppenpräsenz in Deutschland bedeutete.)

Zwar wird der Zusammenhang zwischen Wiedervereinigung und Aufgabe der D-Mark zugunsten des Euro immer wieder bestritten, aber er ist so offenkundig, daß sich eine Diskussion nicht lohnt. Bundeskanzler Helmut Kohl hat mit seinem außerordentlichen historischen Verständnis diese Zusammenhänge in den entscheidenden Jahren 1989/1990 gesehen und entsprechend gehandelt. Er tat dies im deutschen nationalen Interesse, denn ohne diese Konzession wäre die Wiedervereinigung nicht zu haben gewesen.

Gewachsenes deutsches Selbstbewußtsein

Die Entwicklung bleibt nicht stehen. Zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung hat sich das deutsche nationale Selbstbewußtsein weiter stabilisiert, die Erinnerung an das Jahr 1945 ist mehr und mehr verblaßt und das Bewußtsein einer deutschen Bringschuld für Europa verloren gegangen.

Die jüngere Generation sieht - und hat auch - keinen Grund, Schuldgefühle zu hegen oder zu verewigen und noch immer in geduckter Haltung in Europa Politik zu machen bzw. Interessen zurückzustecken. Im Bewußtsein, die stärkste Wirtschaftsmacht und das Land mit der größten Bevölkerung zu sein, ist das wiedervereinigte Deutschland im Begriff, aus den Fesseln der Niederlage 1945 und ihren Folgen, die bis zur Wiedervereinigung 1990 und darüber hinaus nachwirkten, allmählich heraus zu wachsen.

Aufmerksame Beobachter stellen auch eine allmähliche Um- und Neuformulierung des deutschen politischen Selbstverständnisses und Selbstbildnisses als Nation fest - ein Prozeß, der fast unmerklich und unterirdisch verlaufe, aber auf längere Sicht nicht ohne Wirkung bleiben kann. Die Rekonstruktion der Nation sei eine Folge des deutschen Nachholbedarfs infolge der langen nationalpolitischen Abstinenz nach 1945 und der Wiedervereinigung 1990. Wie auch immer: Jede neue Generation setzt ihre eigenen, spezifischen Akzente. Was sich herausbildet, ist ein neues, unbefangenes deutsches Selbstbewußtsein, in dem die Schatten der Vergangenheit mehr und mehr zurücktreten.

Deutschland als Zahlmeister

Schon zu Zeiten der alten Bundesrepublik hat sich Bonn beklagt, der Zahlmeister des europäi-

schen Einigungswerks zu sein. Die Klage galt vornehmlich der gemeinsamen Agrarpolitik. Bei der Schaffung der Euro-Währung hat Deutschland durchgesetzt, daß daraus unter keinen Umständen eine Haftungs- und Transferunion werden darf. Jedes Land sollte für seine eigene Fiskalpolitik verantwortlich sein; es wurde ausdrücklich ausgeschlossen, einen Partner herauszuheben zu müssen, wenn er in Schwierigkeiten geriet und seine Schulden nicht mehr bedienen konnte (No-bail-out-Klausel).

Mit Entsetzen wurde in den meisten deutschen Medien und von vielen deutschen BürgerInnen registriert, wie beim ersten Hilfspaket für Griechenland vom 9. Mai 2010 die beschlossenen Regeln der Währungsunion mißachtet wurden. Die Regeln waren offensichtlich das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben worden waren. Mit dem Hilfspaket für Griechenland wurde der Weg in die europäische Haftungs- und Transferunion beschritten - auf Kosten Deutschlands, das wieder einmal die finanzielle Hauptbürde zu tragen hatte. Das i-Tüpfelchen war die Aussage der Bundesregierung, das Ganze sei "alternativlos".

Seither wächst mit jedem Hilfspaket (Portugal, Irland, nochmals Griechenland) der Frust in Deutschland weiter. Das war gewiß nicht vereinbart worden, als im Zuge der Wiederherstellung der Einheit die Hoheit über die starke D-Mark aufgegeben worden war. Was 1989/1990 eine vertretbare Konzession gewesen war, wurde zur Falle, aus der es keinen Ausweg zu geben scheint; denn die Rettungspakete waren/sind ja "alternativlos". Deutschland hatte dem Euro unter der Voraussetzung zugestimmt, daß von allen Partnern eine verantwortungsvolle Wirtschafts- und Finanzpolitik gemacht werden würde; auch sollte der Euro gut von der Europäischen Zentralbank (EZB) gemanagt werden. Wie es sich zeigt, war beides nicht oder nur zum Teil der Fall.

Der Euro wird in der Wahrnehmung der meisten deutschen Medien und vieler Deutschen zur Fessel, die dazu zwingt, die Schulden anderer, die eben nicht verantwortungsvoll gewirtschaftet haben, "alternativlos" mit zu tragen - sei es mit Krediten, sei es über Bürgschaften. Und ein Ende ist nicht abzusehen.

Die Vorteile des Euro - so wird argumentiert - scheinen die Nachteile immer weniger aufzuwiegen: denn exportieren würde die deutsche Wirtschaft wie früher auch ohne den Euro; im Übrigen hätten die europäischen Nachbarn mit den Importen aus Deutschland auch Sachwerte (werthaltige Industrieprodukte) erhalten. Und ohne den Euro würde man wie früher im europäischen Ausland im Urlaub einfach Geld tauschen, so schwierig sei das auch nicht gewesen. Es kann nicht ausbleiben, daß aus solchen Überlegungen auf deutscher Seite Ressentiments erwachsen ...

IV. Deutschland in der Kritik

Reaktionen

Die Deutschen sind nicht die Einzigen, die auf die Krise mit wachsendem Verdruß, Ressentiments und Unwilligkeit reagieren. Die harten Sanierungs- und Sparprogramme, die die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank (EZB) und der Internationale Währungsfonds (IWF) den Griechen, Portugiesen, Irländern und möglicherweise bald Spanien, Belgien, Slowenien und Italien auferlegen, werden hauptsächlich Deutschland angelastet, das den Geldbeutel nicht weiter öffnen will und Hilfe verweigert.

Deutschland wird - zu Recht - die Führerschaft jener Gruppe von europäischen Staaten zugeschrieben, die weitere Not- und Hilfspakete, wenn überhaupt nur unter striktesten Auflagen zulassen; mit anderen Worten: sich einer weiteren eigenen Verschuldung verweigern.

Die wirtschaftliche, soziale Misere in Griechenland, Portugal und Spanien wird dort den Sanierungs- und Sparprogrammen, letztlich Deutschland zugeschrieben, das in der EU diese harte Linie diktiert. Hinzu kommt, daß diese Programme nicht nur wenig erfolgreich sind, sondern das wirtschaftliche und soziale Gewebe in diesen Ländern bis zum Zerreißen anspannen oder gar zerstören.

Aus der eigenen deutschen Geschichte wissen wir, daß die Sanierungs- und Sparprogramme der Regierung Brüning am Ende der Weimarer Republik mit ihren wirtschaftlichen, sozialen Auswirkungen in Gestalt von Massenarbeitslosigkeit auch fatale politische Folgen hatten, indem sie den Nationalsozialisten und Hitler den Weg bereiteten. Die Regierungen der betroffenen Länder werden dem Druck von unten auf Dauer nicht standhalten und die Durchführung der Programme nicht gewährleisten können. Es ist absehbar, daß sie zerbrechen werden, wenn der Druck zu groß wird.

Großbritannien

Großbritannien und die Londoner City haben keinen geringen Einfluß auf den Euro, auch wenn das Vereinigte Königreich nicht zum Euro-Währungsgebiet gehört. Hinter der "unsichtbaren Hand des Marktes" steht nicht selten eine interessengeleitete Einflüsterung der Londoner City (und der britischen politischen Klasse), der eine deutsche - wenn auch nur gefühlte wirtschaftliche und finanzielle - Dominanz mittels des Euro in Europa traditionell ein Dorn im Auge ist.

Kommt der US-Dollar in Verruf und sinkt im internationalen Wert, wird das Interesse der "Märkte" schnell auf die Schwächen des Euro gelenkt und damit der Wert des Dollar relativ zum Euro stabilisiert. London hat wie Washington ein Interesse daran, daß der Dollar als Weltleitwährung erhalten bleibt - und mit ihm die zwischen New York und London geteilte, außerordentlich lukrative globale angelsächsische Finanzdominanz.

Gibt es Probleme mit dem Dollar, finden US-amerikanische Rating-Agenturen rasch einen Grund, das Rating eines europäischen Landes abzusenken; die Stichworte erhalten sie aus London. So besehen schürt die Euro-Währung, in der Deutschland infolge der Schuldenkrise der europäischen Peripherie-Staaten ein entscheidendes Gewicht erlangt, das alte britische Konkurrenzdenken und Mißtrauen gegenüber Deutschland. Entsprechend wird antideutsche Stimmung gemacht, indem Presseartikel von London aus in die französischen, italienischen etc. Medien lanciert werden, in denen die Deutschen als unverständige, brutale Zuchtmeister dargestellt werden.

Frankreich: Kritik am Euro - Verrat an Europa

Frankreich führt eine andere Klage. Seit dem Beginn der europäischen Integration war von Frankreich vorgedacht worden, was dann von den Deutschen bezahlt worden ist. Mit Recht weisen die Franzosen darauf hin, daß auch Deutschland dabei nicht zu kurz gekommen ist und seine Wirtschaft stets ihren Vorteil darin fand. Mit der Euro-Währung hat die französische Politik geglaubt, Deutschland, den als mächtig bis übermächtig empfundenen Nachbarn endgültig in ein französisch entscheidend mitgeprägtes Interessengeflecht eingebunden zu haben. Unter dieser Bedingung hatte Frankreich der deutschen Einheit 1989/1990 letztlich zugestimmt - was dem französischen Präsidenten Mitterrand angesichts der deutsch-französischen Geschichte gewiß nicht leicht gefallen ist.

Im Glauben an das gemeinsame deutsch-französische Projekt Europa hat Mitterrand die deutsche Einheit schließlich abgesegnet. Wenn die Bundesregierung nun in der Folge der Schuldenkrise einer Weiterentwicklung und Vertiefung der Währungs-Union nur zögerlich oder gar nicht zustimmt, so fühlt sich Paris düpiert. Die Weiterentwicklung und Vertiefung liegt aus französischer Sicht in der Logik der Sache, eine Währungs-Union muß sich neuen, veränderten Umständen anpassen (können), sonst geht sie unter. Natürlich sieht man in Frankreich, daß Deutschland den Hauptteil der Kosten tragen muß - Frankreich aber fast ebenso so viel.

Einfach formuliert: Wo Deutschland versucht, seine traditionelle Zahlmeisterrolle allmählich abzuschütteln, sieht Frankreich den Euro und seine notwendige Weiterentwicklung in Richtung Wirtschaftregierung in Frage gestellt. Dann fühlt sich auch Frankreich frei, sich eng mit Großbritannien zu liieren und u.a. in Libyen - ohne die Deutschen, aber mit den USA - Krieg zu führen.

V. Das deutsche nationale Interesse ist die Europäische Integration

Das Problem deutscher Politik bestand seit der Reichsgründung 1871 im Kontext des europäischen Mächtegleichgewichts darin, tendenziell die hegemoniale Macht zu sein, ohne die tatsächliche Hegemonie durchsetzen zu können. Die Spannung, die sich daraus ergab, endete im Ersten Weltkrieg mit der deutschen Niederlage, endgültig dann im Zweiten Weltkrieg mit der bedingungslosen Kapitulation.

Schon zu Beginn des Ersten Weltkriegs hatte Walter Rathenau, der spätere Außenminister der Weimarer Republik (1922) daraus die Folgerung gezogen, daß diese Spannung durch eine Wirtschaftsgemeinschaft mit Belgien und Frankreich aufgelöst werden müßte, später fügte er als weitere Komponente eine enge wirtschaftliche Kooperation mit Rußland hinzu (vgl. Gunttram von Schenck, Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert).

Nach 1945 haben alle deutschen Bundeskanzler von Adenauer, über Willy Brandt, Helmut Schmidt bis Helmut Kohl die Ratio dieser Gedankenführung nachvollzogen und danach gehandelt. Helmut Kohl hat sie im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit nochmals unterstrichen und dem folgenschweren Verzicht auf eine eigene Währung mit der D-Mark zugestimmt. Das ist in sich schlüssig und muß heute nicht noch einmal bis ins Einzelne nachgezeichnet werden.

Gleichwohl gibt es in Deutschland mit unterschiedlichen Motiven und Begründungen immer wieder ein Aufbegehren gegen diese Politik, die sich auf sich auf wirtschafts- und geldpolitische Argumentationen (u.a. zurück zur D-Mark) oder verfassungsrechtliche Bedenken (Bundesverfassungsgericht: Demokratiedefizit, Verfassungsvorbehalt) gründet. Im Ausland, insbesondere in Frankreich, Italien etc. werden diese Ansätze als Absage an die europäische Integration interpretiert. Oder anders formuliert, als deutscher Versuch, nach dem Erreichen der Einheit in der Konsequenz doch wieder an die Hegemonialpolitik der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts anzuknüpfen.

Das mag man in Deutschland als übertrieben und weit hergeholt sehen, ist aber in den Augen unserer europäischen Nachbarn nach zwei Weltkriegen eine reale Befürchtung, auf die Rücksicht genommen werden muß. Es bleibt also dabei: die Europäische Integration liegt im wohlverstandenen deutschen nationalen Interesse.

Europäische Außenpolitik

Ein Gedankenspiel: Man stelle sich vor, Deutschland hätte sich am 17. März 2011 im UN-Sicherheitsrat bei der Libyenresolution nicht enthalten sondern mit Großbritannien, Frankreich (und den USA) gestimmt. Europa wäre in Gestalt der drei wichtigsten Führungsmächte in einem entscheidenden Zeitpunkt, in dem sich die arabisch-islamische Welt neu formiert, außenpolitisch geeint aufgetreten. Welch ein Triumph für Europa! Gerade auf dem Gebiet der gemeinsamen Außenpolitik, wo Einigkeit am schwersten herzustellen ist, wäre das eine Demonstration geballter europäischer Einigkeit gewesen, ein wichtiger Schritt in eine gemeinsame Zukunft, ein unübersehbares Signal.

Die Enthaltung im UN-Sicherheitsrat stellt einen gravierenden außenpolitischen Fehler dar: Deutschland hat sich in der EU und NATO isoliert und mitentscheidenden Einfluß am weiteren Geschehen im arabisch-islamischen Raum preisgegeben. Mangelnde Reflexion oder Naivität bzw. historische Unbefangenheit sind kein Ersatz für das behauptete "nationale Interesse", auch wenn man glaubte, der deutschen öffentlichen Meinung zu entsprechen und einen Wahlerfolg landen zu können. Überzeugendes nationales Selbstbewußtsein drückt sich auch und gerade in der Übernahme internationaler Verantwortung, nicht in deren Verweigerung aus.

VI. Deutsches nationales Interesse: ein funktionsfähiges Europa

Im deutschen nationalen Interesse liegt eine Europäische Union, die die ihm von den Mitgliedstaaten übertragenen Funktionen mit Erfolg erfüllt; deutsches nationales Interesse ist eine

funktionsfähige Europäische Union. Dazu gehört, daß die BürgerInnen aller europäischen Staaten letztlich die Gewißheit haben können, daß die Union in ihrem Interesse liegt, daß Lasten und Vorteile in einem gesunden Verhältnis stehen, ja daß die Vorteile die Nachteile in Gestalt von Aufgabe von Souveränitätsrechten, Zahlungen an das gemeinsame Budget etc. zumindest perspektivisch überwiegen. Kein Land sollte übermäßig profitieren, während andere die Hauptlasten, insbesondere finanzieller Art tragen müssen.

Wie kann das deutsche nationale Interesse mit dem europäischen in Einklang gebracht werden? Es gibt im Wesentlichen in der gegenwärtig alles überschattenden Euro-Krise drei Handlungsoptionen für die Bundesregierung:

- 1) eine Politik des "weiter so", d.h. die Fortsetzung des Durchwurstelns, um Zeit zu gewinnen,
- 2) der Anregung des EZB-Präsidenten Trichet zu folgen und eine Wirtschaftsunion mit einem europäischen Finanzministerium anzustreben oder
- 3) alsbald einen harten Schnitt mit einer Umschuldung und/oder Suspendierung der überschuldeten Euroländer durchzusetzen.

1) Weiter so?

Der Ausschluß der Haftungs- und Transfergemeinschaft (No-bail-out-Klausel), wie er bei Einführung des Euro fest vereinbart wurde, gehört zur Balance der unterschiedlichen Interessen, auf der die Währungsunion beruht.

Mit dem ersten Griechenland-Hilfspaket vom 9. Mai 2010 ist dieses Prinzip unterwandert worden, wenn auch mit einigen irreführenden Verschleierungen. Das Tor für die Haftungs- und Transferunion des Euro-Währungsraums ist aufgestoßen worden. Mit weiteren Hilfspaketen, auch für Griechenland soll dieser Weg fortgesetzt werden.

Verschiedene Argumente werden für eine Fortsetzung der am 9. Mai 2010 eingeschlagenen Politik angeführt: es drohe eine neue weltweite, nicht nur auf Europa beschränkte Banken- und Finanzkrise, die Euro-Währung kollabiere, daraufhin zerbreche die Europäische Union, kurz: das absehbare Chaos trete ein usw.

Das ist für Nichtfachleute schwer zu durchschauen. Aber auch für Wirtschaftsexperten, Banker und Finanzfachleute verschiedenster Couleur scheinen die Folgen so klar nicht zu sein: Zu unterschiedlich sind deren Stellungnahmen, hinter denen im Übrigen offenkundig jeweils massive eigene Interessen stehen.

Bisherige Hilfspakete zerstören Europa

Die bisherigen Ansätze für eine Lösung der Schuldenkrise der europäischen Randstaaten laufen auf eine Haftungs- und Transfergemeinschaft hinaus. Die SteuerbürgerInnen einiger Staaten werden in einer Weise mit Krediten und Bürgschaften in Anspruch genommen, die den Atem verschlägt. Diese Politik würde sicherlich - zähneknirschend - hingenommen und mitgetragen, wenn sie erfolgreich wäre, wenn sie funktionieren würde. Oder wenn die begründete Aussicht bestünde, daß sie funktionieren würde. Genau das tut sie aber nicht, wie die Entwicklung in Griechenland zeigt.

Griechenland kann die Sparprogramme nicht umsetzen, 2010 nicht und auch 2011 nicht - aus wirtschaftlichen, sozialen und letztlich politischen Gründen. Wer ein Land zwingt, sein Nationalvermögen zu verschleudern, wer es bis aufs Hemd auszieht, ihm mit rabiaten Sparrunden die Grundlagen für ein gesundes Wirtschaftswachstum nimmt und in eine tiefe Rezession mit Massenarbeitslosigkeit stürzt, darf sich nicht wundern, wenn es zu einer Art Volksaufstand kommt. Portugal ist auf demselben Weg, ebenso wie Spanien. Die Sparprogramme, die als Diktat aus Brüssel (oder Berlin) empfunden werden, provozieren Unruhen, die sich bis zur Revolte steigern. Sie wenden sich explizit gegen die EU (und Berlin).

Segnungen aus Europa sehen anders aus. Empfänger- und Geberländer wehren sich. Daran könnte die Europäische Union tatsächlich zerbrechen. Den Völkern wird die Luft abgeschnürt, sie werden in etwas hineingepreßt, was sie nicht wollen, was vor allem wirtschaftlich und po-

litisch nicht durchzuhalten ist.

Zyniker werden zudem nicht müde - und leider zu recht - darauf hin zu weisen, daß es letztlich gar nicht um Europa und die Hilfe für die Bevölkerungen der Peripheriestaaten geht, sondern um die Rettung der Banken. Die Not der Griechen, Portugiesen etc. wird als Druckmittel benutzt, um Stimmung für Hilfspakete zu machen.

Wir sind Gefangene eines Banken- und Finanzmarktsystems, dem es nur darum geht, die dort eingegangenen Risiken auf die Steuerzahler der Länder mit hoher Bonität abzuwälzen. Zur Rettung eines Banken- und Finanzsystems werden den europäischen Bürgern immense Opfer abverlangt. Sie sind um so weniger zu vermitteln, wenn im Banken- und Finanzsektor astronomische Gehälter und Boni gezahlt werden.

Deutsche Transferunion kein Vorbild

Kritikern der Entwicklung in die europäische Haftungs- und Transferunion wird entgegen gehalten, daß es in Deutschland ja auch eine Haftungs- und Transferunion gibt - warum also nicht auch auf EU-Ebene? Wer an den Länderfinanzausgleich denkt, weiß, wie umstritten dieser ist. Es hat auch von der Reichsgründung 1871 bis zur alten Bundesrepublik gedauert, ehe ein Finanzausgleich eingeführt wurde. Das ist keineswegs selbstverständlich. Der Appell an die Solidarität trägt nicht wirklich weit, wenn es ums Geld geht. Zank und Streit ist die Folge. Wollen wir das wirklich auf die europäische Ebene übertragen, wo der Zusammenhalt doch sehr viel geringer ist als auf der deutschen, nationalen Ebene? Alle Erfahrungen sprechen dagegen.

Kein Völkergefängnis

Wenn die europäischen Empfängerländer im Süden und die Geberländer im Norden überfordert werden, wird aus der Europäischen Union ein "Völkergefängnis". Wenn beide Seiten unter der Knute und dem Diktat der Banken und Finanzmärkte leiden, weil die Euro-Rettung falsch angegangen wurde, wird aus der Europäischen Union ein Joch, dessen sich die Völker bald entledigen wollen. Die Europäische Union darf kein Völkergefängnis werden. Irreparabler Schaden würde angerichtet. Im Interesse Europas muß die am 9. Mai 2010 eingeschlagene Politik korrigiert werden. Das ist deutsches und europäisches Interesse zugleich.

2) Vorschläge des EZB-Präsidenten Trichet

Ein weitreichendes Alternativprojekt wurde von dem französischen Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB) Jean-Claude Trichet anlässlich der Verleihung des Aachener Karlspreises Anfang Juni 2011 ins Gespräch gebracht. Er hatte seinen Vorschlag mit den in seiner Amtszeit (2003-2011) "aufgedeckten Schwachstellen" des Euroraums begründet. Deshalb sollte eine einschneidende Überarbeitung der EU-Vertragsregeln für den Umgang mit Haushaltssündern vorgenommen werden. In letzter Konsequenz wünschte er ein "europäisches Finanzministerium" als Ergänzung der heutigen, aus Binnenmarkt, Euro und EZB bestehenden Architektur.

Trichet muß es wissen: Um die Mängel des Euroraums zu beheben, braucht es letztlich eine europäische Zentralregierung, die mit Vetorecht in die Wirtschafts- und Finanzpolitik der einzelnen Staaten eingreifen und diese lenken kann. Das ist typisch französisches Denken, das in der Zentralisierung das Allheilmittel sieht. Abgesehen davon, daß alle EU-Länder einer solchen radikalen Umgestaltung der Verträge zustimmen müßten, was schwerlich der Fall sein dürfte, zwingt dieses Konzept alle europäischen Staaten in ein Zwangssystem, das Widerstand hervorrufen muß.

Wichtiger ist jedoch die Ansicht des EZB-Präsidenten, daß es letzten Endes dieses zentralistischen Zwangs bedarf, um den Euro in seiner heutigen Gestalt auf Dauer zu stabilisieren. Trichet hat den wahren Preis genannt: ein zentralistisches Europa. Die Zukunft ist offen, vielleicht gibt es einmal ein von Brüssel zentralisiertes Europa. Gegenwärtig und auf absehbare Zeit wäre das jedoch keine Utopie, sondern ein Fluch. Die Völker und Nationen Europas wür-

den aufbegehren. Schnell hätten wir überall in Europa nur noch "Griechenland" und "Wahre Finnen". Europa würde daran zerbrechen.

3) Der Schnitt

Die Europäische Union steht am Scheideweg. Als stärkster Wirtschaftsmacht in der EU mit einer faktischen Veto-Macht kommt Deutschland eine besondere Verantwortung zu. Da eine gut funktionierende Europäische Union im deutschen nationalen Interesse liegt, muß die Bundesregierung einen Weg aus der Euro-Krise finden und eine Politik vorantreiben, die den Völkern und Staaten die Luft zum Atmen erhält bzw. zurückgibt.

Sie muß dem um sich greifenden Empfinden einer Überforderung die Anlässe nehmen. Nur dadurch kann die EU auf längere Sicht stabilisiert werden. Das Erreichte muß erst einmal konsolidiert werden, ehe neue Schritte, sprich Erweiterungen, Vertiefungen o.ä. in Angriff genommen werden können.

Wo Fehler gemacht wurden, muß schnell und energisch Abhilfe geschaffen werden.

Das gilt besonders für die Eurowährung, die leider zur Gefahr für den europäischen Zusammenhalt geworden ist. Die Normalbürger sind überfordert, wenn sie zur Euro-Krise konkrete Lösungsvorschläge machen sollen. Das gleiche gilt für 99 % aller Politiker, denen ohnehin nur fertige Rettungs-Pakete als angeblich "alternativlos" zum Abnicken und Durchwinken präsentiert werden. Die Bundesregierung ist gefordert, ein realistisches Konzept vorzulegen, glaubwürdig zu begründen und durchzusetzen. Die deutschen Steuerzahler müssen wissen woran sie sind; es ist schließlich ihr Geld, um das es geht.

Ein begründetes Konzept, eine klare Linie der Bundesregierung ist bisher allerdings (noch) nicht zu erkennen. Es rächt sich, daß die Regierung Merkel/Westerwelle die Personalpolitik auf internationaler Ebene vernachlässigt, deutsche Kandidaten entmutigt oder Amtsinhaber (Axel Weber) unzureichend unterstützt hat.

Auf europäischer Ebene dominieren Franzosen und Italiener, beim IWF folgt einem Franzosen eine Französin. Deutscher Einfluß auf internationaler Ebene sieht anders aus. Nun fehlen auch der deutschen Politik die geeigneten Berater, die über die nötigen Informationen und Erfahrungen verfügen, die früh- und rechtzeitig im deutschen Interesse Entscheidungen beeinflussen und vorformulieren könnten. Mit der in Berlin dominierenden Provinzmentalität muß endlich Schluß sein.

Kein Mandat für eine europäische Haftungs- und Transferunion

Eine Entscheidung schält sich im deutschen nationalen Interesse heraus, die mit dem europäischen Interesse identisch ist. Die bisherige Politik zur Rettung des Euro kann nicht fortgesetzt werden. Das hinhaltende Durchwursteln, das weitere Abgleiten in die Haftungs- und Transferunion, für die es seitens der deutschen Wähler ohnehin kein Mandat gibt, (ein Mandat, das auch niemals erteilt werden würde), muß gestoppt werden. Diese Politik stranguliert die Staaten auf der Geber- und Empfängerseite, ohne ein Ergebnis zu zeitigen, sie zerstört den Zusammenhalt und die Solidarität in der EU. Sie hat das Potential, die EU in den Abgrund zu reißen.

Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende

Es muß eine Lösung gefunden werden, die das bisherige Durchwursteln beendet. Ein schneller, sicher harter Schnitt ist notwendig. Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Nicht das Diktat der Banken und der Finanzmärkte darf die Zukunft der EU bestimmen, sondern die Politik im Interesse der deutschen und europäischen BürgerInnen. Nicht der von der Wallstreet und der City von London geprägte "unsichtbare Hand des Marktes" darf unsere Zukunft in Europa überantwortet werden.

Wie die Europäische Union bisher funktioniert hat, wird versucht werden, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit sie den Geldbeutel wieder weiter aufmacht. Die Bundesregierung muß standhaft bleiben. Auf keinen Fall darf sie die außenpolitische Fehlleistung bei der

Libyen-Resolution im UN-Sicherheitsrat am 17. März 2011 mit finanziellen Mittel ausgleichen, ein Reflex, auf den einige unserer Partner setzen.

Sie darf auch nicht den verlockenden Schalmaientönen derer folgen, die in der Ausgabe von Euro-Anleihen, sog. Eurobonds einen Ausweg sehen, Eurobonds, deren Haftung sich im Nirgendwo internationaler Finanznebel zu verlieren scheinen, die aber im Ernstfall unweigerlich zum großen Teil auf den deutschen Steuerzahler zurückfallen. Das wäre eine Schuldenmachelei, auf die die deutsche Regierung keinen Einfluß mehr hätte, für die die Deutschen irgendwann aber den größten Teil der Haftung übernehmen müßten.

Wenn schon Kritik an Deutschland, dann für eine zukunftsfähige Europapolitik

Kein höheres Integrationstempo, Entschleunigung der europäischen Einigung ist angesagt. Die Völker müssen sich an das Erreichte erst einmal gewöhnen. Auf dieses Bedürfnis muß flexibel eingegangen werden. Die deutsche Politik hat die Entscheidung in der Hand, sie hat die Mittel und Macht und damit auch die Verantwortung. Es ist unvermeidlich, daß sie damit Kritik ernten wird. Aber in der massiven Kritik steht sie schon heute. Wenn Deutschland schon Kritik einstecken muß, dann für eine Politik, die notwendig und richtig ist. Die Bundesregierung muß deutlich machen, daß sie im deutschen "nationalen Interesse" handelt, das mit dem europäischen Interesse identisch ist. Das wird auch verstanden werden.

Zusammen mit Frankreich

Nach Lage der Dinge kommt nur Frankreich als Partner für eine solche Politik in Frage. Ob Kanzlerin Merkel und Präsident Sarkozy (bzw. dessen Nachfolger Hollande - Zusatz vom 7. Mai 2012) die richtigen Partner sind, bleibt dahin gestellt. Aber die Richtung ist vorgegeben: Rettet Europa!<<

Der deutsche Publizist und Autor Horst Koch berichtete im Juni 2011 (x1.105/...): >>**Ein grausamer Befund**

Maos Politik in den Jahren 1958 bis 1962 kostete 45 Millionen Menschen das Leben

Von *Michael Radunski*

Es ist eines der grausamsten Kapitel der chinesischen Geschichte: Maos "Großer Sprung nach vorn". Mehrere Millionen fielen ihm zum Opfer, kaum eine Familie blieb verschont. Und dennoch ist Maos brutales Massenexperiment bis zum heutigen Tage in China ein Tabuthema: Es gibt kein Denkmal für die Opfer, Erinnerung ist verboten.

Auch im Westen kennen nur wenige das wahre Ausmaß dieser grausamen Zeit - zumindest bisher. Nun hat Frank Dikötter ein bedrückendes Buch über die Grausamkeiten der Jahre 1958 bis 1962 geschrieben. Wohl als einer der ersten westlichen Historiker hatte er Zugang zu den Archiven der Kommunistischen Partei auf Provinz- und Lokalebene. Die Quellen fügen sich zusammen zu einem umfassenden Bericht über die dramatische Situation in chinesischen Städten und Dörfern.

Was viele Historiker bisher lediglich vermuteten und Demographen nur zu schätzen wagten, wird durch Dikötters Akteneinsicht zum grausamen Befund: Mindestens 45 Millionen Menschen kamen während Maos größenwahnsinnigern Experiment des "Großen Sprungs" ums Leben. Millionen verhungerten, doch viele wurden auch zu Tode gefoltert, fielen der Willkür lokaler Parteikader zum Opfer. 45 Millionen - eine unfassbare Zahl. Sie übertrifft schlimmste Befürchtungen. Selbst Jung Chang schätzte in ihrer Mao-Biographie die Zahl der Toten auf "lediglich" 38 Millionen.

Das Buch veranschaulicht, mit welcher Skrupellosigkeit Mao das Sterben der Menschen in Kauf nahm. "Eine Revolution ist keine Dinnerparty" hat der "Große Steuermann" einst gesagt. Und nichts anderes als eine Revolution wollte der allmächtige Mao.

Der "Große Sprung nach vorn" war ein von oben diktiertes, äußerst brutales Massenexperiment. China sollte zum "großen Sprung" ansetzen durch die bloße Kraft seiner Menschen. Rücksicht auf Verluste, auf äußere Umstände oder auf das Schicksal der Chinesen nahm Mao

nicht: "Wir müssen mehr Korn produzieren. Wenn dafür die Hälfte der Menschen sterben muß, soll es so sein." Dabei folgte Maos Grausamkeit einer inneren Logik. Sie war nicht willkürlich, sondern rational motiviert. Alles wurde dem Ziel untergeordnet.

Angesichts solcher Aussagen kann die hohe Zahl der Toten kaum überraschen. Aber genau hierin liegt für Historiker ein Problem: Wie kann man dem Leser eine solche Zahl begreifbar machen? Dikötter nimmt den Leser hierfür mit in die Dörfer, mit in den grausamen Alltag der Menschen. Er beschreibt, wie sie hungerten wie sie zu leiden hatten, und wie sie immer wieder nach Auswegen suchten für sich, ihre, Familie und Nachbarn. Er nimmt den Leser mit in die Provinzen nach Yunnan, nach Sichuan oder auch nach Gansu.

Dikötter erzählt die Schicksale einzelner Menschen - wie das des Jungen Wang Ziyou, dem am 30. November 1960 ein Ohr abgeschnitten wurde; seine Beine wurden mit Stacheldraht zusammengebunden und ein zehn Kilo schwerer Stein wurde ihm auf den Rücken geworfen und mit einem glühenden Eisenstab die Haut verbrannt. Sein Vergehen: Er hatte auf einem Feld eine Kartoffel ausgegraben. Ein anderer Junge aus Hunan stahl eine Handvoll Weizen. Darauf zwang der Dorfvorsteher den Vater, den eigenen Sohn lebendig zu begraben.

Dikötter vermeidet unnötige Dramatik und Empathie. Doch bei aller Nüchternheit ist der Buchtitel irreführend. "Mao's Great Famine" suggeriert, daß es sich um eine Naturkatastrophe in Form einer Hungersnot handelte, die ihre Ursachen in äußeren, nicht oder nur schwer beeinflussbaren Umständen habe. Eine solche Argumentation wäre nichts anderes als die Wiedergabe der offiziellen Propaganda der damaligen Zeit: der "Zehn-Finger-Theorie". Hiernach symbolisieren neun Finger die Errungenschaften der Partei und lediglich der eine verbleibende Finger steht für die wenigen "Mißerfolge" des Projekts.

Doch Dikötter zeigt, wie Ineffizienz, Verschwendung und Willkür zum Leiden beitragen. In einem Land, in dem Millionen Menschen hungern, verschimmelt der Weizen in den Bahnhöfen, weil schlicht Züge für den Transport fehlen. Die Ernte verdorrt auf den Feldern, weil Menschen entweder zum Arbeitseinsatz für ein Staudammprojekt gezwungen werden, oder weil sie schlicht schon zu schwach sind, um die Ernte einzuholen.

Der Autor setzt Vorwissen voraus. Während Mao vielen Lesern sicherlich bekannt ist, werden Liu Shaoqi oder Tschau En-lai nur die wenigsten kennen. Auch der innere Aufbau der Partei kommt zu kurz. Zudem wäre eine Einordnung des "Großen Sprungs" in die chinesische Geschichte wünschenswert, zumal die Zeit zwischen der Gründung der Volksrepublik 1949 und der Kulturrevolution 1966 bis 1976 zu den bisher weniger erforschten Jahren der chinesischen Geschichte gehört. Offen bleibt, inwiefern Dikötter wirklich Zugang zu bisher verschlossenen Archiven hatte. Die Begründung, warum ihm Einsicht gewährt wurde, bleibt er schuldig. Er schränkt ein, daß er nur ausgewählte Archive benutzen durfte.

Das Buch ist ein wichtiger Schritt in der Forschung über den "Großen Sprung". Es ist die erste umfassende Synthese eines westlichen Wissenschaftlers auf der Grundlage von chinesischen Quellen. Das Grauen wird Gewißheit. China-Interessierte sollten es lesen, um abseits von Wachstumsrekorden, Glitzer und Glamour der aufstrebenden Metropolen mehr über ein Land zu erfahren, das die Welt in Zukunft entscheidend mitprägen wird.

MICHAEL RADUNSKI

Aus: Frank Dikötter - Mao's Great Famine. The History of China's Most Devastating ... <<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 25. Juli 2011: >> **Die EU als Transferunion**

Hat Deutschland 61 Milliarden Euro zu viel bezahlt?

Dieses Buch ("Deutschland, Zahlmeister der EU". Olzog Verlag, München 2011) ist eine trockene und doch brisante Lektüre, mit sehr vielen Zahlen, Tabellen und Rechnungen. Es diskutiert Deutschlands Rolle als "Zahlmeister" der Europäischen Union (EU) und das Reizthema Transferunion.

Der Autor Franz-Ulrich Willeke, emeritierter VWL-Professor an der Universität Heidelberg, kommt auf unglaubliche Summen: 324 Milliarden Euro steuerte Deutschland seit der Wiedervereinigung zu den operativen Ausgaben der EU bei, 178 Milliarden Euro flossen zurück. Für den Zeitraum 1991 bis 2008 errechnet Willeke so die gigantische Summe von 146 Milliarden Euro Nettozahlungen durch Deutschland.

Die absolute Summe von 324 Milliarden Euro hört sich anders an als jene Größenordnung von gut 1 Prozent vom Bruttonationaleinkommen, die sonst oft genannt wird. Deutschland finanzierte in den zwei Jahrzehnten 45,1 Prozent der EU-Ausgaben, rechnet Willeke vor. Frankreich kam auf 243 Milliarden Euro Brutto- und 33,6 Milliarden Euro Nettozahlung. Seine Nettobelastung war geringer, weil es viel größere Rückflüsse, etwa Zahlungen an seine Landwirte, erhält.

Für die Jahre 2004 bis 2008 errechnet Willeke für Deutschland einen Anteil von 33,4 Prozent an der Finanzierung der EU, für Frankreich 16,7 Prozent, für Italien 13,8 Prozent, für Großbritannien 12,1 Prozent und für die Niederlande 10,4 Prozent. Gemessen an ihrer Wirtschaftskraft, leisten die Niederlande die größten Beiträge an die EU, während die Briten einen nur geringen Anteil zur Finanzierung der Union leisten.

Deutschlands Nettobeitrag ist der absolut größte in der EU. Die 146 Milliarden Euro seit der Wiedervereinigung schulterte das Land zusätzlich zur Belastung durch den Aufbau Ost. Angesichts der bisherigen Zahlungsströme muß man die Europäische Union schon längst als eine große Transferunion bezeichnen. Seit Anfang der neunziger Jahre hat sie fast 300 Milliarden Euro bewegt. Das Geld floß vom Zentrum in die Peripherie, vor allem nach Südeuropa, in die heutigen Pleitestaaten.

Willeke ist nicht grundsätzlich gegen Transfers. Er gibt auch zu, daß Deutschland als größte, exportorientierte Volkswirtschaft vom gemeinsamen Markt in der EU erheblich profitiert hat. Wofür der Autor plädiert, ist eine gerechtere Lastenverteilung. Dabei müßten die Lasten innerhalb der Gruppe der Nettozahler "solidarisch" verteilt werden. Dazu hat Willeke ein Konzept der "angemessenen Nettobeiträge" entwickelt.

Es basiert auf dem Prinzip der Gleichbehandlung der Nettozahler nach ihrer Wirtschaftskraft. Sie sollen alle den gleichen prozentualen Anteil vom Bruttonationaleinkommen (BNE) zahlen, fordert Willeke. Gut 0,2 Prozent vom BNE wären der angemessene, ausreichende Nettobeitrag. Die Ausgaben der EU für die Empfänger würde nicht gekürzt, nur die Finanzierung anders verteilt.

Nach diesem Konzept der "angemessenen Nettobeiträge" hätte Deutschland von 1991 bis 2008 nicht 146 Milliarden Euro, sondern 84,9 Milliarden Euro zahlen müssen. Somit wurden Deutschland "61,1 Milliarden Euro zu viel zugemutet", rechnet Willeke. Er nennt Deutschland nicht nur Zahlmeister, sondern Melkkuh, und erlaubt sich die Bemerkung, Deutschland werde "ausgeplündert".

Ebenfalls deutlich entlastet werden müßten nach seinem Konzept die Niederländer und Schweden. Viel mehr beitragen sollten Briten, Franzosen und Italiener. Der Hauptgrund für die ungleiche Belastung der Nettozahler ist der Briten-Rabatt (nachdem 1985 Margaret Thatcher ihre Handtasche auf den Tisch geschlagen und gefordert hatte: "I want my money back"). Seitdem haben die Briten nach Willeke 84 Milliarden Euro gespart. Die Abschaffung dieses und anderer Rabatte ist eine der Hauptforderungen Willekes.

Jüngst hat die Europäische Kommission Vorschläge zur Reform der EU-Finanzierung gemacht, die in den Jahren 2014 bis 2020 auf 1.025 Milliarden Euro steigen soll. Zum Teil gehen sie in die von Willeke geforderte Richtung, etwa was das komplizierte Rabattsystem angeht. Die Kommission will auch die weit überproportionale Belastung Deutschlands und der Niederlande etwas senken, doch bliebe ein Gefälle.

Ein Defizit von Willekes Studie ist, daß er fast ausschließlich die Einnahmenseite untersucht

und über die Verwendung der EU-Gelder kaum ein Wort verliert. Die Milliarden-Kreditpakete zur "Euro-Rettung" werden nur kurz am Schluß des Buches kritisch angesprochen.<<

Die Tageszeitung "Handelsblatt" berichtete am 24. September 2011: >>Die wahre Schuldenlast

Deutschlands große Lüge

Die amtliche Schuldenlast Deutschlands ist auf 2.000.000.000.000 (2.000 Milliarden) Euro gewachsen. Wer ehrlich ist, muß gewaltige Verpflichtungen der Sozialkassen hinzu addieren. Keine gute Basis, um heil durch die Finanzkrise zu kommen.

Eigentlich sind Deutschlands Finanzpolitiker zu beneiden. In kaum einem Land sind Finanzminister so beliebt und die Bürger so sparsam wie hierzulande. Das gilt für das Privatleben, wo der Deutsche regelmäßig mehr als ein Zehntel seines Einkommens auf die hohe Kante legt, während andere Völker auf Pump prassen. Das gilt aber auch für das Gemeinwesen, wo sich regelmäßig eine Mehrheit der Bevölkerung dafür ausspricht, lieber die Staatsfinanzen zu sanieren, als die Steuern zu senken.

Im ZDF-Politbarometer etwa sprach sich im Juli eine Mehrheit von 62 Prozent dafür aus, die für 2011 zu erwartenden Steuermehreinnahmen zum Schuldenabbau zu nutzen, 28 Prozent wollten Steuersenkungen und nur acht Prozent höhere Staatsausgaben.

Und dennoch fehlte einer Regierung nach der anderen der Mut, eine nachhaltige Wende in den Staatsfinanzen einzuleiten und tatsächlich Schulden abzubauen. Was sie unter großem Getöse als "harte Sparpolitik" durchsetzten, war bisher selten anderes als eine schlichte Reduzierung der Haushaltsdefizite. Sprich: Es wurden weniger neue Schulden gemacht - der Schuldenberg wuchs aber weiter. Die nüchternen Zahlen dazu: Seit Ende 2010 hat Deutschland mehr als zwei Billionen Euro Schulden.

Allein in der bisherigen Amtszeit Angela Merkels vergrößerte sich dieser Berg um 500 Milliarden Euro. Die Kanzlerin steht damit für so viele neue Schulden wie alle Bundeskanzler in mehr als vier Jahrzehnten Bundesrepublik Deutschland zusammen.

Setzt man diesen Berg ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), dann entspricht das einer Schuldenquote von 83,2 Prozent. Das sind 18 Prozentpunkte mehr als vor vier Jahren. Damit nähert sich die deutsche Staatsschuld bedrohlich der Marke, die die US-Topökonominnen Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff in ihren bahnbrechenden Langzeitstudien als die Schwelle identifiziert haben, von der an die Staatsverschuldung die Wachstumsraten einer Volkswirtschaft drückt: 90 Prozent des BIP. Doch selbst die gewaltige Summe von zwei Billionen Euro ist im Grunde nur die Spitze des Eisbergs. Die wahre Staatsverschuldung ist weit höher. Die amtlichen Statistiken erzählen nur einen Teil der Wahrheit.

Denn die deutschen Sozialkassen sind riesige Verpflichtungen eingegangen, die in der Zukunft zu hohen Ausgaben führen werden, ohne daß dafür Kapital angespart wurde. Auf mehr als 4,8 Billionen Euro oder 185 Prozent des BIP kalkuliert der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen alle durch das heutige Steuer- und Abgabenniveau nicht gedeckten Leistungsversprechen des Staates, insbesondere der Sozialversicherungen.

Vor allem die Finanzierung der Pflegeversicherung drohe angesichts der ungünstigen demografischen Entwicklung die aktiv Beschäftigten zu überfordern, warnt er. Diese sogenannte implizite Staatsverschuldung kommt zur amtlichen, also expliziten Schuldenlast hinzu. Zusammen ergeben sich dann fast sieben Billionen Euro, die Raffelhüschen "Nachhaltigkeitslücke" nennt.

Sinn: Ein Kurswechsel wird für Politiker immer schwerer

Das klingt harmlos, bedeutet aber: Diese sieben Billionen sind ein ungedeckter Scheck auf die Zukunft, ausgestellt von uns allen und einzulösen von unseren Kindern und Enkeln. Doch auch damit ist es nicht genug. Obendrauf kommen noch die zahlreichen Verpflichtungen, die wir zur Bekämpfung der Finanzkrise eingegangen sind und noch eingehen.

Der Chef des Münchener Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, beziffert das Risiko, das wir mit offenen und versteckten Hilfen für die wankenden Euro-Peripheriestaaten eingegangen sind, auf 379 Milliarden Euro. Gingen Euro-Staaten in Serie pleite, wäre das der Betrag, mit dem Deutschland zur Kasse gebeten würde - wenn bis dahin das Volumen des Rettungsschirms nicht weiter aufgestockt wurde.

Das entspricht immerhin zwei Dritteln der gesamten Steuereinnahmen eines Jahres. 100 Milliarden Euro neue Schulden kommen in diesen Ländern Jahr für Jahr hinzu, warnt Sinn: "Es wird für die Politiker immer schwerer, einen Kurswechsel durchzusetzen." Das gilt auch für die deutschen Staatsfinanzen. Ein Bundeskanzler nach dem anderen hat erst Sparsamkeit gelobt und dann Schulden gemacht.

In den fünfziger und sechziger Jahren war das noch recht harmlos. Schließlich verbot das Grundgesetz doch generell Staatsschulden. "Im Wege des Kredites dürfen Geldmittel nur bei außerordentlichem Bedarf und in der Regel nur für Ausgaben zu werbenden Zwecken und nur auf Grund eines Bundesgesetzes beschafft werden", heißt es dort in Artikel 115. Doch Ende der sechziger Jahre wurde neu definiert, was als außerordentlich zu gelten hatte.

Der Staat wollte die Konjunktur steuern und nahm sich die Freiheit, bei einer "Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts" ordentlich Kredite aufnehmen zu dürfen. Auch in guten Zeiten durfte er bis zur Höhe seiner Bruttoinvestitionen Schulden machen. Die Folge: Seit 1970 verdreißigfachten sich die deutschen Staatsschulden. So wie Deutschland gingen viele Staaten mit einem hohen Schuldenberg in die Finanzkrise hinein und kamen mit einem noch höheren wieder heraus.

Schon wenige Wochen nach der spektakulären Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers warnte der jüngst zurückgetretene Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, Jürgen Stark, in einem Handelsblatt-Gastkommentar, am Ende der Finanz- und Wirtschaftskrise könnte eine Krise der öffentlichen Finanzen stehen: "Viele Staaten Europas haben in besseren konjunkturellen Phasen unzureichend Vorsorge getroffen. Die Zahl der Länder mit einem exzessiven Defizit dürfte steigen." Er sollte recht behalten.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 16. Oktober 2011: >>"Lebenslüge der Bundesrepublik"

von Egon Bahr (1922-2015, von 1972-1976 SPD-Bundesminister)

Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung.

In der *Zeit* habe ich geschildert, wie dem frisch gewählten Bundeskanzler Willy Brandt bei Amtsantritt "drei Briefe" an die Botschafter der Westmächte zur Unterschrift vorgelegt wurden. Damit sollte er zustimmend bestätigen, was die Militärgouverneure in ihrem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 an verbindlichen Vorbehalten gemacht hatten. Als Inhaber der unkündbaren Siegerrechte für Deutschland als Ganzes und Berlin hatten sie diejenigen Artikel des Grundgesetzes suspendiert, also außer Kraft gesetzt, die sie als Einschränkung ihrer Hoheit verstanden.

Willy Brandt war empört. Zum einen darüber, daß man dem früheren Regierenden Bürgermeister damit unterstellte, er wüßte nicht, was die Vorbehaltsrechte der drei Mächte für Berlin (West) seit der Gründung der Bundesrepublik bedeutet haben. Zum anderen hat er sich immer auf seine demokratische Wahl bezogen und dieses Mandat über dem der weisungsgebundenen Stadtkommandanten empfunden. Vor allem hat es ihn empört, weil er als Bundeskanzler zu-

erst seinem Amtseid verpflichtet ist.

Die Siegermächte besiegelten die Deutsche Teilung

Die Beamten haben ihn darauf hingewiesen, daß Adenauer diesen Brief vor der Genehmigung des Grundgesetzes durch die drei Militärgouverneure unterschrieben hatte, was dann Erhard und Kiesinger wiederholt hatten. - Dann könne er das auch machen, entschied Brandt. Helmut Schmidt konnte sich nicht erinnern, einen entsprechenden Brief vorgelegt bekommen zu haben. Kohl habe ich nicht gefragt.

... In der Charta der Vereinten Nationen existieren noch immer die Feindstaatenartikel, nach denen die Sieger im Falle eines Falles ihre Rechte über Deutschland aktivieren können.

Lebenslüge der alten Bundesrepublik

Die BRD und die DDR mußten einen Brief, den ich mit DDR-Staatssekretär Michael Kohl abgestimmt habe, an unsere jeweiligen Großen oder Freunde schreiben, daß auch durch Beitritt der beiden Staaten die Siegerrechte nicht erlöschen. Aber das spielt keine Rolle mehr, weil die Vier versichert haben, sie würden sich darauf nicht mehr berufen und die Charta seit ihrem Bestehen nicht verändert wurde und die Büchse der Pandora geöffnet würde, falls man auch nur in einem Punkte damit beginnen würde.

Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen. ...<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 43 berichtete am 24. Oktober 2011:

>>Das Geld regiert die Welt - oder es dient ihr

Autoren Philippe Mastronardi und Peter Ulrich

Die Staaten haben die Finanzmärkte in die Freiheit entlassen, ohne ihnen Verantwortung zu überbinden. Nun herrscht das Geldsystem über das politische System. Unter dem heutigen Finanzmarktregime wird sich das nicht ändern. Erst wenn sich Geld nur noch im Rhythmus der wirtschaftlichen Realentwicklung vermehren läßt, können spekulative Finanzblasen verhindert werden und stabile Verhältnisse einkehren.

Es mußte soweit kommen, daß Rating-Agenturen ihr Urteil über die Weltmacht USA sowie über verschiedene hoch verschuldete Euro-Länder fällten, bis uns die Einsicht dämmerte, wie verkehrt unsere gegenwärtige Wirtschaftswelt ist. Da entscheiden tatsächlich private Firmen über die Vertrauenswürdigkeit ganzer Staaten und begründen ihr Urteil im Fall der USA etwa damit, es genüge nicht, die Sozialprogramme nur an den Rändern zu beschneiden; sie müßten grundsätzlich reformiert werden.

Je nach Belieben könnte die Begründung auch ganz anders lauten, da die urteilende "Instanz" frei von jeder öffentlichen Rechenschaftspflicht walten kann. Die betroffenen Regierungen wehren sich zwar jedes Mal verbal gegen die Verurteilung, finden aber auf den Finanzmärkten kein Gehör. Die Herrschaft des Ratings kennt keine demokratischen oder rechtsstaatlichen Prozeduren der Gewaltenteilung - sie steht also offenbar über ihnen und ist nicht verhandelbar. Die Wahrheit wird von privat ernannten Experten verfügt. Diese folgen der Logik des Finanzmarktes, nicht der öffentlichen Vernunft.

Daß die Finanzmärkte zunehmend die Realwirtschaft steuern, ist spätestens mit der Finanzmarktkrise von 2008 unübersehbar geworden. Heute wird darüber hinaus klar, wie weitgehend sie auch die Politik der Staaten beherrschen. Eine neue Weltordnung hat sich durchgesetzt: Die höchste Macht kommt den Prozessen an den Finanzmärkten zu, gefolgt von den Entwicklungen in der Realwirtschaft und schließlich den politischen Prozessen in und zwischen den Staaten.

Die Staaten konkurrieren im internationalen Standortwettbewerb um die günstigsten - sprich:

privatwirtschaftlich gewinnbringendsten - Investitionsbedingungen. So ist aus der notwendigen staatlichen Ordnung des Wettbewerbs ein fast regelloser Wettbewerb zwischen den staatlichen Rahmenordnungen geworden. Nun bestimmen die Kapitalverwertungsinteressen von Anlegern, Unternehmern und Managern weitgehend darüber, was ordnungspolitisch "möglich" und "notwendig" ist.

Und da die "Finanzindustrie", die genaugenommen gar nichts produziert, diesen Kapitalverwertungsinteressen naturgemäß am nächsten steht, dominiert sie gegenüber der Realwirtschaft. Diese ist zur Finanzierung ihrer Geschäftsprozesse von einer funktionierenden Geld- und Kreditversorgung und kostengünstigen Finanzdienstleistungen abhängig. Aber diese ursprünglichen Aufgaben im Dienste der Volkswirtschaft stehen längst nicht mehr im Zentrum der Finanzwirtschaft, vielmehr versteht sie sich in erster Linie als privatwirtschaftliche Branche, die mit ihren "Finanzprodukten" möglichst ohne den Umweg über die Realwirtschaft "Geld macht".

Aus genau diesem privatistischen Verständnis heraus ist die Finanzwirtschaft von den meisten Staaten in den vergangenen 30 Jahren weitgehend dereguliert worden, so daß sie kaum noch Beschränkungen unterliegt. Die Macht des Geldes untersteht keiner normativen Verfassung mehr. Als Rechtfertigung für die Entfesselung der Finanzmärkte diente regelmäßig das Argument, daß damit der gesamten Volkswirtschaft neue Dynamik verliehen würde.

Bewirkt wurde - von gewaltigen Einkommens- und Vermögensumverteilungen von den Besitzlosen zu den Besitzenden ganz abgesehen - vor allem eine grundsätzliche Instabilität, die in Krisensituationen politisch kaum mehr beherrschbar ist. Denn die Finanzmarktakteure können jederzeit gegen mißliebige Regulierungsansätze mit der Abwanderung an weniger regulierte Standorte oder mit der Verweigerung benötigter Finanzierungen drohen und damit die nationalen Regierungen erpressen.

Aus durchaus verständlicher Angst vor der Reaktion der Rating-Agenturen und der Finanzmärkte wagt die verantwortliche Politik beispielsweise noch immer nicht den Schritt zu einem geordneten Schuldenschnitt im Falle Griechenlands. So zieht die Finanzwirtschaft alle andern Mächte zur Verantwortung, ist aber ihrerseits nahezu keiner (Gegen-)Macht mehr verantwortlich. Der Satz, wonach das Geld die Welt regiere, gilt radikaler als je zuvor: Neben den einzelnen Kapitaleignern meint er nun auch das globalisierte Finanzsystem als Ganzes. Die persönliche Macht der Geldbesitzer wird durch die systemische Macht einer maßlos kapitalistischen Ordnung überlagert.

Dementsprechend hilflos wirken unter diesen Bedingungen die Bemühungen der Regierungen zur Krisenbewältigung. Die Forderungen der Finanzwelt sollen im je nationalen Kampf um Sparmaßnahmen vorwiegend auf dem Rücken von Arbeitenden und Steuerzahlern befriedigt werden, ohne daß sie auf ihre Legitimität hinterfragt werden. Das läuft allzuoft auf Raubbau am gesellschaftlichen Kitt der Solidarität hinaus und zerstört damit den demokratisch grundlegenden Zusammenhalt der Bürgerschaft.

Vom sonst weitgehend akzeptierten Verursacherprinzip ist auf Grund der skizzierten verkehrten Machtverhältnisse kaum die Rede, wenn es die Finanzbranche betrifft. Ganz im Gegenteil hat das alte Diktum von der Privatisierung der Gewinne und der Sozialisierung der Verluste eine vor der Finanzkrise so kaum gemeinte Bedeutung erhalten.

Nichts anderes sind die meisten Maßnahmen zur Stützung der systemrelevanten Banken - man denke an die Übernahme ihrer "Schrottpapiere" durch die Zentralbanken, die sogenannten "Rettungsschirme" und "Quantitative easing-Programme" (Vergrößerung der Geldmenge mittels Ankauf von Staatsanleihen, Devisen usw.). Wenn auch nicht allein deshalb, so doch zu einem wesentlichen Teil ist deswegen die öffentliche Schuldenlast vieler Staaten sprunghaft angestiegen. So ist aus der Finanzmarktkrise eine nur mehr schwer einzudämmende internationale Schuldenkrise geworden.

An der Wurzel angepackt hat die internationale Politik das Übel bisher nicht. Man begnügt sich mit immer weiteren, zum Teil konzeptlos anmutenden Symptomtherapien. Systeminterne Retuschen verschaffen aber höchstens einen Zeitgewinn und verschieben den gefürchteten Zusammenbruch des Systems auf einen späteren Zeitpunkt, in dem er vermutlich noch heftigere Wirkungen zeitigen wird. Gewiß sind viele Staaten teilweise selbst dafür verantwortlich, daß sie sich in so hohem Masse verschuldet haben:

Sie haben opportunistisch versucht, im Standortwettbewerb von der Dynamik der Finanzwelt zu profitieren. Damit haben sie sich von dieser abhängig gemacht, statt ordnungspolitisch vorbeugend für kontrollierbare Verhältnisse mit begrenzten Risiken zu sorgen. Aus diesem Teufelskreis gilt es auszubrechen.

Diese knappe Analyse zeigt bereits, daß eine tiefer greifende Systemreform nötig ist. Es braucht eine globale Finanzmarktverfassung, welche die aufgeblähten Finanzmärkte wirksam an die Entwicklung der Realwirtschaft zurückbindet und die Staaten nicht weiter Spielball der finanziellen Spekulation sein läßt.

Wie kann das Geld vom Herrn zum Diener der Welt gemacht werden? Die Staaten müssen die Geld- und Kreditversorgung als volkswirtschaftliche Infrastruktur begreifen und ernst nehmen. Nötig ist eine grundsätzliche Reform der Finanzmarktverfassung, die auf folgenden konzeptionellen Grundlagen beruht:

1. Die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit ist eine öffentliche Aufgabe: Der Finanzmarkt ist kein gewöhnlicher Markt, in dem die Privatautonomie jedes einzelnen Teilnehmers das höchste Gut ist, sondern ein öffentlicher Raum, in welchem eine grundlegende volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Aufgabe zu erfüllen ist. Die Finanzbranche hat einen Service public zu erbringen.

Die moderne Wirtschaft kann nur auf der Grundlage einer Staatsverantwortung für die Versorgung mit Geld und Kredit funktionieren. Was ökonomisch als Markt betrachtet wird, gehört aus ordnungspolitischer Sicht zu den grundlegenden Rahmenbedingungen einer leistungsfähigen Volkswirtschaft und muß deshalb rechtlich und politisch als Staatsaufgabe gestaltet werden. Wieviel von dieser Staatsaufgabe mit marktnahen Mitteln und durch private Akteure wahrgenommen werden kann, soll demokratisch entschieden werden.

2. Das herkömmliche Aufsichtsmodell - das Konzept staatlicher Kontrolle über den Markt - ist abzulösen: Nach dem Paradigma des "freien Marktes" wurde bis anhin der Finanzmarkt auf der Grundlage eines Aufsichtsmodells geregelt: Im Grundsatz galt für alle Akteure die Wirtschaftsfreiheit. Der Staat übte lediglich eine polizeiliche Aufsicht aus, um Mißbräuche oder schädliche Auswirkungen zu verhüten oder zu beheben. Dabei folgte er der Problementwicklung immer nur reaktiv und korrektiv, ohne die tiefer liegenden Ursachen und ihre Dynamik je in den Griff zu bekommen.

Finanzmarktkrisen waren nach diesem Modell hinzunehmen, weil sie den Preis der Wirtschaftsfreiheit bildeten. Sie konnten lediglich Anlaß dazu sein, die Aufsicht zu verschärfen und die Rahmenbedingungen zu stärken. Jetzt erleben wir, daß dieses Modell versagt.

3. Die zukünftige Finanzmarktverfassung hat sich am Gewährleistungsmodell zu orientieren: Wenn die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit eine Staatsaufgabe ist, ist sie von vornherein als öffentliche Infrastrukturleistung zu gestalten, ähnlich wie beispielsweise das Rechts-, das Bildungs-, das Verkehrs- und das Energieversorgungssystem. An die Stelle des Aufsichtsmodells tritt damit das Gewährleistungsmodell: Der Staat gewährleistet die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit unter Beziehung Privater.

Was bedeutet dieses Gewährleistungsmodell? Es umfaßt drei Teilverantwortungen, die zwischen Staat und Privaten aufgeteilt werden können: Der Staat hat einen funktionierenden Finanzmarkt zu gewährleisten, welcher die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit sicherstellt (Gewährleistungsverantwortung). Er kann damit private Dienstleister beauftragen,

welche die öffentliche Aufgabe nach den staatlichen Vorgaben und Zielen zu erfüllen haben (Erfüllungsverantwortung). Versagen die Privaten in ihrer Leistungspflicht oder überschreiten sie die Grenzen ihres Mandats, kann der Staat die Aufgabe wieder an sich ziehen oder Dritten übertragen (Auffangverantwortung).

Staatsaufgabe bedeutet also nicht Verstaatlichung! Gemäß dem modernen Konzept der Public governance können öffentliche Aufgaben in unterschiedlichster Weise durch ein Zusammenspiel des Staates mit Privaten erfüllt werden.

Umfassend ist nur die Staatsverantwortung für die Erbringung einer gemeinwohldienlichen Leistung. Inwieweit der Staat diese Leistung selbst erbringt, ist Sache der konkreten Ausgestaltung. Diese ist demokratisch zu bestimmen.

Im Bereich des Finanzmarktes wird eine Aufgabenteilung zwischen einer autonomen staatlichen Instanz (der Zentralbank, in der Schweiz "Nationalbank" genannt) und der privaten Finanzbranche zu suchen sein. Die Erfahrung zeigt freilich, daß der Zentralbank wesentlich mehr Kompetenzen zugesprochen werden müssen als bis anhin.

4. Im Finanzbereich ist der Vorrang der Demokratie vor der Wirtschaftsmacht durchzusetzen: Die Staaten müssen den Banken die private Geldschöpfung wieder entziehen. Denn heute entsteht neues Geld zum größten Teil durch Kreditschöpfung, indem sich jemand bei einer Bank verschuldet. Auf Grund der geringen Eigenmittelanforderungen können die Geschäftsbanken auf diesem Weg riesige Volumen an sogenanntem Buchgeld schaffen, das größtenteils spekulativen Zwecken auf den Finanzmärkten dient.

Deshalb haben die Zentralbanken die Kontrolle über die Geldmenge verloren. In Zukunft soll auch Buchgeld - wie die Münzen und Banknoten - gesetzliches Zahlungsmittel sein, das nur von der Zentralbank geschöpft werden kann (sogenannte Vollgeldreform). So wird das gesetzliche Geldmonopol wiederhergestellt. Die Zentralbank (Nationalbank) gibt so viel Geld in Umlauf, wie es die Entwicklung der Volkswirtschaft erfordert.

Damit sorgt sie dafür, daß die Geldmenge das Volumen der Realwirtschaft abbildet. Den Banken verbleibt die Verteilung und Verwaltung des Geldes: der Zahlungsverkehr, die Kreditvergabe (soweit sie vom Vollgeld abgedeckt ist) sowie Finanzdienstleistungen für die Realwirtschaft und die Vermögensverwaltung für Private.

Die Zentralbanken bestimmen auch die Grenzen der zulässigen Wirtschaftstätigkeit der Finanzbranche. Sie unterstellen bestimmte Tätigkeiten einer Bewilligungspflicht und verhindern volkswirtschaftlich schädliche Finanzprodukte. Sie verbieten zum Beispiel Wetten auf die Zahlungsunfähigkeit von Staaten.

Zu diesem Zweck werden auf nationaler Ebene verfassungsrechtliche Regelungen nötig, die klarstellen, welche Entscheide demokratisch zu treffen sind, welche an die Zentralbank delegiert werden sollen und welche der Finanzbranche anvertraut werden dürfen.

Das Geld kann zum Diener der Welt gemacht werden, sobald wir erkennen, daß es uns zu versklaven droht. Geld macht frei, aber nur, wenn wir es unserer demokratischen Verantwortung unterstellen.

Die beiden Autoren sind emeritierte Lehrstuhlinhaber an der Universität St. Gallen: Philippe Mastronardi für öffentliches Recht, Peter Ulrich für Wirtschaftsethik. ... <<

Der deutsch-türkische Journalist Deniz Yücel (1973 als Sohn türkischer Migranten in Flörsheim am Main geboren, leuchtendes Beispiel für "gelungene Integration") schrieb am 4. November 2011 in dem großen Nachrichtenportal der Berliner Tageszeitung "taz": >> **Kolumne**

Geburtenschwund

Super, Deutschland schafft sich ab!

In der Mitte Europas entsteht bald ein Raum ohne Volk. Schade ist das aber nicht. Denn mit den Deutschen gehen nur Dinge verloren, die keiner vermissen wird.

Endlich! Super! Wunderbar! Was im vergangenen Jahr noch als Gerücht die Runde machte,

ist nun wissenschaftlich (so mit Zahlen und Daten) und amtlich (so mit Stempel und Siegel) erwiesen: Deutschland schafft sich ab!

Nur 16,5 Prozent der 81 Millionen Deutschen, so hat das Statistische Bundesamt ermittelt, sind unter 18 Jahre alt, nirgends in Europa ist der Anteil der Minderjährigen derart niedrig. Auf je 1.000 Einwohner kommen nur noch 8,3 Geburten - auch das der geringste Wert in Europa.

Besonders erfreulich: Die Einwanderer, die jahrelang die Geburtenziffern künstlich hochgehalten haben, verweigern sich nicht länger der Integration und leisten ihren (freilich noch steigerungsfähigen) Beitrag zum Deutschensterben.

Volkssportarten Jammern und Ausländerklatschen

Noch erfreulicher: Die Osis schaffen sich als Erste ab. Während im Westen die Zahl der Minderjährigen in den vergangenen zehn Jahren um 10 Prozent gesunken ist, ging sie im Osten um 29 Prozent zurück. Die Sandys, Mandys und Jacquelines pfeifen auf das neue deutsche Mutterkreuz ("Elterngeld") und tragen nach Kräften dazu bei, daß den ostdeutschen Volkssportarten Jammern, Opfersein und Ausländerklatschen in absehbarer Zeit der Nachwuchs ausgehen wird.

Woran Sir Arthur Harris, Henry Morgenthau und Ilja Ehrenburg gescheitert sind, wovon George Grosz, Marlene Dietrich und Hans Krankl geträumt haben, übernehmen die Deutschen nun also selbst, weshalb man sich auch darauf verlassen kann, daß es wirklich passiert. Denn halbe Sachen waren nie deutsche Sachen ("totaler Krieg", "Vollkornbrot"); wegen ihrer Gründlichkeit werden die Deutschen in aller Welt ein wenig bewundert und noch mehr gefürchtet.

Nun ist schon so manches Volk ohne das gewalttätige Zutun anderer von der Bühne der Geschichte abgetreten: Die Etrusker wurden zu Bürgern Roms, die Hethiter gingen im anatolischen Völkergemisch auf, die Skythen verschwanden irgendwo in den Weiten der Steppe.

Eine Nation, die mit ewiger schlechter Laune auffällt

Der baldige Abgang der Deutschen aber ist Völkersterben von seiner schönsten Seite. Eine Nation, deren größter Beitrag zur Zivilisationsgeschichte der Menschheit darin besteht, dem absolut Bösen Namen und Gesicht verliehen und, wie Wolfgang Pohrt einmal schrieb, den Krieg zum Sachwalter und Vollstrecker der Menschlichkeit gemacht zu haben; eine Nation, die seit jeher mit grenzenlosem Selbstmitleid, penetranter Besserwisseri und ewiger schlechter Laune auffällt; eine Nation, die Dutzende Ausdrücke für das Wort "meckern" kennt, für alles Erotische sich aber anderer Leute Wörter borgen muß, weil die eigene Sprache nur verklemmtes, grobes oder klinisches Vokabular zu bieten hat, diese freudlose Nation also kann gerne dahinscheiden.

Apropos Sprache: Die Liste jener deutschen Wörter, die sich nicht oder nur mit erheblichem Bedeutungsverlust in andere Sprachen übersetzen lassen, illustriert, was der Welt mit dem Ableben der Deutschen verlustig ginge: Blitzkrieg, Ding an sich, Feierabend, Gemütlichkeit, Gummibärchen, Hausmeister, Heimweh, Kindergarten, Kitsch, Kulturkampf, Lebensabschnittsgefährte, Nachhaltigkeit, Nestbeschmutzer, Ordnungsamt, Querdenker, Realpolitik, Schlager, Spaßvogel, Tiefsinn, Torschlußpanik, Vergangenheitsbewältigung, Volksgemeinschaft, Weltanschauung, Wirtschaftswunder, Zwieback.

Welcher Mensch von Vernunft, Stil und Humor wäre betrübt, wenn diese Wörter und mit ihnen die ihnen zugrunde liegenden Geisteshaltungen verschwinden? Eben.

Mehr Zärtlichkeit für den Schäferhund als für die Sprache

Der Erhalt der deutschen Sprache übrigens ist kein Argument dafür, die deutsche Population am Leben zu erhalten. Denn der Deutsche und das Deutsche haben miteinander etwa so viel zu schaffen wie Astronomie und Astrologie. Oder besser noch: wie Lamm und Metzger. "Für seinen Schäferhund und seine Wohnzimmerschrankwand empfindet der Deutsche mehr Zärt-

lichkeit als für seine Sprache", bemerkte Thomas Blum einmal. Im Interesse der deutschen Sprache können die Deutschen gar nicht schnell genug die Biege machen.

Nun, da das Ende Deutschlands ausgemachte Sache ist, stellt sich die Frage, was mit dem Raum ohne Volk anzufangen ist, der bald in der Mitte Europas entstehen wird: Zwischen Polen und Frankreich aufteilen? Parzellieren und auf eBay versteigern? Palästinensern, Tuvaluern, Kabylen und anderen Bedürftigen schenken? Zu einem Naherholungsgebiet verwildern lassen? Oder lieber in einen Rübenacker verwandeln?

Egal. Etwas Besseres als Deutschland findet sich allemal.<<

Das Onlinemagazin "Telepolis" berichtete am 14. November 2011 über die Konferenzen der Bilderberger (x335/9): >>... Ein weiterer besorgniserregender Punkt ist die Teilnahme von Politikern, bevor sie in hohe Ämter gewählt werden. 1991 wurde Bill Clinton von seinem Freund Vernon E. Jordan jr. bei Bilderberg eingeführt. 1992 wurde er Präsident der USA. 1993 nahm Tony Blair an der Bilderberg-Konferenz teil. 1994 wurde er Spitzenkandidat von New Labour. Manche sagen, die Bilderberger würden Präsidenten und Regierungschefs "machen", andere meinen, die Leute aus dem Bilderberg-Kreis hätten eben die Kontakte und das richtige Gespür für die "kommenden" Leute. Nicht zuletzt gibt es eine erstaunliche Kontinuität darin, daß alle NATO-Generalsekretäre der letzten 30 Jahre regelmäßige Bilderberg-Teilnehmer waren.<<

Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) schrieb am 18. November 2011 in der "New York Times" über die europäische Einigung (x347/338): >>Wir können eine politische Union nur durch eine Krise erreichen. ... Was wir mit der Fiskalunion bezwecken, ist ein kurzfristiger Schritt für die Währung. Längerfristig benötigen wir die politische Union. ...<<

Der deutsche Historiker Dag Krienen berichtete am 25. November 2011 über das Buch von Konrad Canis: "Der Weg in den Abgrund" (x1.035/...): >>**Der Weg in den Abgrund**

Deutsche Außenpolitik 1902-1914

Über die Rolle Deutschlands in der Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges, der "Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts", sind mittlerweile Regalmeter von Büchern geschrieben worden. Konrad Canis fügt diesen weitere vier Zentimeter hinzu. Die sind keineswegs überflüssig. Nach der Außenpolitik des Zweiten Reichs unter den Nachfolgern Bismarcks ("Von Bismarck zur Weltpolitik. Deutsche Außenpolitik 1890 bis 1902") und der Außenpolitik des "Eisernen Kanzlers" ("Bismarcks Außenpolitik 1870-1890. Aufstieg und Gefährdung") schildert Canis abschließend in "Der Weg in den Abgrund" die deutsche Außenpolitik von 1902 bis 1914.

Wie seine Vorgänger beruht auch dieses Werk im wesentlichen auf bekannten Archivquellen und der Auswertung der Forschungsliteratur, wartet also nicht mit neuen überraschenden Details auf. Doch anders als die jüngeren westdeutschen Kollegen kann sich hierzulande ein ursprünglich in der DDR sozialisierter Historiker wohl leichter erlauben, den Eigengesetzlichkeiten der Staatsraison wieder zu ihrem Recht zu verhelfen.

Canis erzählt konsequent die Geschichte der Selbstbehauptung einer europäischen Großmacht im Kreise anderer Großmächte, schildert den außenpolitischen Überlebenskampf Deutschlands in einer internationalen Umwelt, in der existenzbedrohende Gefahren lauerten und in der der Krieg, auch der Angriffskrieg, noch als Ultima ratio, als das legitime letzte Instrument staatlicher Selbstbehauptung galt.

Das Buch setzt ein gewisses Grundwissen über die Ereignisgeschichte voraus, keiner der Bände seiner Trilogie eignet sich als Handbuch für historisch Unbedarfte. Canis rekonstruiert minutiös die machtpolitischen Hintergründe, Überlegungen, Ziele und Folgen der jeweiligen Entscheidungen der für die Führung der deutschen Außenpolitik Verantwortlichen. Er knüpft an ein klassisches Erklärungsmuster an, wonach es kein deutscher "Sonderweg", sondern die deutsche "Sonderlage" war, die der Außenpolitik des Zweiten Reiches ihr Gesetz aufprägte.

... Der 1871 gegründete Nationalstaat entwickelte zwar eine wachsende ökonomische und

militärische Stärke, die ihn in eine halbhegemoniale Stellung in Europa führte. Zugleich litt er aber stets an der fatalen geostrategischen Schwäche seiner Mittellage zwischen allen europäischen Großmächten, die ihn gegenüber einer feindlichen Koalitionsbildung extrem verwundbar machte.

Bei Canis stehen so die bündnis- und mächtropolitischen Komponenten der deutschen Politik im Vordergrund, das stete Beobachten und Adjustieren der europäischen Mächtebeziehungen einerseits, die Folgen der Erweiterung oder Einschränkung des deutschen Bewegungsspielraums durch die jeweilige Mächtekonstellation andererseits.

Der "Weg in den Abgrund" erzählt von der Zeit, in der dieser Bewegungsspielraum immer mehr, am Ende fast bis zum Nullpunkt eingeengt wurde. Und das aus Gründen, die sich im wesentlichen aus der Logik der Machtentwicklung der Großmächte ergaben. Diese zeichnete sich durch eine große Dynamik aus, die dem Reich gelegentlich durchaus auch größeren Bewegungsspielraum eröffnen konnte.

Dieser Spielraum schrumpfte indes rasch zusammen, als sich England nach 1900 von seiner traditionellen Isolationspolitik verabschiedete und zum Schutz seines überdehnten Empires "Ententen" mit Frankreich (1904) und Rußland (1907) abschloß. Die neuere Forschung betont gerne, daß diese "Generalabkommen" Londons mit seinen großen kolonialpolitischen Rivalen der alten Regel folgte: if you cannot beat them, join them; daß man sich also mit denen, die man nicht besiegen kann - vor allem Rußland, dem die britischen Besitzungen in Asien militärstrategisch praktisch ausgeliefert waren -, verbünden soll.

Canis läßt dies gelten, betont allerdings, daß diese Politik Englands von Anfang an auch eine antideutsche Komponente hatte. Der ökonomisch dynamischste und vom Machtpotential her stärkste Konkurrent auf dem Kontinent sollte so in Schach gehalten werden.

Aufgrund fehlender direkter aggressiver Absichten Londons vermeidet Canis zwar den Begriff "Einkreisung", doch spricht er von einer bewußten "Ausgrenzung" Deutschlands, die dessen außenpolitischen Bewegungsspielraum und sein ökonomisches Wachstum beschneiden und ihm den Aufstieg zur gleichberechtigten Weltmacht verwehren sollte.

Aus Londons Perspektive war dies nur konsequent. Dem Reich hingegen bot diese britische Politik implizit nur die Option einer riskanten Juniorpartnerschaft auf dem Kontinent an, die weder für die deutsche Öffentlichkeit noch die deutsche Politik akzeptabel war.

Seit 1904 gestaltete sich die Lage des ausgegrenzten Reiches trotz mancher Ausbruchsversuche und aller Entspannungsbemühungen immer prekärer. 1914 hatte sie sich existenzgefährdend verschärft. Zwar war es Berlin nach dem faktischen Abbruch der deutschen Flottenrüstung 1912 gelungen, durch Einzelabkommen über koloniale Fragen das bilaterale Verhältnis mit London zu entspannen. Doch der ökonomische und militärische Wiederaufstieg Rußlands (nach dem Krieg mit Japan und der Revolution von 1905) machte rasche Fortschritte, während der Machtverfall des verbündeten Österreich-Ungarns nach den Balkankriegen von 1912/13 immer dramatischer wurde.

Zudem ging Rußland in Verbindung mit Frankreich immer stärker zu einer politisch-militärischen Offensivstrategie über, um seine Ziele in Südosteuropa und dem Osmanischen Reich zu realisieren und Konstantinopel auf dem Weg über Wien und Berlin zu erobern.

Als im Mai 1914 auch noch Agentenmeldungen zu Verhandlungen über eine britisch-russische Marinekonvention - die im Fall des Falles die Anlandung russischer Heerestruppen in Pommern mit Hilfe der Royal Navy vorsah - in Berlin eintrafen, schien fast alles verloren. Das Attentat von Sarajewo vom 28. Juni 1914 wurde in dieser Situation als letzte Chance gesehen, durch einen kleinen, isolierten Krieg Wiens gegen Serbien den Machtverfall des Habsburgerreiches noch einmal aufzuhalten.

Das Risiko eines großen Krieges wurde von Berlin durchaus gesehen, aber in Kauf genommen, weil man militärische Siegeschancen insbesondere gegen Frankreich 1914 noch zu ha-

ben glaubte, zu einem späteren Zeitpunkt aber nicht mehr.

Canis wendet sich explizit gegen dominante Erklärungsmuster der neueren deutschen Geschichtsschreibung. "Nicht aus weltpolitischem oder aus einem auf Europa zentrierten hegemonialen Eroberungsdrang (Fritz Fischer) oder aus einer manipulatorischen Absicht der inneren Systemstabilisierung (Hans-Ulrich Wehler) oder unter dem wachsenden Druck einer immer aggressiveren öffentlichen Meinung (Wolfgang J. Mommsen) ging man das Risiko des Krieges ein. Den Ausschlag gaben vielmehr außenpolitischer Fatalismus, ja, die blanke Verzweiflung (Egmont Zechlin)."

Fazit

Die seit Anfang des Jahrhunderts vor allem von Großbritannien und Rußland maßgeblich beeinflussten machtpolitischen Konstellationen hatten für die deutschen Akteure zwingenden Charakter und ließen wenig Spielraum für andere Präferenzen und Ziele. Zwar kritisiert Canis eine Reihe von Unzulänglichkeiten, Falscheinschätzungen und diplomatische Fehler der verantwortlichen deutschen Politiker. Doch gesteht er ihnen zu, daß sie in der Regel das taten, was sie zum gegebenen Zeitpunkt zum Erhalt der Großmachtstellung und Existenz Deutschlands tun zu müssen glaubten.

Am Ende kommt er sogar zu einem provokanten Urteil über die deutsche Politik in der Julikrise 1914: "War der Kurs auf den lokalen Krieg, den Österreich-Ungarn und Deutschland, mit dem kalkulierten Risiko des großen Krieges, einleiteten, politisch und militärisch vertretbar, war er, im Sinne der Staatsraison des Reiches, seiner Sicherheitsinteressen, gerechtfertigt? Die Frage muß man wohl bejahen."

Konrad Canis: *Der Weg in den Abgrund. Deutsche Außenpolitik 1902-1914*. Ferdinand Schöningh-Verlag 2011, 719 Seiten.

Erschienen in Junge Freiheit, 25. November 2011.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011: >>EU am Scheideweg

Die öffentliche und die verborgene Seite der Krise

In diesen Zeiten der Schuldenkrise geschehen bemerkenswerte Dinge. Gemeint ist nicht das, was täglich in den Nachrichten rauf und runter läuft.

Gemeint sind Ereignisse, von denen nur wenige Notiz nehmen und die einem, wenn man von ihnen erfährt, glatt die Sprache verschlagen, weil ihre Wirkung die demokratische Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert.

Nehmen wir nur diesen Satz: Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.

Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main.

Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags

Es war ein Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags auf das nationale Selbstverständnis der Deutschen, ausgesprochen von ausgerechnet jenem Mann, der im August 1990 den deutschen Einigungsvertrag unterzeichnete. Obwohl er schon vor einiger Zeit fiel und von einer ganzen Reihe aufmerksamer Internetmedien zitiert wurde, muß dieser Satz noch einmal thematisiert werden, weil er einfach so unglaublich ist.

Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt?

Kein einziger der anwesenden Top-Banker stellte Schäuble diese Fragen. Und wäre das Ereignis nicht auf Video dokumentiert worden, man würde es kaum glauben.

Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte das ein Linker behauptet. Aber nun sagte es der Finanzminister einfach mal so dahin, weil er die Preisgabe nationaler Souveränitätsrechte an das von Angela Merkel geplante neue Europa herunterspie-

len möchte. Und niemand widersprach ihm.

Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker, die meinen, man müsse eine Kongruenz zwischen allen Politikbereichen haben, die gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus."

Diese durch das Völkerrecht geschützte Souveränität sei aber in Europa spätestens mit den beiden Weltkriegen "längst ad absurdum geführt" worden.

Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: **"Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."**

Deswegen sei der Versuch, in der europäischen Einigung, "eine neue Form von governance zu schaffen". In dieser neuen Form gebe es dann halt nicht eine politische Ebene, die für alles zuständig sei und, gestützt auf "völkerrechtliche Verträge, bestimmte Dinge auf andere überträgt". Nein, so stellt sich Schäuble die Zukunft Deutschlands und Europas nicht vor. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 31. Dezember 2011 (x887/...): >>>Verfechter der Menschenrechte

Aufschlußreiche Biographie über den Journalisten Gerhard Löwenthal

Wer als Bundesdeutscher die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts bewußt miterlebt hat, kennt den Namen Gerhard Löwenthal. Er ist ein fester Begriff. Als Leiter des ZDF-Magazins von 1969 bis 1987 war er für die einen der "kalte Krieger", für die anderen die Verkörperung der wehrhaften Demokratie in ihrem Kampf gegen den Sowjetimperialismus. Nach der friedlichen Revolution hat man auch beim ZDF eingesehen, daß man die Wirklichkeit des Ostblocks recht unzulänglich wahrgenommen hatte.

Dem unbeirrbaren Einzelkämpfer Löwenthal blieb jedoch seitens des Hauses die Anerkennung versagt. Daher war eine ausführliche Biographie überfällig, die nun Stefan Winckler in jahrelanger solider Arbeit geschaffen hat. Trotz geistiger Verwandtschaft mit Löwenthal finden sich nirgendwo Spuren hagiographischer Verehrung. Jede Behauptung wird tunlichst exakt belegt. Das Opus ist wohl gelungen und lädt zum Lesen ein. Nur das Fehlen eines Personenregisters ist zu beklagen.

Wincklers Werk fußt auf Löwenthals Autobiographie, die aber schon vor 25 Jahren erschienen ist. Ihr Titel lautet: "Ich bin geblieben."

Hat er nicht einen Wandel durchgemacht, gleichsam von Willy Brandt zu Franz Josef Strauß? In seinen Augen war es die SPD, deren Ostpolitik immer mehr den Wünschen der totalitären Weltmacht entgegenkam, sei es durch Aufwertung der DDR, sei es durch Verzichtleistungen. Wincklers Werk gliedert sich in fünf Teile. Auf die Löwenthal-Biographie folgt die Schilderung seines politischen Engagements im Fernsehen und außerhalb. Wie war die Reaktion auf seine journalistische Arbeit?

Des weiteren wird Löwenthals Weltanschauung anschaulich ins Gedächtnis gerufen und seine Einbindung ins konservative Spektrum der Bundesrepublik konkretisiert. Auch seine Erinnerungen an das, was er als Jude unter Hitler in Berlin erlebt hat, "daß Tausende von Berlinern dem Gebot der Menschlichkeit auch unter schwierigen Verhältnissen folgten und halfen, wo es ging", sind aufschlußreich.

Nach dem Kriege führten ihn glückliche Umstände in die Redaktion des amerikanischen Senders Rias Berlin und schließlich zum ZDF. Dort war er für das ZDF-Magazin zuständig, das sich mit nahezu allen politischen Themen befaßte. So rügte er am 7. Januar 1970 als "katastrophal" Willy Brandts Ausspruch, er "habe aufgehört, über die deutsche Wiedervereinigung zu sprechen".

Derlei Sendungen machen es verständlich, daß Löwenthal in der DDR als Staatsfeind Nr. 1 bezeichnet wurde und daß er in der Bundesrepublik zu den am meisten gefährdeten Persönlichkeiten zählte. Dennoch war Löwenthal voll des Eifers für die Sache der Freiheit und be-

gnügte sich nicht mit der engagierten Wahrnehmung seiner beruflichen Pflichten. So war er 1972 Gründungsmitglied der Gesellschaft für Menschenrechte (heute Internationale Gesellschaft für Menschenrechte), eines Vereins, der sich vor allem den politischen Gefangenen in der DDR widmete und heute insbesondere verfolgte Christen hilft.

In einer an Vorbildern armen Welt kann die Beschäftigung mit Gerhard Löwenthal ein Ansporn sein, die eigenen Kräfte den vorrangigen Verfassungswerten dienstbar zu machen. ...

Stefan Winckler: "Gerhard Löwenthal. Ein Beitrag zur politischen Publizistik der Bundesrepublik Deutschland", ... Berlin-Brandenburg 2011 ...<<

2012

Die deutsche Zeitschrift "Magazin 2000plus" berichtete am 8. Januar 2012 (x936/...): >>**Die Staats-Simulation "BRD"**

Ein Artikel von *Ingrid Schlotterbeck*

Am 8. Mai 1945 wurden die Kampfhandlungen des 2. Weltkriegs eingestellt, nach dem am 7. Mai Generaloberst Alfred Jodl, als Delegationsleiter der Regierung Dönitz in Reims (Frankreich) die Kapitulationsurkunde unterzeichnete. Am 9. Mai unterzeichnete Generalfeldmarschall Keitel für die Wehrmacht die bedingungslose Kapitulation in Berlin-Karlshorst.

"Vereinigtes Wirtschaftsgebiet Deutschland"

Der völkerrechtliche Begriff "Debellatio", gemeint ist damit die Niederwerfung des Gegners, trifft hier nicht zu. Die Sieger hätten vom Zustand der "Debellatio" Gebrauch machen müssen. Es gab nur zwei Möglichkeiten, die Annexion, also die Einverleibung der eroberten Gebiete, oder die Subjugation, die Verknechtung des Volkes. Beides haben die Sieger nicht getan, sondern in Potsdam ausdrücklich erklärt, daß weder das Deutsche Volk versklavt werden soll, noch Gebiete im Zuge einer Annexion weggenommen werden. (3-Mächte-Konferenz 17.7. bis 2.8.1945, Potsdam).

Die Siegermächte teilten das Deutsche Reich in Besatzungszonen auf.

Die Westmächte teilten Nord-, West- und Süddeutschland unter sich auf, die Russen besetzten Mitteldeutschland und Ostdeutschland wurde von Rußland unter polnische und russische Verwaltung gestellt. Der Staat Deutsches Reich wurde mit Art. 1 §1 des Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (SHAEF)- Gesetz Nr. 52 am 12.9.1944 bereits, mit allen Reichsländern, Gauen, Kommunen etc., mit Wissen und Billigung Englands und der Sowjetunion beschlagnahmt.

Der immer noch fehlende Friedensvertrag wird mit den Siegermächten und dem Deutschen Reich zu schließen sein. Daß das Deutsche Reich fortbesteht hat das Bundesverfassungsgericht (so heißt es nun mal), obwohl die Verfassung fehlt und nur ein Grundgesetz von den alliierten Siegermächten der BRD "übergestülpt" wurde, eindeutig festgestellt (BverfGE2, 26 und 2BvF1/1973) siehe dazu auch die Rede Carlo Schmid (in Magazin EXTRA 10).

Seitdem verfügt weder das Deutsche Reich, noch das von den Siegermächten geschaffene Besatzungskonstrukt BRD, noch das vereinigte Wirtschaftsgebiet, nach dem Beitritt der DDR zur BRD, über volle uneingeschränkte Souveränität. Auch wenn durch die Politiker der BRD anlässlich des Zwei-plus- Vier-Vertrages 17.7.1990 in Paris (Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland 12.9.1990) Grenzverläufe bestätigt wurden, können das keine Gebietsabtretungen sein, da die BRD nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs ist.

Bei diesen Verhandlungen wurde der Artikel 23 (Geltungsbereich des Grundgesetzes) und die Präambel auf Veranlassung von James Baker (USA) und Eduard Schewardnadse (Sowjetunion) **gestrichen.** Damit wurde völkerrechtlich betrachtet das gesamte Grundgesetz der BRD aufgehoben.

Gleichzeitig wurde die Verfassung der DDR aufgehoben. Mit der Streichung der Präambel und des Art. 23 GG sind de jure jegliche Rechtsgrundlagen der Organe und Behörden der

BRD erloschen, haben somit keine Rechtsgültigkeit mehr. Der territoriale Geltungsbereich des Grundgesetzes ist spätestens mit der Streichung des Art. 23, am 23.9.1990 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht, erloschen.

Seit Ende 1990 gibt es das "Vereinigte Wirtschaftsgebiet Deutschland". **Gemäß Artikel 133 Grundgesetz gibt es keine "BRD", lediglich ein vereinigttes Wirtschaftsgebiet! Somit ist die "BRD" eine Staats-Simulation.**

Alle Politiker Schauspieler.

Ein Staat oder ein staatsähnliches Gebilde wird nur vorgetäuscht, nur vorgespielt. Diese Situation verschweigt man den Bewohnern des Wirtschaftsgebietes "BRD", hält diese dumm (nun gut, die lassen sich ja auch für dumm verkaufen) und ist u.a. bei den Euro-Verhandlungen absolut erpreßbar. Was der aufmerksame Betrachter jeden Tag aufs Neue kopfschüttelnd zur Kenntnis nimmt.

Die "BRD" wird völkerrechtlich (und nach den SHAEF-Militärgesetzen) durch eine Nicht-Regierungsorganisation (NGO) geleitet. Bei der UNO werden die NGO-Staaten unter folgendem Link geführt:

<http://esango.un.org/civilsociety/showProfileDetail.do?method=showProfile-Details&profileCode=43653>.

Mit Debellatio bzw. Debellation (lateinisch: "vollständige Besiegung, Kriegsbeendigung"; bellum "Krieg") bezeichnet man das durch vollständige Zerstörung und militärische Niederung eines feindlichen Staates herbeigeführte Ende eines Krieges. Nach traditionellem ("klassischem") Völkerrecht konnte, aber brauchte damit nicht einherzugehen die Annexion, das heißt die Beseitigung der Staatsgewalt des debellierten Staates und die Inanspruchnahme des Staatsgebiets durch den Sieger.

Die Einführung des Kriegsverbots im modernen Völkerrecht und demzufolge auch des Annexionsverbots beschränkt die Bedeutung der Debellation. Das deutlichste Beispiel einer Debellation ist die Unterwerfung Karthagos durch die Römer. Nach langen verlustreichen Schlachten wurde die Stadt völlig zerstört. (Quelle Wikipedia) ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. Februar 2012 (x887/...): >>>London deckt Stasi-Agenten

Geheimdienste im Visier: Großbritannien verhindert Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit

Das DDR-Regime ließ nicht nur Deutsche auf mittel- und westdeutschem Boden agieren, auch Nicht-Deutsche spitzelten im Auftrag von Ostberlin im Ausland. Doch bisher ist dieses Kapitel der DDR-Vergangenheit kaum erforscht, auch weil das Ausland abblockt.

Briten und Amerikaner in Stasi-Diensten? Daß Bürger westlicher Länder als Stasi-Mitarbeiter in der öffentlichen Wahrnehmung bisher kaum eine Rolle spielen, hat nicht nur mit dem Vernichten von Akten in den Wendejahren 1989/90 zu tun. Bis heute halten die USA und Großbritannien von der Stasi erbeutetes Material zurück:

Würde man einen Wettbewerb veranstalten, welcher Nachrichtendienst die wenigsten Spuren in den Archiven hinterlassen hat, gäbe es einen klaren Anwärter für eine Spitzenposition: die militärische Aufklärung der NVA. Einige wenige enttarnte Agenten in Westeuropa, einige Zeitzeugen und eine Handvoll Akten im Bundesarchiv sind schon fast alles, was man mit dem 1990 aufgelösten Nachrichtendienst noch in Verbindung bringen kann.

Die geheime Truppe, die den Ruf hatte, recht effektiv zu arbeiten, ist heute nur noch das Spezialgebiet einiger Historiker und Geheimdienstexperten. Nicht ganz so erfolgreich beim Beseitigen von Spuren war die Auslandsspionage der Staatssicherheit, die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS. Das Beseitigen von schriftlichem Material ist ihr nur teilweise gelungen. Zum Debakel geriet sogar der Versuch, hochbrisante Daten beim KGB in Sicherheit zu bringen.

Wie es dem CIA gelungen ist, das unter der Bezeichnung "Rosenholz"-Datei bekannt gewor-

dene Material an sich zu bringen, ist bis heute nicht eindeutig geklärt. Kolportiert wird, daß die Bestechung eines Mitarbeiters in der Ostberliner KGB-Residentur eine entscheidende Rolle gespielt hat. Unbestritten ist allerdings die Bedeutung des von der CIA erbeuteten Materials: Nicht nur die Ergebnisse der Stasi-Auslandsspionage wurden rekonstruierbar, sondern auch die Identitäten der angeworbenen Agenten in Westeuropa und den USA.

Nach hartnäckigem Bemühen durch die Bundesregierung wurden zwischen 1999 und 2003 durch die US-Behörden Kopien der "Rosenholz"-Datei an Deutschland übergeben. Das übergebene Material kam nicht nur reichlich spät, es ist auch bis heute unvollständig: Auf den insgesamt 381 Datenträgern, die an Deutschland übergeben wurden, fehlt Material, das sich auf nichtdeutsche Stasi-Agenten in Westeuropa bezieht. Diese Daten wurden von den Amerikanern zwar den betreffenden Staaten ausgehändigt, aber nicht Deutschland.

Die Regierungen von Norwegen, Dänemark und Schweden haben inzwischen signalisiert, daß sie die Datenbestände, die sie von der CIA erhalten haben, Deutschland zugänglich machen wollen. Auf Granit gebissen ist die deutsche Anfrage allerdings im Falle Großbritanniens. Obwohl für die wissenschaftliche Forschung die Zusammenführung der Datenbestände dringend nötig wäre, wird eine Einsichtnahme bisher strikt abgelehnt.

Gestützt auf Angaben des britischen Inlandsgeheimdienstes MI5 wurden im Jahr 1999 vom damaligen Innenminister Jack Straw gegenüber Parlamentariern angegeben, daß etwa 100 Briten für die Stasi gearbeitet hätten. Zumindest in juristischer Hinsicht scheint diese Zusammenarbeit in keinem einzigen Fall Folgen gehabt zu haben.

Anthony Glee, Professor an der University of Buckingham, gab gegenüber dem "Guardian" an, daß es in Großbritannien bisher keine Verurteilung wegen Spionage für die Stasi gegeben habe. Über den modus operandi, auf den sich der Inlandsgeheimdienst MI5 und die enttarnten Agenten geeinigt haben, kann man nur spekulieren.

Ähnlichen Pragmatismus kennzeichnet auch die britische Auslandsspionage durch den MI6. Bereits 2006 sah er sich Vorwürfen russischer Behörden ausgesetzt. Außer der "üblichen" Spionage ging es bei den damaligen Vorwürfen um die verdeckte Unterstützung von Bürgerrechtsgruppen. Daß es sich damals nicht um russische Paranoia gehandelt hat, wurde vor kurzem durch eine Dokumentation des Senders BBC2 aufgedeckt. Die russischen Vorwürfe waren zutreffend, wie Jonathan Powell, ein ehemaliger hochrangiger Mitarbeiter Tony Blairs, gegenüber der BBC bestätigte.

Die damals vom britischen Botschafter vehement bestrittene geheime finanzielle Unterstützung von Bürgerrechtsgruppen gehört eigentlich zum Standardrepertoire von Nachrichtendiensten.

Mehr aus einem James-Bond-Film könnten allerdings Geräte stammen, die dem russischen FSB im Zusammenhang mit den damaligen britischen Aktionen aufgefallen waren. Als moderne Variante des "Toten Briefkastens" nutzte der MI6 Mini-Computer zur Datenübermittlung. In Steinattrappen eingebaut, wurden die Computer unauffällig am Rande Moskauer Straßen deponiert und konnten per Funk von Agenten mit Daten beschrieben und ebenfalls per Funk im Vorbeigehen oder Fahren ausgelesen werden.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. März 2012 (x887/...):

>>**wikipedia: eine "Autobiographie"**

Hintergründe zur Online-Enzyklopädie - Alfred M. de Zayas abgelehnt

"Na toll, wikipedia über wikipedia, da wirst du bestimmt lauter Enthüllungen lesen", so der ironische Kommentar einer Kollegin über das Buch "Alles über wikipedia und die Menschen hinter der größten Enzyklopädie der Welt" von Wikimedia Deutschland e.V. Doch das ist zu kurz gedacht, denn natürlich verrät auch eine Autobiographie etwas über den Autor und seine Sicht der Dinge. Nun ist wikipedia zwar keine Person, sondern die größte Online-Enzyklopädie weltweit, doch das ändert nichts daran, daß man dank des Buches Blicke hinter die Kulis-

sen von wikipedia erhält.

Bis vor einiger Zeit gehörte die Rezensentin auch noch zu jenen, die auf die Frage, wie sie wikipedia findet, wikipedia schlicht für gut befunden hätte. Doch seitdem sie an der Bearbeitung des Wikipedia-Eintrages der PAZ mitbekommen hat, wie dort viele der ehrenamtlichen Autoren "ticken", und nachdem US-Wissenschaftler in einer Studie belegt haben, daß wikipedia keineswegs politisch neutral ist, ist sie auf Distanz gegangen.

Man muß das vorliegende Buch insoweit loben, als daß die dort versammelten ehrenamtlichen Wikipedia-Mitarbeiter zum Teil selbst die fehlende Neutralität der Enzyklopädie kritisieren dürfen. Allerdings läuft die Kritik in eine aus PAZ-Sicht unbefriedigende Richtung.

So merkt Benutzer "Neon02" zwar an, daß die Autoren und Administratoren nicht die Gesellschaft abbilden, sondern es sich nur hauptsächlich um junge, gutgebildete Männer handele, die mit ihrer Sicht wikipedia prägen, doch dann betont er, daß es eine offene Flanke nach rechtsaußen gebe. Dies würde man daran erkennen, daß ein "Revisionist wie Alfred M. de Zayas als reputable Quelle" gelten darf.

Jemand, der den Völkerrechtler de Zayas so einordnet, braucht keine Aussage mehr zu treffen, wo er selbst politisch einzuordnen ist. Und da in dem Buch besonders renommierte und aktive Wikipedia-Mitarbeiter versammelt sind, sagt das auch viel über Wikipedias politische Ausrichtung.

Aber man sollte sich vor Verallgemeinerungen hüten, so mancher der im Buch versammelten Autoren hat vermutlich einfach die Schaffung einer freizugänglichen Enzyklopädie im Blick. Sie dürfen hier von ihren Erlebnissen berichten. Die Anekdoten verraten auch viel darüber, wie wikipedia entstanden ist und funktioniert, wie sich die Online-Enzyklopädie entwickelt und verbessert hat, aber auch, an welchen Stellen es immer noch hakt.

Wikimedia Deutschland e.V.: "Alles über wikipedia und die Menschen hinter der größten Enzyklopädie der Welt", ... Hamburg 2011 ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. April 2012: >>**Eine Option, die Angst macht**

Vor neunzig Jahren schockierte der Vertrag von Rapallo zwischen dem Deutschen Reich und der kommunistischen UdSSR die Westmächte

Stefan Scheil

Die diplomatischen Vertreter der Westmächte hatten es eilig am frühen Morgen des 16. April 1922. Man rannte schnell in Richtung deutscher Delegation, denn es zeichnete sich am Rande der internationalen Konferenz im italienischen Küstenort Rapallo eine ebenso unerwartete wie spektakuläre Entwicklung ab: Es drohte ein deutsch-sowjetisches Abkommen.

Tagelang hatte besonders der britische Premier jedes direkte Gespräch mit der deutschen Delegation verweigert, jetzt bot er es in letzter Stunde an. Deutschlands Außenminister Walther Rathenau wurde bei dieser Nachricht nachdenklich, aber er winkte letztlich ab. Es war zu spät. "Der Wein ist angerichtet, nun muß er auch getrunken werden", so zitierte er ein französisches Sprichwort und schritt zur Unterzeichnung eines bis heute legendären Abkommens.

Vordergründig ging es zunächst einmal ums Geld, ein Thema, um das in Rapallo heftig gerungen wurde. Deutschland hatte den Ersten Weltkrieg verloren und sollte nun in unbegrenzter Höhe die Rechnungen zahlen, auf denen die Siegermächte saßen. "Kriegsschuld" lautete das Argument. Formal hatte man vom Deutschen Reich im Versailler Vertrag 1919 ein Schuldgeständnis und einen Blankoscheck erpreßt.

Seit drei Jahren wurde aber nun schon über Details verhandelt, Rapallo war nur eine weitere von zahlreichen Konferenzen zum Thema. Stetig luden französische und britische Diplomaten die ansonsten verhaßte bolschewistische UdSSR dazu ein, sich auf Basis des Versailler Vertrags an der Ausplünderung Deutschlands zu beteiligen - um auf diese Weise die Schulden des zaristischen Rußland bei den Westmächten bedienen zu können.

Allein, in Moskau wollte man davon nichts hören und veröffentlichte statt dessen genüßlich immer neue Dokumente aus den Beständen des Zarenreichs, aus denen die Kriegsschuld des Zaren und der Westmächte zweifelsfrei hervorging. Irgendwelche russischen Zahlungsverpflichtungen aus dieser Zeit wiesen die Bolschewiki als Ausdruck widerwärtiger imperialistischer Machenschaften zurück.

Ein zusätzlicher Grund für diese Haltung lag in der weiteren Taktik. Der Weg zur Weltrevolution führte über Deutschland, und noch glaubte die Moskauer Führung zuversichtlich, ihn bald beschreiten zu können. Dazu mußte die UdSSR in Deutschland als Hoffnungsträger gelten, als potentieller Verbündeter, um sich gegen die Übermacht aus Westeuropa zur Wehr setzen zu können.

Diese sowjetische Haltung war ein schwerer Schlag für die Zahlungsfähigkeit der Westmächte Frankreich und England. Sie versuchten sie zuerst mit einer Intervention in den russischen Bürgerkrieg zu korrigieren, mit der in Moskau ein antisowjetisches, vor allem aber ein zahlungswilliges Regime etabliert werden sollte. Dieses Unternehmen scheiterte. Bald darauf mußten London und Paris sogar noch einen weiteren Rückschlag hinnehmen, denn statt sich bei "Versailles" einzureihen, schlossen auch die USA im Sommer 1921 einen eigenen Friedensvertrag mit Deutschland. Von unbegrenzten deutschen Zahlungsverpflichtungen und Alleinschuld war darin nicht die Rede.

Damit war eine Konstellation entstanden, in der eigentlich eine grundsätzliche Wende im deutsch-britisch-französischen Verhältnis hätte eintreten können. Als weitere Drohkulisse zum Nachweis angeblicher Aggressivität des Deutschen Reiches taugte der Weimarer Staat kaum noch. Die deutsche Republik war klein genug geschnitten, um sie nicht weiter durch endlose Finanzforderungen und Besatzungsdrohungen mit Zerschlagung und endgültigem Ruin bedrohen zu müssen. Das mußte westliches Eigeninteresse eigentlich erkennen können, dennoch änderte sich wenig.

Aus deutscher Perspektive sah die Welt des Jahres 1922 daher alles andere als freundlich aus. Die Republik war teilweise besetzt, militärisch verteidigungsunfähig und noch dazu von Nachbarn wie den Republiken Polen und Frankreich umgeben, die nur notdürftig getarnt an der weiteren Zerschlagung Deutschlands und dem Erwerb von weiteren Teilen seines Staatsgebiets (Rheinland, Oberschlesien) arbeiteten.

Die Zustände im Osten Europas ließen sich auch nur unter der Betäubung durch die Kriegsergebnisse ertragen. "Wir haben in wenigen Jahren gelernt, Ereignisse kaum noch zu beachten, die vor dem Kriege die Welt hätten erstarren lassen. Wer denkt heute noch ernsthaft an die Millionen, die in Rußland zugrunde gehen," schrieb Oswald Spengler in diesem Jahr im "Untergang des Abendlands". Das Publikum las es dennoch mit Schaudern, die Politik auch.

Trotzdem blieb ein deutsch-russischer Ausgleich immer eine Option der Berliner Politik. Sicher, russische Politik ließ in Rußland Millionen zugrunde gehen. Westliche Hungerpolitik hatte allerdings im Krieg und danach abseits des Schlachtfelds viele Hunderttausende in Deutschland zugrunde gehen lassen, hauptsächlich Kinder. Es bestand 1922 kein grundsätzlicher Anlaß, an der potentiellen Todfeindschaft der ehemaligen Kriegsgegner aus dem Westen zu zweifeln.

Die Rückkehr zu einer Politik, die wenigstens eine Neutralität Rußlands sicherstellte, konnte dagegen an Bismarcksche Traditionen anknüpfen. Der alte Reichskanzler hatte einen französischen Angriff auf Deutschland für den Fall einer russischen Neutralität ausgeschlossen, für den Fall ihres Fehlens aber "ganz sicher" erwartet.

Internationale Konstellationen neigen dazu, sich zu wiederholen, und sie tun dies in großem Maß unabhängig von Ideologiewechseln in den beteiligten Staaten. Ein deutsch-russischer Ausgleich war deshalb auch im Jahr 1922 attraktiv, obwohl die sowjetische Ideologie dagegen stand. In der Tat arbeitete man in Moskau weiter an der deutschen Revolution und startete

dann auch trotz des Rapallo-Abkommens im nächsten Jahr 1923 einen Umsturzversuch in Deutschland.

Internationale Stabilität brachte das Rapallo-Abkommen also nicht. Die europäische Politik blieb ein Haifischbecken, inklusive Kriegsdrohungen, wirtschaftlicher Erpressung und revolutionärer Subversion. Immerhin vereinbarten die Weimarer Republik und die Sowjetunion 1922, auf gegenseitige Forderungen zu verzichten und volle diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Aus Sicht des Westens war dies ein alarmierendes Zeichen.

Die Grenzen des politischen wie finanziellen Ausbeutungswerts des Versailler Vertrags wurden erstmals deutlich, besonders aber die Gefahren einer grundsätzlichen Umorientierung der deutschen Außenpolitik. Konnte eine dauerhafte deutsch-russische Zusammenarbeit hergestellt werden, dann würde der Westen östlich des Rheins kaum noch etwas zu sagen haben. Obwohl nun schon vor neunzig Jahren geschlossen, hat das Rapallo-Abkommen den Skandalgeruch dieser Option und ihrer Aktualität nie ganz verloren.

Vertrag von Rapallo

Artikel 1

Gegenseitiger Verzicht auf Ersatz von Kriegskosten beziehungsweise Kriegsschäden ebenso auf Erstattung für die Aufwendungen für Kriegsgefangene. Einvernehmlicher Austausch von im Krieg requirierten Handelsschiffen.

Artikel 2

Deutschland verzichtet auf Ansprüche, die sich durch die Enteignung der UdSSR gegen deutsche Reichsangehörige ergeben.

Artikel 3

Aufnahme diplomatischer und konsularischer Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik.

Artikel 4

Grundsatz der Meistbegünstigung bei der Rechtsstellung der Staatsangehörigen im jeweils anderen Staatsgebiet für allgemeine Handels- und Wirtschaftsbeziehungen.

Artikel 5

Auf internationaler Basis vorherige Absprachen "in wohlwollendem Geiste" bei der Befriedigung wirtschaftlicher Bedürfnisse beider Staaten.

Artikel 6

Regelungen zum Inkrafttreten.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. April 2012 (x887/...):
>>"**Holt unser Gold heim!**"

Initiative fordert: Deutsche Goldreserve zurück nach Deutschland

Eine Initiative aus Wirtschaftswissenschaftlern, Politikern, Kaufleuten, Verlegern und Publizisten hat sich zusammengetan, um die Rückführung der deutschen Goldreserven nach Deutschland zu erreichen. Die Reserven befinden sich Schätzungen zufolge zu 66 Prozent in New York, zu 21 Prozent in Paris, zu acht Prozent in London und nur zu fünf Prozent am Sitz der Bundesbank in Frankfurt. Die Bundesbank verwaltet das Gold des deutschen Volkes treuhänderisch.

Es handelt sich offiziellen Angaben zufolge um 3.400 Tonnen, die derzeit einen Marktwert von rund 140 Milliarden Euro haben. Das Gold ist im Wesentlichen der Ertrag deutscher Exportüberschüsse zu Zeiten der Goldstandard-Währungen des Bretton-Woods-Systems in den 50er und 60er Jahren.

Die Initiative "Holt unser Gold heim" geht aus vom Europäischen Steuerzahlerbund (TAE) und der Deutschen Edelmetall-Gesellschaft. Erstunterzeichner sind TAE-Chef Rolf von Hohenau, der Autor Bruno Bandulet, FDP-Finanzexperte Frank Schäffler, der bekannte Finanzjournalist (ntv-"Telebörse") Frank Meyer, der Chefvolkswirt der Bremer Landesbank Folker

Hellmeyer und Ex-BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel.

Sie fordern, daß zunächst unabhängig überprüft wird, ob das deutsche Gold überhaupt noch vollständig ist, woran immer wieder Zweifel aufkommen. Dann sollten die Barren "zeitnah" nach Deutschland überführt werden. Gold gilt als "Geld für den Ausnahmezustand", weshalb Experten wenig Sinn darin sehen, die Barren im Ausland zu lagern. Fragen nach dem Sinn der Fernlagerung werden kaum beantwortet.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Mai 2012 (x887/...):

>>**Jugend ohne Gott**

Nirgends auf der Welt wird so wenig an Gott geglaubt wie in Mitteldeutschland - Gründe in der Geschichte

In der Tschechischen Republik und in den östlichen Bundesländern ist der Atheismus weit verbreitet. Genauer gesagt, glauben nirgends auf der Welt so wenige Menschen an Gott wie in Mitteldeutschland. Das hat eine neue US-Langzeitstudie herausgefunden hat. Berlin ist demnach ein Epizentrum der Gottlosigkeit, was für das allgemeine Wertegefüge hierzulande nicht ohne Konsequenzen bleibt.

Erstaunlicherweise ist in den fünf neuen Ländern und dem Ostteil Berlins der Atheismus auch in der Altersgruppe von jungen Menschen unter 28 Jahren, die nach der "Wende" 1989/90 bereits in der vereinten Bundesrepublik groß geworden sind, weit verbreitet. 71,6 Prozent von ihnen geben an, daß sie noch nie an die Existenz Gottes geglaubt haben. Damit ist der Unglaube fast genauso hoch wie in der Altersgruppe der 38- bis 47-Jährigen (72,6 Prozent).

In punkto Gottesferne bewegen sich also Jugendliche und Eltern, die noch die atheistische DDR-Erziehung genossen haben, etwa auf gleichem Niveau wie die jungen Leute. Offenbar waren also die Bemühungen der evangelischen und katholischen Kirche in den letzten 20 Jahren relativ erfolglos. Nur in der Altersgruppe zwischen 28 und 37 Jahren ist tatsächlich etwas weniger Atheismus festzustellen. Hier haben 63,8 Prozent noch nie an Gott geglaubt.

Als Erfolg können die christlichen Kirchen oder andere Religionsgemeinschaften diese etwas günstigere Zahl aber wohl auch nicht verbuchen. Denn wahrscheinlich ist der Rückgang durch diejenigen bedingt, die aus beruflichen Gründen vom Westen in den Osten gewechselt sind, ihren Glauben sozusagen mitgebracht haben.

Die vorgenannten Zahlen stammen aus dem internationalen Forschungsprojekt "Beliefs about God across Time and Countries" (Glaube an Gott über Zeiträume und Länder) von der Universität Chicago. Die an der Langzeitstudie beteiligten Soziologen wollten herausfinden, wie sich der Gottesglaube in verschiedenen Ländern im Laufe größerer Zeiträume verändert. Daher erfragten sie in den Jahren 1991, 1998 und 2008 das Ausmaß an Religiosität in christlich geprägten Ländern auf der ganzen Welt.

Für Deutschland wurden die Ergebnisse nach Ost und West aufgeschlüsselt. "Ich glaube nicht an Gott", sagten in Mitteldeutschland 52,1 Prozent aller Befragten, während in Westdeutschland dies nur 10,3 Prozent, in Rußland 6,8, in den USA drei und auf den Philippinen 0,7 Prozent erklärten. Der niedrige Wert in Rußland erstaunt vor allem deswegen, weil hier über mehr als 70 Jahre eine kommunistische Diktatur herrschte. Ähnlich wie die nationalsozialistische und sozialistische Herrschaft auf dem Gebiet Mitteldeutschlands versuchte sie den Menschen den Glauben an Gott auszutreiben.

Doch nach der Wende 1990/91 ließen sich in Rußland die Menschen wieder in Massen taufen. Während der Atheismus im Gebiet der ehemaligen DDR seitdem um 3,4 Prozent stieg, sank er in Rußland in den letzten 20 Jahren um 11,7 Punkte. Wie selbstverständlich besuchen auch der Präsident und Ministerpräsident Rußlands regelmäßig die Gottesdienste in den orthodoxen Kirchen des Landes, was man von Politikern in den neuen Bundesländern nur in Ausnahmefällen hört.

Was sind die Ursachen und Konsequenzen dieser relativ eindeutigen Ergebnisse? Lebt es sich

ohne Gott tatsächlich leichter? Bleibt Gottlosigkeit ohne Konsequenzen für ein Land? Gerne wird die große Distanz zu Gott auf die allgemeine Modernisierung geschoben, so auch die Autoren der Studie. Das scheint nur auf den ersten Blick einleuchtend, weil jüngere Leute in der Regel etwas weniger als ältere an Gott glauben.

Ein Gegenbeispiel bildet Israel, wo deutlich mehr jüngere als ältere Menschen an Gott glauben. Israel ist eines der modernsten Länder der Welt mit der höchsten Zahl von patentierten Erfindungen pro Kopf. Nach Meinung der Studienautoren liegt das auch daran, daß Juden und Moslems in starker Konkurrenz zueinander leben, was bekanntlich "das Geschäft" belebe. Eine solche Konkurrenz gibt es in mitteldeutschen Gebieten nicht. Dort leben kaum Moslems und auch die evangelische und katholische Konfession haben sich schiedlich, friedlich "ökumenisch" arrangiert.

Ein wesentlicher Grund für den größeren Atheismus scheint jedoch in der Geschichte begründet zu sein. Slawische Gebiete östlich der Elbe galten bereits im Hochmittelalter als eher kirchenfern. Seit der Einführung der Reformation und dem Aufblühen der Aufklärung verstärkte sich dieser Trend, so auch in den vom Königreich Preußen beherrschten Gebieten. Im Gegensatz zu den katholisch oder orthodox geprägten Ländern konnten sich Säkularisierung und Kommunismus hier besonders ausbreiten.

Dramatisch zeigen sich die Auswirkungen besonders in den Kerngebieten der Reformation in Sachsen-Anhalt und Thüringen. Der evangelischen "Landeskirche Mitteldeutschland" mit der Lutherstadt Wittenberg gehören nur noch 19,5 Prozent der Bevölkerung an. Warum immer weniger Menschen mit dem von den christlichen Kirchen verkündeten persönlichen Gott etwas anfangen können, begründet der Erfurter Theologieprofessor Eberhard Tiefensee mit der "Areligiosität". Gemeint ist damit die Einstellung, daß es den Menschen völlig egal zu sein scheint, ob es Gott nun gibt oder nicht. Sie lassen den Höchsten links liegen und hoffen sozusagen ungestraft davonzukommen.

Ob das tatsächlich der Fall zu sein scheint, ist schon im irdischen Leben zweifelhaft. Galten früher bekennende Katholiken oder Protestanten zuweilen als eher rückständig, so scheint das heute anders zu sein. Die Religion gilt unter Kulturwissenschaftlern als der zentralste Motor für die Wertebildung, für Tugenden wie Fleiß, Ehrlichkeit, Ordnung, Fairneß und ehrenamtliches Engagement. Allerdings komme es dabei wesentlich darauf an, zu welcher Religion man gehört, an welchen Gott der Mensch glaubt.

Daß man mit Gott erfolgreicher auch im Alltag sein kann als ohne Gott, das zeigen Initiativen, die es auch auf dem Gebiet der Ex-DDR gibt. So entstanden in den letzten 15 Jahren bei der evangelischen "Berliner Stadtmission" neue Gemeinden für junge Menschen. Bei der "Jungen Kirche Berlin" treffen sich vor allen Dingen Gymnasiasten, Studenten und junge Akademiker, die Freude am Glauben haben. Auch die in Erfurt angesiedelten katholischen Angebote der "Feier zur Lebenswende für Ungetaufte", das "Nächtliche Weihnachtslob" auf dem Domplatz oder der "Gottesdienst für Verliebte" erfreuen sich immer größeren Zulaufs.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. Mai 2012 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>>**Joschka Fischer: Deutsche sollen zahlen**

Joschka Fischer hat die Deutschen aufgefordert, für die Schulden der anderen Euro-Staaten aufzukommen. In einem Aufsatz für den amerikanischen Thinktank projectsyndicate.com schrieb der frühere Außenminister, Deutschlands "Macht und Wohlstand" sollten zur Rettung der EU eingesetzt werden.

Laut Fischer hätten die Deutschen sich im 20. Jahrhundert zweimal selbst vernichtet. "Es wäre sowohl tragisch als auch ironisch, wenn das wiedervereinigte Deutschland, obwohl friedlich und mit den besten Absichten, die europäische Ordnung ein drittes Mal ruinieren würde", so der grüne Spitzenpolitiker.

Als Konsequenz solle Deutschland seine Mittel einsetzen, um die Schuldner der Euro-Zone freizukaufen. Die Bundesrepublik müsse einer Fiskalunion zustimmen. Unbegrenzt solle die Europäische Zentralbank künftig die Staatsanleihen der Schuldnerstaaten ankaufen. Zudem sollten Schulden durch die Ausgabe von Eurobonds "europäisiert" werden. Schließlich sollten neue Wachstumspakete aufgelegt werden, um den Wiederaufbau zu unterstützen. Andernfalls drohe der Zerfall des Euro und der totale Niedergang des Kontinents. ...

Projectsyndicate ist eine private Denkschule, die Artikel von Publizisten durch ein Netz von Zeitungen verbreitet. Sie wird indirekt von dem amerikanischen Multimilliardär George Soros unterstützt.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 30 Juni 2012 über die "Atlantik-Brücke": >>**Im Dienst der Vereinigten Staaten**

Im altherwürdigen Magnus-Haus in Berlin gegenüber der Museumsinsel befindet sich seit 1999 die Zentrale der Atlantik-Brücke. Im selben Haus hat auch Altbundespräsident Richard von Weizsäcker sein Büro. Nebenan patrouillieren Polizisten, dort wohnt Kanzlerin Angela Merkel. Die räumliche Nähe ist zufällig, aber auch symbolisch und zugleich praktisch. Denn Weizsäcker wie Merkel sind Mitglieder dieses transatlantischen Clubs.

Die Atlantik-Brücke bezeichnet sich als überparteilich, gemeinnützig und privat. Bescheiden verlautet sie, ihr Ziel sei es, "eine Brücke zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu schlagen". Im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten steht das Bemühen um ein besseres gegenseitiges Verständnis. Große Worte hat die Atlantik-Brücke nicht nötig.

Eingeweihte wissen, daß es sich um einen der exklusivsten und einflußreichsten Vereine in Deutschland handelt. Die Atlantik-Brücke zählt rund 500 Mitglieder aus Politik, Wirtschaft, Militär und Medien. Zutritt erhält man nicht durch Bewerbung, sondern durch Empfehlung. Die Atlantik-Brücke gibt sich im Unterschied zu den Bilderbergern (JF 25/12) transparent, doch ihre Wirkung erzielt auch sie vor allem durch diskretes und informelles Handeln.

Bündelung proamerikanischer Kräfte

Gegründet wurde sie 1952 in Hamburg. Die Idee, die proamerikanischen Kräfte in der Atlantik-Brücke zu bündeln, zu koordinieren und mit den amerikanischen Eliten zu vernetzen, stammte vom Bankier Eric M. Warburg. Unterstützung fand er beim amerikanischen Hochkommissar John McCloy. Zu den Gründungsmitgliedern zählten die Zeit-Journalistin Marion Gräfin Dönhoff und Helmut Schmidt. Gleichzeitig wurde als amerikanische Komplementär-Organisation der American Council on Germany ins Leben gerufen. Dessen bekanntestes Mitglied ist Ex-Außenminister Henry Kissinger.

Die Atlantik-Brücke betätigt sich als Forum, Netzwerk und Denkfabrik. Sie organisiert Tagungen, Austauschprogramme, Vorträge und Hintergrundgespräche. Bundespräsident Joachim Gauck gehört dazu, auf der Liste stehen Führungskräfte aus Banken und Konzernen, Spitzenpolitiker der maßgeblichen Parteien und bekannte Medienvertretern: der Fabrikant Arend Oetker, der Unternehmensberater Roland Berger, der Springer-Vorstandsvorsitzende Mathias Döpfner, ZDF-Moderator Theo Koll, Zeit-Herausgeber Josef Joffe und der Zeit-Journalist Matthias Naß, der auch bei den Bilderbergern mitmischte.

Zahlreiche Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag treffen sich hier, so der Vorsitzende Ruprecht Polenz und Philipp Mißfelder (beide CDU). Polenz tritt vehement für eine türkische Mitgliedschaft in der Europäischen Union ein, was den Wünschen der Vereinigten Staaten entspricht. Vor diesem Hintergrund ist es interessant, daß er sich im September 2011 im Magnus-Haus mit türkischen und amerikanischen Politikern zu einem "Arbeitsfrühstück" traf.

Özdemirs Stipendium

Neben natürlichen Personen sind auch Institutionen und Unternehmen vertreten, etwa der Daimler-Konzern, die Deutsche Bank, Goldman Sachs, und der American Jewish Congress.

Die Atlantik-Brücke ist eng verbunden mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (die als eine Kopie des amerikanischen Originals gegründet wurde), mit der Initiative Neue soziale Marktwirtschaft oder mit der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Besondere Bedeutung haben die "Young Leaders-Programme", die Nachwuchskräfte in die transatlantischen Netzwerke einbinden. Zu den "Young Leaders" zählen Altpäsident Christian Wulff, Ex-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, Bild-Chefredakteur Kai Diekmann und Grünen-Chef Cem Özdemir.

Natürlich ist nicht jedes Mitglied der Atlantik-Brücke ein proamerikanischer Lobbyist. Der Vorsitzende Friedrich Merz etwa widerspricht vehement der amerikanischen Forderung nach Ausgabensteigerungen im Bundeshaushalt. Aber je mehr ein Politiker seine Karriere dem transatlantischen Netzwerk verdankt, um so mehr hängt sein soziales Prestige davon ab und ist er diesem verpflichtet. Özdemir verzichtete 2002 auf sein Bundestagsmandat, nachdem er wegen einer Bonusmeilen-Affäre in die Schlagzeilen geraten war.

Er nutzte die Auszeit für ein Stipendiat in den Vereinigten Staaten, und machte sich mit dem amerikanischen Politikbetrieb vertraut. Unter anderem hatte er Kontakt zum "Project for the New American Century", einer neokonservativen Denkfabrik, die für die weltweite Dominanz der Vereinigten Staaten wirkt. Nach seiner Rückkehr zog er ins Europaparlament ein, wo er Mitglied des Außenpolitischen Ausschusses wurde. Heute befürwortet Özdemir lautstark eine europäische Banken- und Schuldenunion, die auch von der Regierung in Washington angelehnt wird. Für den EU-Beitritt der Türkei ist er ohnehin.

Die offizielle Gewaltenteilung wird degradiert

Solche informellen Verbindungen und Entscheidungsstränge degradieren die offizielle Gewaltenteilung und die parteipolitischen Auseinandersetzungen über Außenpolitik weitgehend zur Theaterkulisse. Auch der CDU-Politiker Eckart von Klæden und sein Bruder Dietrich gehören der Atlantik-Brücke an. Bis 2009 war Eckart außenpolitischer Sprecher seiner Partei, heute ist er Staatsminister im Kanzleramt. FDP-Mitglied Dietrich von Klæden ist beim Springer-Konzern für die Kontakte zu Regierung und Parlament zuständig.

Wer politische Entscheidungen und Entwicklungen, Debattenverläufe und Pressekampagnen verstehen will, muß derartige Strukturen stets mitdenken.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 14. Juli 2012 (x887/...):

>>Energiewende schöngeredet

DIW-Studie für Greenpeace verharmlost Kosten des grünen Experiments - Preisexplosion wird geleugnet

Erneuerbare Energie ist nach einer aktuellen Greenpeace-Studie günstig zu haben: Der Atomausstieg beeinflusse die Kosten kaum. Schuld an der stockenden Energiewende und dem bisherigen Preisanstieg sei vielmehr die Bundesregierung, so das Gutachten.

Unternehmen geben sich mitunter ökologisch und ethisch korrekter, als es ihre Produkte bei kritischer Prüfung erlauben. Diesen Trend, sich grünzuwaschen (engl.: "Greenwashing"), attackieren Umweltschützer wie Greenpeace seit Jahren. Nun hat Greenpeace Deutschland, längst selbst ein Unternehmen, beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) eine Studie in Auftrag gegeben.

Das Papier zeichnet die Chancen für kostengünstigen, sauberen und grünen Strom in rosigen Farben. Konkret geht es in dem Gutachten um die Kosten der Energiewende in Deutschland. Anfang des Jahres warnte nämlich die Industrie vor deren hohen Kosten, trotz abfedernder Ausnahmeregeln: "Deshalb ist es fahrlässig zu behaupten, daß die Energiewende allenfalls ein paar alten Industrien die Existenz kosten werde", so der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Peter Keitel.

Arbeitsplatzverlust und De-Industrialisierung, Letzteres von EU-Energiekommissar Günther Oettinger im Mai kritisiert, droht laut Wirtschaftsexperten daher vor allem wegen der hierzu-

lande vergleichsweise hohen Stromkosten, angefeuert durch den Atomausstieg.

Nun stellte Claudia Kemfert, Mitverfasserin des neuen Greenpeace-Papiers und Leiterin des Bereichs Energie, Verkehr, Umwelt am DIW, abweichend fest, es sei "keine Strompreisexplosion zu erwarten". Außerdem gelte: "Ein möglicher Strompreisanstieg kann durch Energieeffizienzverbesserungen deutlich abgemildert werden."

Sparen soll demnach weiteren Preisanstieg und drohende Versorgungsengpässe infolge der Abschaltung von (Kern-)Kraftwerken verhindern. Wie das Grundproblem der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands bei steigenden Preisen für grüne Energien gelöst werden kann, erklärt die neue Studie nicht. Die Großindustrie habe enorme Möglichkeiten zum Stromsparen, hieß es nun bei Vorstellung der Studie pauschal. Demnach sei bis zum Jahr 2020 mit einem Aufschlag von gerade einmal 0,2 bis 0,6 Cent pro Kilowattstunde auf den Großhandelspreis für Strom zu rechnen. Das entspreche einem Preisanstieg zwischen vier und zwölf Prozent, rechnet das DIW vor.

Die Deutsche Energieagentur Dena schätzte im Dezember hingegen den Anstieg auf rund 20 Prozent bis 2020. Auch die Bundesnetzagentur rechnet mit höheren Preisen als die Umweltschützer. Tatsächlich zahlen deutsche Verbraucher für eine Megawattstunde Strom bereits 80 Euro. In Italien sind es beispielsweise nur 60 und in den USA umgerechnet nur gut 40 Euro. Die Umweltaktivisten haben indes laut ihrer Studie vor allem das nationale Klimaschutzziel von 40 Prozent weniger Kohlendioxidausstoß bis 2020 im Blick.

Um das zu erreichen, sollen Stromproduzenten gut die Hälfte weniger Treibhausgase produzieren, fordert die Studie nun. Bei Abschaltung der Atomkraftwerke sei dies nur im Rahmen eines funktionierenden europäischen Emissionshandels möglich, behauptet das Papier.

Statt einen kritischen Blick auf die realen Möglichkeiten sauberer Kraftquellen zu werfen, spricht Greenpeace sich so für noch mehr Bürokratie aus. Erst damit "würden die Investitionen in Kohlekraftwerke unattraktiv und emissionsärmere Gaskraftwerke begünstigt", so die Empfehlung.

Diese ist maßgeschneidert auf die Greenpeace-Forderung, Gaskraftwerke als Brückentechnik einzusetzen bei gleichzeitiger Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2015. Erst vor wenigen Wochen hatte sich Greenpeace für die Abschaltung sämtlicher Kohlekraftwerke ausgesprochen und Gaskraftwerke als vorübergehenden Ersatz gefordert, und zwar ungeachtet der Tatsache, daß deren Bilanz beim Kohlendioxid kaum geringer ausfällt.

Die Entscheidung fiel mit dem Bekanntwerden neuester Daten zu Deutschlands jüngst steigendem Kohleverbrauch zusammen. Das Beratungsunternehmen Ecofys berechnete daraufhin im Auftrag von Greenpeace für alle 140 deutschen Kohlekraftwerke, wie viel Strom diese noch liefern dürfen und wann sie vom Netz zu nehmen sind.

Die aktuelle Studie geht noch weiter. Wenn ein funktionierender Emissionshandel mit einer erfolgreichen Effizienzpolitik vereint werde, würde der Schadstoffausstoß im Stromsektor im Jahr 2020 um 48 Prozent geringer ausfallen als jetzt, im Jahr 2030 sogar um 64 Prozent. Falls es anders kommen sollte, benannte Greenpeace-Energieexperte Niklas Schinerl auch schon einen Schuldigen: "Wenn die Strompreise steigen, ist nicht der Atomausstieg der Sündenbock, sondern Wirtschaftsminister Rösler."

Die schiere Hoffnung auf beständig weitere Stromsparmöglichkeiten bestimmt so den Blick auf die Energiewende.<<

Josef Kraus (Vorsitzender des Deutschen Lehrerverbands und Leiter eines Gymnasiums bei Landshut) schrieb in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" vom 18. August 2012 (x887/...): >>"Zukunft ist Herkunft" - Stärkt endlich den Geschichtsunterricht

Zukunft ist Herkunft", hat Martin Heidegger einmal gesagt. Auf Erziehung und Bildung gewendet heißt das: Eine Erziehung und Bildung ohne Tradition und ohne historisch-narrative beziehungsweise biografisch-narrative Elemente, eine Bildung und Erziehung der bloßen Da-

seinsgefräßigkeit, gar eine Schulbildung ohne grundsoliden Geschichtsunterricht wären eine Verweigerung von Zukunft und eine Verweigerung von Orientierung. Orientierung erwächst schließlich in erster Linie aus der Teilhabe am kulturellen Gedächtnis.

Das ist der Grund, warum totalitäre Systeme über bestimmte Epochen der Geschichte gerne den Mantel des Vergessens auszubreiten und zur Proklamation einer ewigen Gegenwart neigen. Denn ein Erinnern ist die Chance des Widerstands und der befreienden Kraft gegen Indoktrination.

Der unbehauste und historisch entwurzelte Mensch aber wird die Beliebigkeit und Oberflächlichkeit des "global village" nur dann aushalten, wenn er Geborgenheit in Kultur, Geschichte, Tradition und Sprache findet. Und er wird nur dann seine Froschperspektive überwinden, wenn er beherzigt, was der Frühscholastiker Bernhard von Chartres (um 1120) meinte:

"Im Bewußtsein unseres begrenzten Erkenntnisvermögens sind wir alle Zwerge, aber auf den Schultern von Riesen können die Zwerge weit schauen."

Mit anderen Worten: Nur dann sind wir auch ideell und ideengeschichtlich mündig.

In einer Zeit aber, in der die Politik meint, von Vision zu Vision eilen zu müssen, ist Geschichte unbequem, weil sie - ohne Klitterung betrieben - Skepsis gegen Utopien zu vermitteln vermag. Gerade deswegen hat der Archivar Winston Smith in George Orwells "1984"er Wahrheitsministerium ("Miniwahr") die Aufgabe, Geschichte ständig umzuschreiben, damit sie sich den jeweils aktuellen politischen Wünschen fügt. Geschichtspolitik nennt man so etwas.

Geschichtspolitik wirkt sich aber auch in freiheitlich-demokratischen Rechtsstaaten etwa auf die Schulpolitik aus. Welche Bildungsschwerpunkte hier gesetzt werden beziehungsweise welche Themen ganz unter den Tisch fallen, ob es überhaupt ein eigenes Fach Geschichte oder dieses nur integriert in Gemeinschaftskunde gibt, das ist alles eine Frage der Geschichtspolitik.

Um es vorwegzunehmen: Das Ergebnis solcher Geschichtspolitik ist auch im Deutschland des Jahres 2012 ein historischer Analphabetismus unter Jung und Alt. An diesem Analphabetismus wird sich zukünftig nichts ändern, denn ganze historische Epochen wurden curricular entsorgt. Statt dessen ist exemplarisches Wissen angesagt. Aber heißt das: Ein Weltkrieg statt zwei, eine Revolution exemplarisch für fünf? Zwei Revolutionen würden reichen, meinen sogar gewisse Lehrervertreter, um im gleichen Atemzug zu monieren, daß es doch keine fünf sein sollten. Welche der Revolutionen aber lassen wir dann weg? 1789, 1848, 1917, 1918/1919, 1989?

Völlig unterbelichtet ist zum Beispiel die Repräsentanz der Geschichte Mittelost- und Osteuropas in den Lehrplänen der deutschen Länder: die Ostsiedlung im 12./14./17. Jahrhundert; die Geschichte mittel- und osteuropäischer Staaten, zum Beispiel Polens; die Vertreibung nach 1945; die Situation deutscher Volksgruppen und die Integration von Aussiedlern in Deutschland.

All diese Themen sind in den insgesamt rund 300 Geschichtslehrplänen aller 16 Länder, aller Schulformen und aller Jahrgangsstufen in insgesamt defizitärer Weise repräsentiert. Zahlreiche ostgeschichtlich relevante Begriffe kommen gar nicht vor: Baltikum, Donauschwaben, Königsberg, Pommern, Böhmen.

Jörg-Dieter Gauger, lange Jahre führender Bildungsexperte der Konrad-Adenauer-Stiftung, hat dazu 2001 und 2008 umfassende Studien vorgestellt. Kein Wunder, daß unsere jungen Leute gerade auch "ostkundliche Analphabeten" sind, wie Gauger 2011 bei der Tagung "Polen im deutschen Schulunterricht - Zwischen Wunsch und Realität" des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung feststellte!

Curriculare tabula rasa ist etwa auch die Geschichte Brandenburg-Preußens. Napoleons geringschätzende Bemerkung von 1806, Preußen sei "nur eine Episode", findet in deutschen

Lehrplänen ihre Bestätigung. Der Aufstieg Preußens zur europäischen Großmacht, die Rolle des größten Territorialstaates im Reich ("von Aachen bis Königsberg"), Preußens aufgeklärter Absolutismus, die Reformen nach 1806/07, der Dualismus zwischen Preußen und Österreich, die Stellung Preußens im Kaiserreich - all diese Themen bleiben auf der Strecke.

Wenn überhaupt, dann bleibt oft nur eine recht eingeschränkte Interpretation eines einzigen Ereignisses übrig: die Zerschlagung des (Frei-)Staates Preußen durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 und die förmliche Auflösung Preußens zu Gunsten der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt am 24. Juli 1947. Indirekt kommt damit auch die Gesichtsperspektive der sowjetischen und DDR-Geschichtsschreibung zum Tragen, derzufolge "Preußen als Hort des Militarismus und Träger der Reaktion" anzusehen sei.

Noch erschreckender: Gerade eben 20 Jahre nach dem Mauerfall wissen die jungen Leute fast nichts über die DDR. Laut einer Studie des "Forschungsverbundes SED-Staat" der Freien Universität Berlin aus dem Jahr 2007 (Titel "Soziales Paradies oder Stasi-Staat?"; Leiter: Professor Klaus Schroeder) ist das Wissen deutscher Schüler um die Zustände in der DDR höchst defizitär. Zum Beispiel: Mehr als die Hälfte der Schüler kennt das Jahr des Mauerbaus nicht. Nur jeder Dritte weiß, daß die DDR die Mauer gebaut hat.

Ebenfalls jeder dritte Schüler hält Konrad Adenauer und Willy Brandt für DDR-Politiker, und Erich Honecker ist angeblich demokratisch legitimiert gewesen. So weit ein paar der Ergebnisse der Studie, an der insgesamt 5.000 Schüler im Alter von 16 und 17 Jahren aus Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Bayern beteiligt waren.

Anfang Juli hat die FU-Forschergruppe eine neue Studie aufgelegt. Sie trägt den Titel "Zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen". Auch hier geht es um das zeitgeschichtliche Wissen der jungen Leute. Um es auf den Punkt zu bringen: Dieses "Wissen" erwies sich erneut als katastrophal. Befragt hatte man rund 4.600 Jugendliche zu vier Epochen der jüngsten deutschen Geschichte: zum Nationalsozialismus, zur DDR, zur Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung. Nur ein Drittel der Fragen konnten die Jugendlichen richtig beantworten.

Zum Beispiel ist den allermeisten Schülern nicht präsent, daß die Bundesrepublik der Jahre 1949 bis 1989 ein freiheitlicher, demokratischer Rechtsstaat war, ohne dessen Ausstrahlung es "1989/1990" nicht gegeben hätte. Zudem fiel erneut auf, daß es ein erhebliches innerdeutsches Gefälle gibt. Bayerische Schüler schnitten am besten, Schüler aus NRW am schlechtesten ab. Besonders erschreckend: Das höchst defizitäre Wissen schlägt sich auch im Urteilen nieder. Fast die Hälfte der Schüler kann nicht zwischen den Merkmalen von demokratischen und diktatorischen Systemen unterscheiden. Die Autoren der Studie stellen deshalb nicht zu Unrecht die Frage: "Später Sieg der Diktaturen?"

Wenn das nicht endlich Anlaß ist, den Geschichtsunterricht zu stärken - und zwar mit erheblich mehr Unterrichtsstunden und mit konkreten Inhalten!<<

Die Tageszeitung "DIE WELT" berichtete am 20. August 2012 über die Entstehung der Europäischen Union: >>Europas Einigung war de Gaulles Rache an den USA

Bis 1956 liebäugelten die Franzosen mit einer Achse Paris-London. Erst als die Intervention zusammen mit Israel am Suezkanal an Amerikas Einspruch scheiterte, kam es zu den Römischen Verträgen.

Am 10. September 1956 fliegt Frankreichs Premierminister Guy Mollet zu Gesprächen mit seinem britischen Kollegen Anthony Eden nach London. Fünfzig Jahre später enthüllen freigegebene Dokumente aus den britischen Archiven, welches Angebot der französische Sozialist dem britischen Konservativen macht. "Bei seinem letzten Besuch in London erörterte der französische Premier Monsieur Mollet mit dem Prime Minister die Frage einer Union zwischen dem Vereinigten Königreich und Frankreich", heißt es lapidar in einer britischen Kabi-

nettsvorlage.

Der Vorgang läßt die Entstehung der Europäischen Union in einem neuen Licht erscheinen. Während man in Deutschland den Mythos der EU als Antwort auf die Gräber des Ersten und zweiten Weltkriegs pflegt, ist sie eher zu begreifen als Teil des verzweifelten französischen Versuchs, das eigene Kolonialreich vor dem Untergang zu retten.

Mollets Vorstoß in London erfolgt gerade mal sechs Monate, bevor Frankreich die Römischen Verträge unterschreibt und damit zusammen mit Deutschland, Italien und den Beneluxstaaten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gründet - die Vorläuferorganisation der EU. Aus französischer Sicht ist das Projekt Europa eben nur Plan B.

Eine Idee aus schierer Not

Sechzehn Jahre zuvor, am 16. Juni 1940, hatte ausgerechnet Winston Churchill eine Union Frankreichs und Großbritanniens auf der Basis einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft, eines vereinten Parlaments und Kabinetts sowie gemeinsamer Organe der Außen-, Verteidigungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik vorgeschlagen.

Geboren war die Idee aus der schierer Not. Nur durch die Union mit dem unbeugsamen Großbritannien war die Kapitulation der Franzosen vor Hitler noch abzuwenden. Und wenn Festland-Frankreich nicht mehr zu halten war, so wären wenigstens die französischen Kolonien aus der Konkursmasse zu retten. Denn in Churchills Plan des Widerstands gegen die deutsche Militärmaschine sollte das Weltreich notfalls die Basis bilden, von der aus der Kampf auch dann fortgesetzt werden konnte, wenn England besetzt würde.

Für Charles De Gaulle spielte "La France d'outre-mer" eine vergleichbare Rolle. Sie sollte die materielle Basis seines "Freien Frankreich" bilden. Schon im Herbst 1940 brachen Kamerun, Tschad und Französisch-Äquatorialafrika mit dem Kollaborationsregime Marschall Pétains in Vichy und schlossen sich De Gaulles Widerstandsbewegung an. Doch waren Frankreichs Kolonien ohne Großbritanniens Flotte hilflos den Deutschen ausgeliefert.

"Wir sind ein kleines Land"

So hatte der General, sonst peinlich auf französische Unabhängigkeit bedacht, persönlich dem britischen Premier die politische Union vorgeschlagen. Die Idee freilich stammte nicht von De Gaulle selbst, sondern von einem anglophilen Politiker namens Jean Monnet. Der sollte in die Geschichte eingehen als Gründervater von Montanunion, Euratom und EWG; eines kontinentaleuropäischen Verbunds also, den ausgerechnet Charles de Gaulle zum Bollwerk gegen den angelsächsischen Einfluß in Europa umfunktionierte.

"De Gaulle hielt täglich Reden über la grandeur française", sagte Monnet später über die unmittelbare Nachkriegszeit. "Ich sagte ihm geradeheraus: Wenn Sie nicht aufpassen, wird es keine Grandeur geben. Wir sind ein kleines Land, wir sind ausgeplündert worden, unsere industrielle Basis ist weitgehend zerstört. Frankreich könnte der Hinterhof Europas werden." Diese Überlegungen bildeten den Ausgangspunkt für die 1952 verkündete "Montanunion".

Was der als Deutscher geborene französische Außenminister Robert Schuman als "Vergemeinschaftung" der Kohle- und Stahlindustrie auf dem Weg zu einer Europäischen Föderation pries, war für Frankreichs Elite eine Ruhrbesatzung ohne Militär. So sicherte sich Frankreich einen Zugriff auf die deutsche Kohle. Durch die "Hohe Behörde" der Montanunion wurde zudem die "Ruhrbehörde" der Siegermächte kaltgestellt, in der auch Großbritannien und die USA Sitz und Stimme hatten.

Erniedrigung durch Ho Chi Minh

Den "Angelsachsen" nahm man in Paris übel, daß sie nach dem Krieg französische Pläne zur Zergliederung Westdeutschlands nicht unterstützt, sondern zur Abwehr der kommunistischen Gefahr die Bundesrepublik geschaffen und bewaffnet hatten.

1956 aber - vier Jahre nach Gründung der Montanunion und zwei Jahre nach der Erniedrigung der französischen Armee durch Ho Chi Minhs vietnamesische Guerillas in Dien Bien Phu -

sucht Frankreich wieder die Nähe zum Rivalen Großbritannien. Anlaß ist die Suez-Krise. Sie ist ein Schlüsselereignis zum Verständnis des imperialen Subtexts der europäischen Einigung. Am 26. Juli 1956 verstaatlicht Ägyptens Diktator Gamal Abdel Nasser den Suezkanal. Nassers Panarabismus ist der Versuch, den alten Traum des Kalifats unter national-sozialistischem Vorzeichen neu zu beleben.

Zur Auslöschung des jüdischen Staats bildet Nasser mit Jordanien und Syrien ein "Vereinigtes Arabisches Oberkommando" und schickt Fedajin-Kommandos mit Terrorauftrag nach Israel. Zugleich unterstützt er mit Geld und Waffen den blutigen Zermürbungskrieg der algerischen "Nationalen Befreiungsfront" (FNL) gegen Frankreich in Algerien.

Die sowjetische Drohung wird negiert

Mit der Verstaatlichung des Suezkanals bekommt Nasser nicht nur eine Maschine zum Geld drucken in die Hand, sondern kann Großbritannien von seinen Besitzungen östlich von Suez und Europa vom Öl des persischen Golfs abschneiden. Zum ersten Mal seit dem Untergang des Osmanischen Reichs bedroht eine islamische Macht die Südflanke Europas. Diese Bedrohung führt Großbritannien, Frankreich und Israel zum letzten Abenteuer des europäischen Imperialismus zusammen. Suez wird zum militärischen Glanzstück und zum politischen Desaster.

Der bei einem Geheimtreffen in Sèvres ausgearbeitete Plan sieht vor, daß Israel den Sinai besetzt und bis zum Kanal vorrückt. Dann sollen Großbritannien und Frankreich einen Waffenstillstand und einen Rückzug der israelischen und ägyptischen Truppen vom Kanal fordern und zur "Sicherung des Friedens" die Kanalzone besetzen. So geschieht es auch. Weder die Drohung des sowjetischen Führers Nikita Chruschtschow mit einem Einsatz der Atombombe, noch die Ankündigung eines Öl-Embargos durch Saudi-Arabien beeindrucken Mollet und Eden.

Doch als auch US-Präsident Dwight D. Eisenhower einen Rückzug der Europäer verlangt und damit droht, Amerikas Sterling-Reserven zu verkaufen und damit die britische Wirtschaft zu ruinieren, verlieren die Briten die Nerven. Anthony Eden tritt zurück. Anfang Dezember werden die europäischen Streitkräfte am Suezkanal zurückgezogen und durch eine Truppe der Vereinten Nationen ersetzt.

Eisenhowers größter Fehler

Später hat Eisenhower die Intervention in der Suez-Krise als größten außenpolitischen Fehler seiner Administration bezeichnet. Das ist untertrieben. Das Fiasko von Suez hat verhängnisvolle Folgen. Der bereits militärisch geschlagene Nasser kann sich der "arabischen Straße" als Sieger präsentieren. Neun Jahre später kann er einen erneuten Versuch unternehmen, Israel zu liquidieren. Der radikale arabische Nationalismus gewinnt überall an Boden. Und trotz der Tatsache, daß Amerika Nassers Haut gerettet hat, richtet sich der Panarabismus zunehmend auch gegen die USA.

Amerikas wichtigste Verbündete sind gedemütigt worden. Daraus ziehen sie allerdings gegensätzliche Schlüsse. Während die Briten unter Harold MacMillan beschließen, die Liquidierung des Empire zu beschleunigen und die Lehre ziehen, künftig nie ohne amerikanische Rücken deckung zu handeln, kommen die Franzosen zum Ergebnis, daß man sich nicht auf die Angelsachsen verlassen könne; daß Frankreich an der Union mit Algerien mit aller Kraft festhalten und Europa als Gegenmacht zur Anglosphäre aufbauen müsse.

Wie Konrad Adenauer dem verbitterten Guy Mollet sagte, werde die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft seine "Rache für Suez" sein. Ein Vierteljahr nach dem Rückzug der Briten und Franzosen aus Ägypten werden die Römischen Verträge unterzeichnet.

Ermutigung für die algerischen Kämpfer

Zweifellos verband Mollet mit diesem Schritt die Hoffnung, wenigstens an Algerien festzuhalten, das ja als französisches Übersee-Département, also Teil des Mutterlands, Mitglied der

EWG wurde. Bei ihrem Widerstand gegen den EU-Beitritt der Türkei vergessen deutsche und französische Politiker heute gern, daß damals vom Gründungsmitglied Frankreich zehn Millionen Muslime in die Gemeinschaft eingebracht wurden, und daß Algerien bei einem anderen Gang der Ereignisse heute selbstverständlich Mitglied der Europäischen Union wäre.

Der Rückzug aus Suez jedoch ermutigte die algerischen Revolutionäre. Auch wenn die französische Armee 1957 die Schlacht von Algier gegen die FNL gewann, war die französische Bevölkerung nicht bereit, die materiellen, menschlichen und moralischen Opfer zu tragen, die der schmutzige Anti-Guerillakrieg verlangte. Wie später Vietnam, Irak und Afghanistan wurde Algerien an der Heimatfront verloren.

Das Ergebnis der französischen Niederlage war verheerend: Über eine Million nicht-muslimische Algerier wurden von der siegreichen FNL aus dem Land getrieben, bis zu 150.000 angebliche Kollaborateure der Kolonialmacht massakriert, weitere Hunderttausende flohen ins Mutterland, das die ehemaligen "Überseebürger" plötzlich als Fremde ablehnte.

Kulturelle Katastrophe epochalen Ausmaßes

Unter dem Beifall einer antiimperialistischen Linken vollzog sich eine der größten ethnischen Säuberungen des 20. Jahrhunderts, wurde die De-Europäisierung des südlichen und östlichen Mittelmeerraums fortgesetzt, die mit der Vertreibung der Armenier und Griechen aus der Türkei begann und erst vollendet wäre, wenn Israel "von der Landkarte verschwinden" würde. Eine kulturelle Katastrophe epochalen Ausmaßes.

Nicht zufällig übrigens schließt die EWG 1963 - ein Jahr, nachdem Frankreich die Unabhängigkeit Algeriens anerkannt hat - ein Assoziationsabkommen mit der Türkei, das die spätere Mitgliedschaft vorsieht. Was heute von Angstmachern als Komplott zur Islamisierung Europas dargestellt wird, war in Wirklichkeit ein Versuch, verlorenen Boden wieder zu gewinnen.

Europa ist für Frankreich nur eine Option

Adenauer hatte Recht: das europäische Projekt war Frankreichs "Rache für Suez": nicht weniger, aber nie mehr. Deshalb sollte man sich nicht wundern, wenn ein Francois Hollande, der aus der Partei Guy Mollets kommt, wenig Neigung verspürt, im Interesse einer "immer engeren Union" deutsche Vorschriften in der Wirtschaftspolitik zu akzeptieren, und lieber mit Spanien und Italien konspiriert, um Angela Merkels Fiskalpakt zu unterlaufen.

Frankreichs imperiale Träume sind zwar ausgeträumt, verblutet in Vietnam und Algerien, aber Europa, das für Deutschland alternativlos erscheint, war, ist und bleibt für die Grande Nation eine Option. Nicht zufällig ging der gegenwärtigen Krise in den deutsch-französischen Beziehungen ein gemeinsamer Waffengang von Briten und Franzosen voraus: beim Sturz des Nasser-Adepten Muammar al-Gaddafi in der früheren italienischen Kolonie Libyen.

Der deutschen Regierung war da eine Landtagswahl wichtiger als das Mitmachen bei der militärischen Rückkehr Europas ans Mittelmeer. In Paris wird das nicht so schnell vergessen.<<

Der deutsche Hochschullehrer i.R. Dr. Hans Penner forderte bereits am 21. August 2012 den Rücktritt der Bundeskanzlerin Merkel (x932/...): >>**Merkel betreibt Auflösung Deutschlands**

Im Widerspruch zu ihrem Amtseid betreibt Frau Dr. Angela Merkel eine Energie- und Europapolitik, die Deutschland großen Schaden zufügt und zu Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit und Verarmung führen wird. Aus diesen Gründen ist der Rücktritt von Frau Dr. Angela Merkel von ihrem Amt als Bundeskanzlerin zu fordern.

1. Auflösung der Bundesrepublik Deutschland

Frau Merkel betreibt die Auflösung der Bundesrepublik Deutschland als souveränen Rechtsstaat. Deutschland soll in einen europäischen Bundesstaat integriert werden, der aller Voraussicht nach eine sozialistische Fiskal-Diktatur sein wird. Diese Bestrebungen widersprechen Artikel 20 des Grundgesetzes. Das Grundgesetz erlaubt den Bürgern Widerstand gegen diese Politik.

2. Vernachlässigung der Bankenaufsicht

Durch Vernachlässigung der Bankenaufsicht unter der Regierung von Frau Merkel hat sich in Deutschland der Schwerpunkt der Bankentätigkeit auf das Investmentbanking verlagert. Als Ergebnis betreiben Banken riskante Geschäfte, deren Verluste der Steuerzahler tragen muß.

3. ESM-Vertrag

Auf Betreiben von Frau Merkel soll in Luxemburg eine unzutreffend als "Europäischer Stabilitätsmechanismus" (ESM) bezeichnete internationale Finanzbehörde geschaffen werden. Laut ESM-Vertrag soll diese ESM-Bank volle Immunität genießen. Beaufsichtigungen oder Kontrollen der ESM-Bank sind untersagt. Die Mitarbeiter der ESM-Bank sind zum Stillschweigen verpflichtet.

4. Schulden-Union

Unter Mißachtung der europäischen Gesetze betreibt Frau Merkel die Umgestaltung der EU in eine Schuldenunion. Die ESM-Bank dient ausschließlich dem Zweck, die Gläubiger maroder Banken zufriedenzustellen.

5. Preisgabe der Haushaltssouveränität

Die Finanzierung der ESM-Bank bedeutet die Preisgabe der Haushaltssouveränität des Bundestages. Der Bundestag kann zwar das deutsche Mitglied des Gouverneursrates der ESM-Bank beeinflussen, nicht aber die Entscheidungen des Gouverneursrates.

6. Anstieg der Staatsverschuldung

Unter der Regierung von Frau Merkel stieg die Staatsverschuldung von 1,5 auf 2,1 Billionen Euro. Auf Betreiben von Frau Merkel verpflichtet sich Deutschland, der ESM-Bank einen Betrag von 190 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Da Deutschland dieses Geld nicht hat, kann dieser Betrag nur durch eine höhere Neuverschuldung aufgebracht werden. Darüber hinaus kann der Gouverneursrat das Grundkapital des ESM und damit den Beitrag Deutschlands jederzeit nach Belieben erhöhen.

7. Torpedierung der Sozialen Marktwirtschaft

Frau Merkel torpediert die Soziale Marktwirtschaft durch zwangswirtschaftliche Verordnung unwirtschaftlicher Stromerzeugungsmethoden.

8. Vernichtung der Kerntechnik

Ohne rationale Begründung vernichtet Frau Merkel die hochentwickelte, sichere deutsche Kerntechnik und zwingt zum Import von unverzichtbarem Nuklearstrom. Die Eigentümer der Kernkraftwerke werden gesetzwidrig zwangsenteignet. Die Gesamtkosten müssen vom Steuerzahler getragen werden. Deutschland verliert seine Kompetenz auf dem Gebiet der Kernenergie.

9. Propagierung der Klimakatastrophen-Hypothese

Wider besseres Wissen behauptet Frau Merkel als promovierte Physikerin, Kohlendioxid sei ein Schadstoff, obwohl dessen Klimasensitivität unter 1° C liegt. Kohlendioxid-Emissionen haben keinen schädlichen Einfluß auf das Klima, fördern aber das Pflanzenwachstum.

10. Umbau der Stromversorgung in Deutschland

Frau Merkel fordert einen extrem kostspieligen unnötigen Umbau der Stromversorgung in Deutschland, der nach gegenwärtigen Schätzungen einen Anstieg der Stromkosten auf das dreifache bewirken wird. Süddeutschland soll aus dem Wattenmeer mit Strom versorgt werden, was Stromleitungen erfordert von der Länge München - Moskau.

11. Gefährdung der Sicherheit der Stromversorgung

Frau Merkel fördert einen exzessiven Ausbau der sogenannten "erneuerbaren" Energieformen Photovoltaik, Windkraft und Biogas. Dadurch gefährdet sie in zunehmendem Maße die Netzstabilität und macht großräumige und langdauernde Stromausfälle immer wahrscheinlicher. Solche Stromausfälle werden nicht nur große Sach- und Vermögensschäden anrichten, sondern möglicherweise auch Tote und Verletzte fordern.

12. Belastung der Umwelt

Die von Frau Merkel geforderten und geförderten "erneuerbaren" Energieformen Photovoltaik, Windkraft und Biogas belasten die Umwelt in Deutschland, ohne irgendeinen Einfluß auf das Weltklima auszuüben.

13. Zerstörung der Familie

Unter der Regierung von Frau Merkel wird die Familienstruktur unseres Volkes zerstört. Jede Woche werden einige tausend sozial unerwünschte ungeborene Deutsche vor ihrer Geburt getötet.

14. Islamisierung Deutschlands

Unter der Regierung von Frau Merkel werden an Universitäten islamische Lehrstühle eingerichtet, um die verfassungswidrige totalitäre Ideologie des Islam auszubreiten.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. September 2012 (x887/...): >>Verrät uns auch Karlsruhe?

Staatsstreich: Parlament hat Deutsche bereits schutzlos dem ESM ausgeliefert

Tritt der Euro-Rettungsfonds ESM in Kraft, dann verliert der Bundestag de facto sein Budgetrecht und wird somit machtlos, denn eine ESM-Obergrenze ist nicht existent.

Gebannt blicken nicht nur die Deutschen am kommenden Mittwoch gen Karlsruhe. Dort entscheidet an jenem Tag das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) über die Eilanträge gegen den "Europäischen Stabilitätsmechanismus" (ESM).

Trotz mehr als einjähriger Diskussion dürfte Millionen von Bürgern noch immer nicht klar sein, was dort auf dem Spiel steht. Das ist vor allem der geschickten Vorgehensweise der Bundesregierung und der rot-grünen Opposition zu verdanken, die es geschafft haben, die Deutschen über den brisanten Kern des "Rettungsschirms" ESM hinwegzutäuschen.

Die deutsche Haftung für zu "rettende" Euro-Länder sei streng begrenzt, heißt es. Und: Die Demokratie, vor allem das Mitbestimmungsrecht der Deutschen über ihr Geld, bleibe bestehen.

Beides ist falsch. Laut Vertrag kann das ESM-Führungsgremium beliebig Geld bei den Euro-Ländern einfach abrufen. Die "Obergrenze" von 700 Milliarden Euro, von denen schon so mehr als 192 Milliarden auf Deutschland entfallen, kann durch Tricks im Vertrag jederzeit angehoben werden. Und Deutschland kann sich gegen die Forderungen nicht mehr wehren.

Damit fällt auch das zweite Versprechen: Das wichtigste Recht des Parlaments, seine Herrschaft über den Steuersäckel, wird ihm de facto genommen. So machtlos, wie es der Bundestag dann sein wird, war (mit Ausnahme von NS-Zeit und DDR) kein deutsches Parlament seit der Gründung des Deutschen Reiches 1871.

Von Berlin aus werden die Deutschen mit Spiegelfechtereien bei Laune gehalten und abgelenkt: Sie sei strikt dagegen, daß der ESM eine "Banklizenz" erhalte, mit der er sich grenzenlos Geld bei der Europäische Zentralbank (EZB) holen könne, tönt die Kanzlerin. Eine derartige Erweiterung des ESM-Mandats sei mit ihr nicht zu machen.

Doch Merkel weiß: Bereits im vorliegenden Vertrag ist die "Banklizenz" längst vorhanden, nur etwas verklausuliert formuliert. Und diesem Vertrag haben Union, FDP, SPD und Grüne im Juni im Bundestag zugestimmt. Die wenigen Gegenstimmen, angeführt von Klaus-Peter Willsch (CDU), Frank Schäffler (FDP) und Peter Gauweiler (CSU), waren einsame Rufer in der Wüste.

Bislang hat sich das BVerfG keinem der Euro-Abenteuer in den Weg gestellt, auch wenn ihre verfassungspolitischen Konsequenzen bereits bedenklich waren. Diesmal müßten die Richter endgültig "Stopp" rufen. Lassen sie auch diese Chance verstreichen und winken den ESM-Vertrag mit ein paar blutleeren Ermahnungen durch, stehen die Deutschen einem neuartigen Staatsstreich gegenüber, gegen den sie kein Organ der Republik mehr schützt. Eine niederschmetternde Erfahrung, auf die das Volk dann selbst eine Antwort finden muß.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 15. September 2012 (x887/...): >>>Geldkrieg beenden

Euro als Waffe gegen Berlin

Heiner Kappel ist studierter Theologe und wurde evangelischer Pfarrer. Er kennt sich also mit Fragen von Schuld und Sühne aus. Insbesondere in unserem Land wird ja ein regelrechter Schuldskult betrieben, dessen sich Länder wie Griechenland oder Italien in der aktuellen Euro-Krise auch fleißig bedienen.

Schon mit dem Titel "Geldkrieg statt Weltkrieg" will der frühere FDP-Politiker provozieren. Er sieht Deutschland weiter als besetztes Land, dessen Schicksal von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges diktiert wird. Eine harte D-Mark und das wiedervereinigte Deutschland seien England, Frankreich und Amerika zu viel gewesen. Daher wurde die D-Mark dem Euro geopfert. Glaubt man Kappel, dann ist der Weg in die Transferunion schon von langer Hand geplant.

Der Autor sieht Deutschland vor allem in der historischen Rolle des Zahlmeisters. So sei unser Land im "Friedensdiktat" von Versailles so zurechtgestutzt worden, wie man es schon immer haben wollte. Die Absichten der späteren Siegermächte seien alles andere als altruistisch gewesen. Kappel zitiert aus einem Artikel, der am 16. September 1989 in der englischen Zeitung "Sunday Correspondent" erschienen ist:

"Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren konnten."

1945 war Deutschland wieder da, wo man es haben wollte: "Deutschland sollte nicht nur auf das Niveau eines Agrarlandes zurechtgestutzt werden; auch das Denken, Wollen und Sinnen sollte einer gründlichen Sanierung zugeführt werden. Das Ganze nannte man reeducation - Umerziehung."

Etwas holzschnittartig - aber Kappel will ja aufrütteln und provozieren - beschreibt er, wie die Sieger daran arbeiteten, daß ein tiefes Schuldgefühl das Reden, Handeln und Denken der Besiegten prägen sollte. Heute zeige sich nach über 60 Jahren "intensiver geistiger und seelischer Indoktrination", daß der Erfolg dieser Bemühungen überwältigend gewesen sei.

Als Deutschland dann die Wiedervereinigung bekam und die Bürger aus der DDR auch nach der harten D-Mark verlangten, war dies zu viel für die Sieger. Der französische Präsident Francois Mitterrand erklärte gegenüber Kanzler Kohl die Abschaffung der nationalen Währung und die Einführung des Euro daher zu einer Frage von Krieg und Frieden.

Mittlerweile ist das Kind in den Brunnen gefallen. Der Euro ist in einer schweren Krise, alte nationalistische Ressentiments - vor allem gegenüber den Deutschen - feiern wieder unfröhliche Urständ. Dabei gab es vor Einführung des Euro genügend kritische Stimmen, die deutlich machten, daß eine Währungsunion ohne Fiskal-, Sozial- und Wirtschaftsunion zu riskanten Spannungen zwischen den Teilnehmerstaaten führen müßte. "Einer der Dobermänner, der schon damals alle ernst gemeinten Argumente und deren Vertreter aus dem Felde biß, war der heutige Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble", so Kappel.

Nach dem Motto "Besser ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende" müsse auch die Möglichkeit von Staats- und vor allem Bankenpleiten in Kauf genommen werden. Kappel will die Deutschen zum Widerstand gegen eine Politik aufrufen, die dezidiert gegen deutsche Eigeninteressen gerichtet ist. Deutschlands Rolle als Geldgeber ist endlich, genauso wie die wirtschaftlichen und sozialen Ressourcen des Landes.

Heiner Kappel: "Kapiert's endlich - Geldkrieg statt Weltkrieg", ... Bad Schussenried 2012
...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Oktober 2012

(x887/...): >>Von der Gleichberechtigung zur globalen Gleichschaltung

Nach dem Willen des Bundesrats soll künftig in den Führungsetagen von Unternehmen ein fester Anteil Frauen sitzen. Die Befürworter einer gesetzlich festgelegten Frauenquote sprechen von Gleichberechtigung, die den Frauen bei der Besetzung von Spitzenpositionen bislang verwehrt werde.

Gleichberechtigung wird heute allerdings allzu gern mit Gleichstellung bezeichnet, die einer Gleichschaltung im Sinne der Herrschenden Tür und Tor öffnet. Der ganze Unsinn dieses Gedankens kommt besonders in der Geschlechtergleichschaltung ("gender mainstreaming") zum Ausdruck, die nicht etwa eine Geschlechtergleichberechtigung zur Folge hat, sondern die einer Geschlechterzerstörung gleichkommt.

Auch der in diesem Zusammenhang zu nennende Feminismus als Ideologie von der Führungsrolle der Frau erfüllt keine sinnvolle Funktion innerhalb unseres Staatswesens. Er ist fehl am Platze, denn er hat die Frau ihrer vordringlichen Rolle beraubt. Ebenso wie den Mann, der die Familie schützte, ernährte und ihr in bestimmten organisatorischen Aufgaben zur Seite stand. Das alles soll nun beseitigt werden.

Der Daseinszweck des Mannes ist völlig in Frage gestellt. Indem man den Mann seiner typischen männlichen Aufgaben beraubt, entmannt man ihn sozial und im weiteren Zuge dann auch wirtschaftlich und politisch. Die biologisch-psychischen Konsequenzen bleiben nicht aus. Entmannte Männer suchen in Übertreibungen, im Alkohol und in der Zerstörungswut ihr seelisches Ventil.

Gleichzeitig damit wird auch die Frau entweiblicht, sie sucht in Männertätigkeiten ihre Zuflucht (Karrierefrauen) und kann auch für ihre Kinder nicht länger die Mutter sein. Biologisch zwar, aber psychisch und im eigentlichen Sinne ist sie damit völlig überfordert, denn sie lebt ja nach einem anderen "Programm".

Liebe gibt sie ja nur oder überwiegend in ihren Beruf, dem Mann eventuell noch Sex, aber der ist dann wenig mehr als ein Spaß, der keine partnerschaftlichen Funktionen mehr hat. Mann, Kinder und damit Familie bleiben auf der Strecke.

Wie wird nun das Ziel sozialer Entmannung und familiärer Zerstörung erreicht? Mit Niedrigentlohnung zum Beispiel. Lohndumping bei Männern führt zum Zwang der Mitarbeit der Ehefrau, Lohndumping bei dieser wiederum zur Verschuldung und der Abhängigkeit von Geldverleihern (Papiergeldversprechern), weil das Geld beider nun doch nicht für die Familie reicht.

Dasselbe Symptom finden wir beim Staat, denn das falsche Denken hat überall seine Entsprechung. Dort herrscht auf Grund weichlich-weiblicher Machtstrukturen - auch wenn diese von Noch-Männern ausgeübt wird, ebenfalls der Hang zum Verkonsumieren und Genießen des Lebens und des dabei irrational ablaufenden Schuldenmachens. Die Bank wird sozusagen zur Übermutter der Gesellschaft. Das führt zu dem bekannten Privatisierungswahn, der auf dem Vertrauen in Bankkredite lebt und der den (einstmals) männlich und nach männlichen Prinzipien geführten Staat immer weiter schwächt - "Verschlankung" nennt man das.

Der von den führenden Machtgruppen geplante Weltstaat - dies wird immer als "Verschwörungstheorie" abgetan, obwohl es erwiesen ist - führt schließlich in die völlige Abhängigkeit der Geldverleiher, die sich ja schon vorher durch das irrationale, im Grunde verbrecherische Zinssystem zu ihrer jetzigen Macht entwickeln konnten. Man kann eben nicht mit Geld Geld verdienen.

Dies ist eine fundamentale Täuschung der sogenannten Kreditnehmer. Hinter jedem Geldbetrag muß zwingend die Arbeitskraft des Individuums stehen, sonst ist es kein Geld, sondern eine wertlose papierne Versprechung, für die erst noch gearbeitet werden muß.

Fazit: Wer das Männliche zerstört, zerstört letztlich auch das Volk, damit auch die Familie, ebenso die Frau, und führt durch das egoistische Konsumentenverhalten die gesamte Existenz

auf diesem Planeten in Dauerkonflikte und damit in den Abgrund. Da nützen auch Gesetze nichts mehr. Das feministische Programm sowie auch die einseitige Intellektualisierung der Menschheit bei fortschreitendem Verlust der natürlichen Emotionen war ein Fehlprogramm. Was eigentlich hätte laufen müssen, wäre Demut vor den Naturgesetzen, bescheidene Lebensführung, echte Religiosität und Gemeinschaftsdenken. Dies alles war bei den sogenannten "Wilden" noch selbstverständlich.

Diesen Prinzipien folgend, bräuchten wir weder Kapitalismus noch Sozialismus oder Feminismus, auch ein neuer Maskulinismus, wie er sich beim Extrem-Bodybuilding und bei militärischer Gewalt zeigt, ist überflüssig.

Weiteres Fazit: Die gesamte Zivilisation (Verbürgerlichung der Lebensweise) hat im Grunde versagt. Der Geist der Aufklärung ist in einem Ungeist des Materialismus zu Ende gegangen. Kultur, das also, was man pflegt, hat seinen Sinn verloren, denn inzwischen werden mehr und mehr kulturzerstörerische Dinge gepflegt.

Das schon vor Jahrhunderten zweckentfremdete und auf den Kopf gestellte Christentum war mit der Maxime erfolgreich "Gott erlaubt alles, wenn ich nur um Vergebung bitte", nur ein billiger Trick zur Machterhaltung der institutionalisierten Glaubensmacht "Kirche", für die bei der Missionierung von Naturvölkern und bei der Bestrafung Andersdenkender (Inquisition) Millionen ihr Leben ließen.

Zusätzlich wurde mit Angst vor der Hölle Geld verdient. Per Ablaß kaufte man sich davon frei, heute sind es die Spenden und die Wohltätigkeit derer, die ein schlechtes Gewissen haben. Und man bedient sich eines neuen Angstmechanismus, der Angst vor der "Klimakatastrophe". Ein neuer Ablaßhandel ist in Gang gekommen.

Sogenannte Demokratisierung, internetgesteuerte "Revolutionen" und die angeblich notwendige "Globalisierung" zur Erreichung optimaler Profitergebnisse des kapitalistischen Zinssystems sind die Instrumente der Machterhaltung geworden, für die jeder Preis gezahlt wird. Begleitendes Instrumentarium sind die Massenmedien, deren ausgesuchte und aussortierte Inhalte den Völkern das vorgeben, was zur Machterhaltung der bestehenden Systeme nützlich erscheint. Alles andere wird als Störwissen ausgeblendet.

Der zunehmende Verlust der Ethik, die Nichtbeachtung der Zehn Gebote, die sich in der Beliebtheit von Lebensstilen und Verhaltensweisen zeigen, werden nun mit dem neuen Begriff der "Menschenrechte" getarnt, deren Definition aus neuen linken philosophischen Ideenküchen und Denkfabriken - die Frankfurter Schule läßt grüßen - der um ihr Leben kämpfenden Machtelite stammt. Sozialismus im Mäntelchen des Weltkapitals.

Nicht mehr Weltrevolution per Kommunismus, sondern Weltumerziehung per Medieninformation heißt die Devise. Links gilt also weiterhin als schick und förderungswürdig und wird chimärenhaft mit einer immanenten Friedens- und Wohlstandsversprechung gleichgesetzt. Zurück zu einem neuen, umgefärbten Kommunismus? Wir drehen uns im Kreis, und das Volk macht auch noch mit.<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete im Oktober 2012 über die Rettung des EURO (x878/...): >>**Rettung des Euro - finanzielles Versailles für Deutschland?**

Vorbemerkung: Politiker, die die Eurozone in ihrer jetzigen Form um jeden Preis erhalten wollen, beschwören gern das antike Griechenland und Rom als Wiege Europas. Diesem großen Erbe sei Europa verpflichtet, dafür seien Opfer gerechtfertigt. Dann wäre es allerdings naheliegend, auch einige Grundsätze der alten Römer zu beherzigen und zu befolgen. Denn diese klugen Politiker haben ein Imperium errichtet, das Jahrhunderte überdauert hat. Dazu gehört, daß die längerfristigen Folgen politischen Handelns überdacht und bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden müssen.

... respice finem (... bedenke die Folgen)

Daran fehlt es. Die kurzatmigen Maßnahmen zur Rettung des Euro lassen ein Überdenken möglicher, langfristiger Folgen vermissen. Dabei sind die Warnschilder nicht zu übersehen.

Es ist eine Binsenweisheit, aber deswegen nicht falsch: Wenn die europäische Einigung ein dauerhaft erfolgreiches Projekt bleiben soll, müssen die Völker "zustimmen" und "mitgehen". Ein als "alternativlos" dargestelltes Zusammenschrauben mit aller Gewalt ist das glatte Gegenteil. Mit dem Hebel der Eurokrise wird genau das versucht. Schon jetzt begehren die sog. Süd- oder Schuldnerländer gegen eine Politik auf, die sie als Entmündigung empfinden und die extreme Belastungen mit sich bringt.

Die Proteste in Griechenland, Spanien, Portugal und der wachsende Unmut in Italien deuten alle in die gleiche Richtung. Im Norden, in Deutschland und in den anderen sog. Geberländern wächst der Widerstand gegen die finanziellen Belastungen, die im Namen der Solidarität und der Rettung des Euro abgefordert werden. So etwas bleibt unvergessen, das hinterläßt bei Geber- und Nehmerländern schwere Ressentiments, die die künftige europapolitische Diskussion vergiften werden.

Haben denn die deutschen und europäischen Politiker vergessen, woran Jugoslawien zerbrochen ist? Der Norden, Slowenien und Kroatien, wollten für den Süden nicht mehr zahlen. Die Folge war ein Bürgerkrieg. In Belgien steht die Existenz des Gesamtstaates auf dem Spiel, weil das "reiche" Flandern nicht mehr für den "armen" Süden, Wallonien, finanziell bluten will.

Die Bestrebungen in Schottland, sich aus dem Vereinigten Königreich zu lösen, haben ihren Grund nicht zuletzt in dem Anspruch, die Erlöse der Erölförderung vor seinen Küsten allein zu nutzen. Und ganz aktuell: In Spanien streben das reichere Katalonien und das Baskenland einen eigenen Staat an, weil sie den armen Süden nicht mehr durchfüttern wollen. In Deutschland kämpft u.a. Bayern für eine Neuordnung des umstrittenen Länderfinanzausgleichs. -...

Im Ruhrgebiet von heute ist Deutschlands Zukunft in einer europäischen Transferunion zu besichtigen. Jahrzehntlang war der Ruhrpott das industrielle Herz Deutschlands, das entscheidend zum Wiederaufbau des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg beigetragen hat. Ohne die gewaltigen Transferleistungen von der Ruhr wäre die deutsche Wirtschaft in den großen Flächenländern, insbesondere Bayern, nicht so schnell aufgeblüht. Heute ist das Ruhrgebiet in weiten Teilen eine Industriebrache, viele Städte sind überschuldet oder pleite, Schulen verfallen, Straßen sind marode, die aktive Bevölkerung wandert ab.

Das Ruhrgebiet gehört heute zu den am meisten von Armut bedrohten deutschen Großräumen. Über Jahrzehnte geleistete, enorme solidarische Transferleistungen haben die Ruhr der nötigen Mittel beraubt, um rechtzeitig und effizient den wirtschaftlichen Strukturwandel zu finanzieren, die (blinde) Solidarität hat das Ruhrgebiet buchstäblich ausbluten lassen.

Dauerhafte Finanztransfers gewaltiger Summen über ein Jahrzehnt und mehr sind Sprengstoff für die Zukunft. Die Solidarität hat ihre Grenzen. Wird sie überfordert, sind Konflikte programmiert. Das geschieht nicht heute und nicht morgen, aber es geschieht. Das Wort vom "EU-Völkergefängnis" könnte und wird die Runde machen. Wer dieses Warnschild mißachtet, legt die Axt an die Wurzeln des europäischen Einigungswerks.

Da helfen auch große Worte und das Pathos von der Wertegemeinschaft Europas nichts mehr. Weder der Appell an das spanische, britische, belgische oder jugoslawische Nationalgefühl konnten oder können Auflösungserscheinungen verhindern, wenn bedeutende ökonomische und finanzielle Interessen dem entgegenstehen.

Was müssen wir also aus deutscher Sicht im längerfristigen Interesse Europas beachten? Von welchen Überlegungen müssen wir uns leiten lassen?

Versailles

Die Eurokrise weckt in Deutschland ungute Erinnerungen. Die Situation erinnert an das Ende des Ersten Weltkriegs, als in Versailles 1919 Deutschland Bedingungen auferlegt wurden, die

darin gipfelten: "Die Deutschen sollen zahlen!". Heute ist Druck auf internationaler Ebene hoch und wächst weiter, die deutsche Politik zur Übernahme größerer Risiken zu bewegen, um den Euro zu retten. Deutschland soll der Vergemeinschaftung der Schulden der Eurostaaten, einer Transfer- und einer Bankenunion sowie der Ausgabe von Eurobonds zustimmen und für alles die Haftung übernehmen. Deutschland ist in der Abwehr dieser Forderungen nahezu isoliert.

Sicherlich steckt in der deutschen Abwehrhaltung ein Reflex auf die Erfahrungen von Versailles. Massive Ressentiments, eine Hyperinflation mit der damit einhergehenden Verarmung breiter Bevölkerungsschichten und Radikalisierungen, die letztlich zur Machtergreifung Hitlers beigetragen haben, waren die Folge von Versailles. In Deutschland wird nun befürchtet, daß die Eurokrise benutzt wird, um auf das deutsche Volksvermögen zuzugreifen - über erzwungene deutsche Kredite, die voraussichtlich nie zurückgezahlt werden, und erzwungene deutsche Haftungen, für die noch unsere Kinder und Enkel gerade stehen müßten. Was an Vermögen danach noch da ist, würde spätestens in der Inflation untergehen.

Zur deutschen Erinnerung gehört auch, daß die große Weltwirtschaftskrise von 1929 ff. ebenso wie die Finanzkrise von 2007 ff. von der angelsächsischen Finanzwelt ausgelöst wurden. Das Vertrauen in deren Weitsicht, Verantwortungsbewußtsein und Lösungsvorschläge ist nicht nur in Deutschland minimal. Die Wall-Street und die City von London folgen nur ihren kurzfristigen Interessen, verstehen es aber, ihre Regierungen für ihre Interessen zu mobilisieren und ihre Vorschläge und Forderungen weltweit über die Medien und interessengeleitete "Wissenschaft" zu orchestrieren und als "objektive" Notwendigkeiten darzustellen.

Die Risiken und Vorteile einer Euro-Rettung sind deshalb aus deutscher Sicht abzuwägen. Neben den finanziellen müssen vor allem die politischen Aspekte mit einbezogen werden. Gerade die politischen Aspekte haben - wiederum in Erinnerung an die Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts - ein besonderes Gewicht. Verantwortungsvolle Politik besteht nicht nur aus Ökonomie.

Griechenland

Mit Griechenland hat alles begonnen; seither hält es die Deutschen, die Europäer und die Welt in Atem. Was kostet uns ökonomisch ein Austritt/Ausschluß Griechenlands aus der Eurozone, was der Verbleib des Landes in der Währungsunion? Welche politischen Fragen ergeben sich daraus?

Die deutschen Kosten für einen Austritt/Ausschluß Griechenlands und einen Zusammenbruch der Eurozone sind umstritten. Sie reichen in Gestalt von Verpflichtungen über Kredite, Bürgschaften, Garantien etc. (Stand: Juni 2012) von rund 310 Milliarden Euro (Bundesfinanzministerium) über 426 Milliarden (Bundesrechnungshof) bis zu 643 Milliarden (Ifo-Chef Hans Werner Sinn). Ihnen stehen die Kosten gegenüber, die wir bei einem Verbleib Griechenlands in der Eurozone zu tragen hätten. Die Zahlen lassen sich nur schätzen, ein Anhaltspunkt ergibt sich aus den bisherigen Hilfszahlungen für Griechenland.

Seit dem 1. Hilfspaket vom Mai 2010 hat Griechenland einschließlich des 2. Hilfspakets vom Februar 2012 240 Milliarden Euro erhalten, das sind 120 Milliarden pro Jahr. Der deutsche Anteil (27 %) liegt bei rund 35 Milliarden Euro. Die jährlichen deutschen Kosten für einen Verbleib Griechenlands in der Währungsunion dürften in etwa dieser Summe entsprechen. Da eine Wirtschaft wie die griechische nicht binnen weniger Jahre reformiert werden kann, ist ein Ende dieser Transferzahlungen nicht abzusehen; eine Daueralimentierung bleibt wahrscheinlich.

Was ergibt sich daraus politisch? Selbst wenn man die Zahlen jeweils herauf- oder herunterrechnet, zeigt der Vergleich der Verlustzahlen für Deutschland, die einmalig bei einer Griechenlandpleite und möglichen Folgekosten mit den jährlichen Transferzahlungen an Griechenland, die über einen nicht genau zu bestimmenden Zeitraum anfallen würden, warum die

deutschen neben den europäischen Politiker einen Verbleib Griechenlands in der Eurozone bevorzugen.

Die Politik rechnet nicht in langen Zeiträumen: ob die jährlichen Transferzahlungen über 10-20 Jahren die heute sofort fälligen Verluste übersteigen werden - was wahrscheinlich ist - interessiert wenig. Daß es bequem ist, die Probleme in die Zukunft abzuwälzen, wissen wir auch aus deutscher Erfahrung. Es wird interessant zu beobachten, ob unsere Politiker dieses Mal der bequemen Lösung der Verschiebung der Probleme in die Zukunft widerstehen können? Wie kaum anders zu erwarten, konnten sie der Versuchung nicht widerstehen.

Die griechischen Regierungen und Politiker jedenfalls wissen, daß sie den Euro behalten können, wenn es für sie vorteilhaft ist. Sie haben ein unübersehbares Erpressungspotential, das ihnen hilft, Auflagen der Kreditgeber zu mißachten und sich vor schwierigen Reformen zu drücken. Sie wissen, daß sie damit durchkommen, wenn nicht ein ganz gravierendes Mißgeschick passiert. Sie nutzen das aus und haben praktisch kaum eine der hoch und heilig versprochenen Reformen durchgeführt. Daran wird sich voraussichtlich auf absehbare Zeit wenig ändern.

Den Fall Griechenland kann man unschwer als Chiffre für die Schwierigkeiten der gesamten Eurozone lesen: Teuer ist es, Griechenland zu retten, viel teuer aber wäre kurzfristig ein Ende der griechischen Euro-Mitgliedschaft. Extrem teuer wäre die Rettung der Euro-Währungsunion insbesondere für die Deutschen, am Schlimmsten, ja geradezu katastrophal wäre der Euro-Zusammenbruch - für Deutschland, Europa, ja sogar die Welt. So wird jedenfalls gesagt und behauptet.

Wollen wir uns dieser Drohkulisse beugen? Ohne zu prüfen, was das für die deutschen Interessen bedeutet? Verschieben wir damit nicht nur die Probleme in die - immer ungewisse - Zukunft? Weil es bequemer ist?

Die EU-Südschiene

Griechenland wird als Sonderfall dargestellt. Das stimmt aber nicht. Das griechische Beispiel dürfte schnell Schule machen, wenn das Land in der Eurozone bleibt. Portugal, Spanien und Italien (vermutlich auch Irland) werden ähnliche Sonderbehandlungen verlangen. Mit welchen Argumenten sollte ihnen verweigert werden, was Griechenland zugestanden wurde? Man versteht, warum die Südländer oder Peripheriestaaten Griechenland unbedingt in der Eurozone halten wollen. Sie gehen davon aus, daß die Eurogruppe dann auch bei ihnen einknicken wird (und muß). Das Erpressungspotential Italiens und Spaniens ist schon aufgrund ihres wirtschaftlichen Gewichts mindestens so groß wie das der Griechen.

Italien

Italien spielt eine Schlüsselrolle. Einerseits könnte es sich aufgrund seines ökonomischen Potentials selbst "retten" (der durchschnittliche Italiener ist wohlhabender als der Deutsche), andererseits ist es seit Beginn der Europäischen Einigung gewohnt, Hilfgelder aus dem Norden abzuziehen und tut dies mit großem Erfolg. Das Finanzinstrument der Eurobonds wurde von Italienern erdacht und wird von Italien massiv propagiert. Es paßt ideal auf die italienischen Bedürfnisse. Es ist schön, wenn man Dritte für eigene Verpflichtungen zahlen und haften lassen kann. Es wäre auch schön, wenn man so weiter machen könnte wie bisher. Allerdings hat die Finanzkrise der Schuldenpolitik Grenzen gesetzt. Also Eurobonds ...

Solidarität

Zur Begründung der Eurobonds (unter verschiedener Etikettierung) hört man neben vielfältigen finanzpolitischen Argumenten, die hier nicht erörtert werden können, die aber alle auf eine Haftung der soliden Länder wie Deutschland hinauslaufen, am meisten das Schlagwort Solidarität. Die Geberländer, die Deutschen, Niederländer und Finnen sollen sich endlich solidarisch zeigen und z.B. dafür sorgen, daß die Südländer nicht höhere Zinsen für ihre Schulden zahlen müssen wie die im Norden.

Solidarität ist in der Tat ein gewichtiges Argument, nur sollte man es vielleicht weniger häufig im Munde führen wie unsere italienischen Freunde. Sie haben es Deutschland gegenüber in der Geschichte bis in die jüngste Zeit fast immer an Solidarität fehlen lassen und sind uns bei passender oder unpassender Gelegenheit stets in die Hacken getreten oder in den Rücken gefallen. Man denke nur an die italienischen Manöver beim deutschen Vorstoß für einen Ständigen Sitz im Sicherheitsrat. In Sachen Solidarität hätten die Spanier und wohl auch die Portugiesen weit bessere Karten als Italien.

Pfänder

Leichter wäre die Haftung, wenn Deutschland wie Finnland Pfänder fordern würde. Das Institut der Verpfändung macht den Schuldern klar, um was es geht. Wie wäre es etwa mit Südtirol als Pfand, das dann nach der - als absolut sicher zugesagten - Rückzahlung der Schuld ausgelöst und wieder voll an Italien zurückfallen würde; denn niemand zweifelt an dem Willen und der Fähigkeit Italiens, seine Schuld zu begleichen. Deutschland könnte etwa gemeinsam mit Österreich eine Lösung finden.

Man könnte auch an Triest denken, das sich Italien nach dem Zweiten Weltkrieg in einer Art Raubzug gesichert hat. Das sind natürlich nur Gedankenspiele, aber man muß den Partnern klar machen, um was es geht, wenn mit großer Geste nach unserer Geldbörse gegriffen wird. In der 1970er Jahren war übrigens der damalige Bundesfinanzminister Hans Matthöfer (SPD) nicht zimperlich, als es darum ging, einen italienischen Kredit durch Pfänder abzusichern. Italien ist danach nie mehr auf die Idee gekommen, Deutschland um solche Kredite anzugehen. Aber vielleicht klappt es ja über die Eurobonds? ...

Solidarität und die viel beschworene europäische "Schicksalsgemeinschaft" sind hehre Prinzipien und Ziele, denen man nicht widersprechen will. Sie müssen aber konkret und fair ausgehandelt und ausgefüllt werden. Daran hapert es.

Die Finanzierung des europäischen Mezzogiorno

In Wahrheit geht es in der gegenwärtigen Krise noch um etwas ganz anderes. Die sich zuspitzende Krise soll nach den Plänen kluger und gewiefter Südeuropäer genutzt werden, um die Lasten der Subventionierung des Südens dauerhaft auf die Länder im Norden, besonders Deutschland "abzudrücken". Italien weiß, wovon die Rede ist.

Seit der Gründung des italienischen Nationalstaats vor rund 150 Jahren füttert Norditalien den Süden, den sog. Mezzogiorno durch - ohne Erfolg wie man weiß. Periodisch flammen in Italien Diskussionen auf, die Subventionen für den Mezzogiorno endlich als nutzlos zu streichen. In Norditalien gab und gibt es deswegen Sezessionsbestrebungen. Noch besser wäre, wenn künftig andere die Bürde Mezzogiorno übernehmen - in erweiterter Form und für sehr lange Zeit.

Darauf läuft es hinaus, das ist die "Reform", die den Südländern vorschwebt. Solidarität, Wachstum, Schicksalsbeschwörungen oder ähnliches sind nur schmückendes Beiwerk, hinter dem sich langfristige, massive Interessen verbergen, die man nun im Schatten der Schuldenkrise durchzusetzen hofft. Kommissionspräsident Barroso spielt dieses Spiel besonders gekonnt. Es wird versucht, Deutschland, die Niederlande, die Finnen usw. dermaßen unter Druck zu setzen, daß sie letztlich nachgeben und der Transferunion - mit welchen Finanzinstrumenten auch immer - zustimmen. Der Euro wäre damit noch nicht gerettet; denn seine Rettung hängt entscheidend von glaubwürdigen Reformen in den einzelnen Schuldenländern ab.

Die angelsächsische Finanzindustrie

Unterstützung erfahren die europäischen Südländer von der angelsächsisch dominierten Finanzindustrie. Diese liebt bekanntlich den Euro nicht, denn er beschneidet die äußerst lukrative, zwischen der Wall Street und der City von London geteilte Rolle des Dollar als Weltleitwährung. Die Einführung des Euro haben sie mit überwiegend ablehnender Skepsis verfolgt,

die gegenwärtige Krise wird fast täglich mit apokalyptischen Prophezeiungen des baldigen und unausweichlichen Euro-Zusammenbruchs kommentiert.

Aber Wall Street und City haben ein Interesse an der Verzögerung und Verschleppung der Krise, bis die Risiken auf die Staaten und die Steuerzahler abgewälzt sind. In der Zwischenzeit sollen potentielle Garantiegeber des Euro zur Kasse gebeten werden, bis auch dort nichts mehr zu holen ist. Im Blick haben sie Deutschland, von dem sie hoffen, daß es die Haftung für die Anleihen der europäischen Wackelkandidaten übernimmt und dann auch zahlt - bis auch dieses Faß leer ist oder auch diese Wiese abgegrast.

Natürlich wäre der kurzfristige und unkontrollierte Zusammenbruch des Eurosystems auch für die angelsächsische Finanzwelt ein unkalkulierbares Risiko mit möglicherweise katastrophalen Folgen; deshalb der Aufschub. Was danach kommt, ist bei der kurzfristigen Denkweise der Banker in London oder New York gleichgültig. Hauptsache, sie haben ihren Profit gemacht. Wenn der Euro dabei auf der Strecke bleibt, weil Deutschland ihn auch nicht mehr stützen kann, um so besser: ein Konkurrent weniger.

Nicht von Ungefähr kommt der Verdacht, daß die US-Ratingagenturen auf dieses Ziel hinarbeiten. Wie sich Deutschland bei einem Euro-Zusammenbruch aus der Verstrickung der übernommenen Haftungen befreien könnte, ist nicht Sache der angelsächsischen Finanzindustrie. Die daraus folgende Schwäche Deutschlands wäre zumindest für einen Teil der englischen politischen Klasse ein willkommener Nebeneffekt.

Um Verschwörungstheorien vorzubeugen: Die Wall Street und die City von London handeln rational im Sinne ihrer Interessen. Es bildet sich trotz unterschiedlicher Interessen der einzelnen Marktteilnehmer eine Art Konsens in der angelsächsischen Finanzindustrie heraus, der (bisher) in der Welt Leitfunktion hat. Die Interessen sind allerdings kurzfristig - ein Verantwortungsbewußtsein auf längere Sicht gibt es nicht: jeder schaut auf seinen kurzfristigen Profit.

Wohin das führt, hat die Welt in der Finanzkrise von 2007 ff. erfahren müssen, desgleichen in der Weltwirtschaftskrise von 1929 ff. (Was soll man davon halten, wenn die Folgen des Platzens einer Finanzblase mit dem "Aufblasen" einer noch größeren Finanzblase bekämpft werden soll?) Sehr vertrauenswürdig ist das nicht, auch wenn mit großem medialen und "wissenschaftlichem" Aufwand die jeweiligen interessengeleiteten Rezepte oder Problemlösungen in der Welt orchestriert und (bisher) durchgesetzt werden.

Allmählich gewinnt man den Eindruck, daß den Deutschen für den Fall eines Zusammenbruchs der Eurozone zumindest publizistisch die Schuld, der "Schwarze Peter", zugeschoben werden soll. Sollte Deutschland deshalb nicht vorsorglich die Goldbestände der Bundesbank, die in New York und London gelagert sind, nach Deutschland zurückholen?

Wer weiß, auf was findige Hedgefonds oder andere Interessengruppen alles kommen? Mit "Schadensersatzklagen" sind sie bekanntlich schnell bei der Hand. Sind wir sicher, daß die deutschen Goldbestände bis zur Klärung der Rechtsfragen nicht in den USA oder Großbritannien sequestriert werden? Auch vor angelsächsischen Gerichten gilt der Satz: Vor Gericht und auf hoher See sind wir in Gottes Hand.

Europäische Zentralbank (EZB)

Das 1. Hilfspaket für Griechenland und die EZB-Beschlüsse vom 9. Mai 2010 waren bereits ein massiver Bruch des Maastricht-Vertrages von 1992, da die "No Bailout"-Klausel (§ 125) außer Kraft gesetzt wurde. Die Verträge waren das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben waren. Welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, diesem Bruch zuzustimmen? Das ist nicht ganz klar. Einige Begleitumstände sind zumindest auffällig.

Bundesfinanzminister Schäuble wurde auf dem Weg zur entscheidenden Sitzung in Brüssel krank und mußte kurzfristig das Krankenhaus aufsuchen (wofür ihm kein Vorwurf gemacht werden kann). Kanzlerin Merkel flog derweil nach Moskau, um sich bei den Feierlichkeiten

des Jahrestags der deutschen Kapitulation (8./9. Mai 1945) für die "Befreiung" zu bedanken. Frankreichs Präsident Sarkozy und Italiens Ministerpräsident Berlusconi sagten dagegen die geplante Reise nach Moskau ab und eilten nach Brüssel, wo sich Sarkozy nach allgemeiner Wahrnehmung den damaligen französischen Präsidenten der EZB, Claude Trichet, kräftig zur Brust nahm.

Die Ergebnisse dieses Wochenendes sind bekannt: sie bestehen u.a. in einer schweren Verletzung deutscher Interessen. Die EZB begann eine neue Politik, u.a. mit dem Ankauf von Staatsanleihen europäischer Krisenstaaten. Die Bundesregierung hat den schleichenden Mandatswechsel als "alternativlos" dargestellt. Axel Weber, der deutsche Vertreter in der EZB, nahm daraufhin sofort seinen Abschied, Jürgen Stark folgte ihm später nach.

Seither muß Deutschland in Form von Krediten, Garantien, Target 2 - Forderungen an die EZB immer höhere Risiken eingehen. Denn bei dem einmaligen Vertragsbruch blieb es natürlich nicht. Rettungspakete, wie der EFSF und nun der ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) wurden geschnürt, um der Schuldenkrise Herr zu werden. Ein Ende ist nicht abzusehen. Man wird den Eindruck nicht los, daß Deutschland an jenem Wochenende im Mai 2010 massiv über den Tisch gezogen wurde.

Die Machtverhältnisse in der EZB haben sich seit Mai 2010 radikal verändert. Statt dem deutschen Kandidaten Axel Weber wurde der Italiener Mario Draghi Chef der EZB. Der Einfluß der Bundesbank ist erheblich geschrumpft, die Nehmerländer geben im EZB-Rat den Ton an, Jens Weidmann, der deutsche Vertreter ist isoliert. Frankreich und die Nehmerländer wollen aus der EZB endgültig eine Institution machen, die der Politik - anders als die unabhängige Bundesbank - untergeordnet ist. Das muß wissen, wer für Deutschland über Personalien und Befugnisse der EZB verhandelt. Der Umgang von Kanzlerin Merkel mit Axel Weber läßt allerdings wenig Gutes ahnen.

Es gibt massive Bestrebungen, den Einfluß der Bundesbank auf die EZB gänzlich auszuschalten. Die Bundesbank ist in Frankreich lange als ein Instrument der Bevormundung der eigenen Wirtschafts- und Finanzpolitik wahrgenommen worden. Mitterrand hat nicht ohne Grund die Einführung des Euro zur Voraussetzung der Wiedervereinigung gemacht. Der deutsche Einfluß sollte - positiv formuliert - über den Euro "eingebunden" und - negativ formuliert - "ausgeschaltet" werden. Die institutionelle und personelle Umgestaltung der EZB soll dieses Ziel vollenden.

Nostalgie bringt nichts, die Entscheidung ist Anfang Mai 2010 gefallen. Die Bundesbank hat ihre gute Zeit gehabt und heute stellen sich andere, neue Probleme. In den USA und in Großbritannien sind die Notenbanken auch nicht völlig von der Politik unabhängig. Voraussetzung einer Änderung der Statuten der EZB wäre allerdings die angemessene Wahrung deutscher Interessen. Die wäre bei den heutigen Machtverhältnissen in der EZB und der Fortsetzung ihrer Politik nicht gegeben.

Angesagt ist ein erbitterter Kampf um jeden Millimeter Einfluß. Wer glaubt, Deutschland dürfte die Wahrung seiner Interessen dieser jetzigen EZB vertrauensvoll in die Hände legen, irrt gewaltig. Heraus käme letztlich die unbegrenzte Haftung Deutschlands für die Schulden Dritter und deren unverantwortliche Schuldenpolitik, auf die wir keinerlei Einfluß haben.

(Wie das gespielt wird, sieht man z.B. am Gebrauch der deutschen Sprache in den EU-Institutionen. Obwohl die deutsche Sprachgruppe in der EU bei weitem die größte ist und verschiedene Bundesregierungen immer wieder versucht haben, die Lage zu verbessern, fristet das Deutsche in den EU-Institutionen ein Kümmerdasein und wird konsequent ausgebremst. Ähnliches gilt für den Anteil deutscher Diplomaten am neuen Europäischen Auswärtigen Dienst, wo Deutschland als größter EU-Mitgliedstaat nur zwei Drittel der französischen Diplomaten stellt und noch hinter Italien und Spanien auf dem vierten Platz rangiert. Die Beispiele ließen sich vermehren.)

Die Ankündigung von EZB-Chef Mario Draghi von Anfang August 2012, unbegrenzt Staatsanleihen aufzukaufen und der EZB damit unbegrenzte Feuerkraft zu verleihen, wirft ein Schlaglicht auf die Zukunft. Die Bundesbank hat auf die Gefahren einer Inflation und die Nähe zur "verbotenen" Staatsfinanzierung hingewiesen - vergeblich. Die "kreative" Geldpolitik hat in der EZB Einzug gehalten.

Draghi war bekanntlich mehrere Jahre ein Mann von "Goldman Sachs", der Investmentbank, die Griechenland geholfen hat, mit gefälschten Zahlen in die Eurozone aufgenommen zu werden, und das herannahende Desaster jahrelang zu verschleiern. "Goldman Sachs" war die Bank, die zumindest bis zur Finanzkrise besonders erfolgreich mit "windigen" Finanzprodukten gehandelt hat; sie verkaufte sie gutgläubigen Kunden und wettete gleichzeitig dagegen. (Kein Wunder, daß die Personalie "Draghi" viele Leute nervös macht.)

Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

Eine Überrumpelung Deutschlands, wie im Mai 2010, darf es nicht mehr geben. Ansonsten dürfte sich ein anschwellender und breiter deutscher Meinungsstrom aus Ressentiments durch die künftige Europadiskussion ziehen. Das gilt vor allem für Entscheidungen, die unmittelbar finanzielle Interessen betreffen.

Ein Beispiel für den kompletten Mangel an Beteiligung der BürgerInnen ist der ESM, der Europäische Stabilitätsmechanismus, der weitestgehende Befugnisse auf die europäische Ebene verlagert. Die deutsche Öffentlichkeit war auch nicht annähernd aufgeklärt. Selbst dem Bundestag wurde eine angemessene Information vorenthalten. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat am 19. Juni 2012 einer Klage von Abgeordneten stattgegeben, die gegen die unzureichende Informationspolitik der Bundesregierung geklagt haben.

Die Diskussion um den sogenannten "Fiskalpakt" ist eher ein Nebengleis. Gegenüber den EU-Verträgen enthält der Fiskalpakt nichts wesentlich Neues und viele Fachleute halten ihn für entbehrlich. Die einschneidenden, umstürzenden Entscheidungen stehen im ESM. Daß sich die deutsche Diskussion auf den Fiskalpakt verschoben hat, geht auf den wahrscheinlich bewußt von der Bundesregierung herbeigeführten Mangel an Informationen zum ESM zurück. Die deutsche Öffentlichkeit und auch der Bundestag können nicht diskutieren, was sie nicht kennen - und auch nicht kennen sollen.

Eine Volksabstimmung wäre bei der enormen Tragweite des ESM der geeignete und richtige Entscheidungsweg gewesen. Das Grundgesetz wird durch den ESM so tief und weitgehend transformiert, daß ein Volksentscheid eigentlich unabweisbar gewesen wäre. Auch Bundesfinanzminister Schäuble hat angesichts der Tragweite der anstehenden Entscheidungen im Sommer 2012 die Idee einer Volksabstimmung ins Spiel gebracht.

Nun hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil zum ESM vom 12. September 2012 einige für Deutschland verbindliche Interpretationen und Klarstellungen gemacht. Das ist gut, aber es muß abgewartet werden, ob diese hinreichend sind, um die deutschen Interessen wirksam zu schützen.

Die Suche nach einem neuen Gleichgewicht zwischen den Partnern der Eurozone steht auf der Tagesordnung. Das ganze System muß neu austariert werden. Die Regierungen, die Notenbanker, die Wirtschaftseliten und Spitzenpolitiker neigen dazu, die Entscheidungen unter sich auszuhandeln. Die politische Klasse Deutschlands steht hinter den auf diese Weise ausgehandelten Entscheidungen und akzeptiert - bisher - überwiegend das Ergebnis der Euro-Gipfel und anderer Entscheidungsgremien als "alternativlos". Das kann so nicht bleiben, wenn das geeinte Europa ein erfolgreiches Projekt bleiben soll. Die BürgerInnen müssen beteiligt und das demokratische Defizit überwunden werden.

Frankreich

In Frankreich, bei unserem wichtigsten europäischen Partner ist die Lage eine andere. Dort gibt es Volksabstimmungen zu europapolitischen Fragen. Der erste Lissabon-Vertrag oder

EU-Verfassungsvertrag wurde 2005 vom Volk abgelehnt. Die Sozialistische Partei Frankreichs, die heute den Präsidenten und die Mehrheit im Parlament stellt, war seinerzeit gespalten. Der heutige Außenminister, Laurent Fabius, war 2005 z.B. ein Befürworter des Nein. Die Bereitschaft der Franzosen, weitere Souveränitätsrechte an EU abzugeben, scheint seither eher noch gesunken zu sein, wenn man die Ergebnisse der letzten Wahlen analysiert. Das auch in Frankreich so empfundene "Gewürge" um die Euro-Rettung hat die Europabegeisterung sicher nicht beflügelt. Der neue Präsident, Francois Hollande, wird Schwierigkeiten haben, wenn er die Franzosen zur Abgabe von mehr Souveränitätsrechten und eine europäische Fiskalunion bewegen will. Eine Volksabstimmung stünde sofort auf der Tagesordnung. In Griechenland, Portugal, Spanien und Italien haben sich die französische Wirtschaft und die französischen Banken stark engagiert und sind deshalb heute dort besonders exponiert oder Gefährdungen ausgesetzt. Es ist ein ganzes Bündel von Interessen, das Frankreich mit der europäischen Südschiene verbindet. Hollande glaubt, daß er seinen Einfluß in Europa steigern kann, wenn er sich zum Sprecher der Südländer macht und deren Interessen fördert. In Frankreich kommt außerdem gut an, daß er der gefühlten Dominanz Deutschlands entgegentritt. Offen bleibt vorerst, wieweit Hollande bereit ist, sich in Konflikt mit Kanzlerin Frau Merkel und deutschen Interessen zu begeben. Da bleibt noch Raum, um die gegenseitigen deutsch-französischen Interessen auszutarieren. Frankreichs Interessen sind nicht in allen Punkten mit denen der Südländer identisch. Frankreich ist selber Geberland und zwar in fast gleicher Höhe wie Deutschland.

Frankreichs Interesse ist zwar, Deutschland so viel wie möglich abzurufen, aber nicht zum eigenen Schaden. Schaden von den eigenen Banken abzuwenden: Ja. Die eigene Kreditwürdigkeit wegen der Haftung für die Südländer zu verringern oder zu verlieren: Nein. Souveränitätsrechte an die EU abzugeben: Nein. Mit Hilfe der Italiener und anderer Südländer in der EU und vor allem in der EZB wichtige Posten zu besetzen, um den deutschen Einfluß zu schmälern: Ja. Präsident Hollande wird Kompromisse machen müssen.

Deutschland

Deutschland hat ein existentielles Interesse an der EU aus vielerlei Gründen. Das wichtigste ist die Einbindung deutscher Macht in einem Verbund des permanenten Interessenausgleichs mit unseren Nachbarn. Die tendenziell hegemoniale Stellung Deutschlands als stärkstes Land in Europa hat uns in den Konflikt von 1914 geführt, der letztlich mit der Katastrophe von 1945 endete.

Die Einbindung in der EU hat uns die Wiedervereinigung von 1989/1990 ermöglicht, die keineswegs selbstverständlich war - man denke nur an die Widerstände von M. Thatcher und die widerwillige, konditionierte Zustimmung von Mitterrand (vgl. Guntram von Schenck, Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert?).

Dafür war und ist Deutschland bereit, einen Preis in Gestalt der Aufgabe von Souveränitätsrechten zu zahlen. Auch in finanzieller Hinsicht haben wir die Solidarität nie verweigert, sondern (überwiegend) geduldig und langmütig die Last des größten Beitragszahlers getragen. Heute ist Deutschland in der EU wirtschaftlich und demographisch wiederum tendenziell hegemonial bzw. wird von seinen EU-Partnern so empfunden. Das löst Widerstände aus, die aufgefangen und positiv kanalisiert werden müssen. Ein besseres Instrument als die EU kann man für diesen Zweck gar nicht erfinden.

Hinzu kommt, daß Deutschland vom EU-Binnenmarkt profitiert, daß die Deutschen im europäischen Raum fast unbeschränkte Freiheit genießen und im Frieden und (überwiegend) in Freundschaft mit ihren Nachbarn leben. Das war nicht immer so. Die deutsche politische Klasse weiß, daß Deutschland im Zuge der Globalisierung und der Neuordnung der Welt nach dem Aufstieg der Schwellenländer wie China oder Indien allein gestellt nicht effektiv die deutschen Interessen in der Welt vertreten kann, sondern auf enge Kooperation und Bünde-

lung der Kräfte mit den Nachbarn angewiesen ist.

Die deutschen Eliten setzen deshalb auf ein Zusammenwachsen der europäischen Völker, die sich in freier Entscheidung für ein Zusammengehen entschieden haben und gemeinsam die Zukunft gestalten wollen. Dafür zahlen wir - wie gesagt - einen Preis in Gestalt der Abgabe von Hoheitsrechten und mit finanziellen Transferleistungen, die bereits jetzt einen erheblichen Umfang haben. In den Verträgen von Maastricht (1992) und Lissabon (2009) haben wir dazu mit unseren europäischen Partnern einen fair ausgehandelten und überwiegend als fair empfundenen Modus Vivendi gefunden.

Deutschland / Frankreich

Deutschland fordert für weitergehende finanzielle Zugeständnisse ein "Mehr an Europa". Die Partner sollen Hoheitsrechte abgeben und eine effektive Aufsicht, Kontrolle und ggf. Beschneidung ihrer Haushaltssouveränität, also eine Fiskalunion akzeptieren. Erst danach kann nach deutscher Auffassung eine gemeinschaftliche europäische Haftung, sprich die Haftung der soliden Geberländer für die Schuldenstaaten vereinbart werden. Die Geberländer müssen zumindest mitentscheiden können, wofür sie die Haftung übernehmen sollen. Ein Ausgleich auf der Basis: mehr deutsches Geld für mehr Hoheitsrechte an Brüssel dürfte für Frankreich allerdings sehr schwierig, wenn nicht unmöglich sein.

Die Entwicklung geht in Frankreich eher in die entgegengesetzte Richtung. Die extreme Rechte (Marine le Pen) und die extreme Linke (Mélenchon), beide extrem europaskeptisch und gegen den Euro, haben in Frankreich bei den Präsidentschaftswahlen zusammengezählt rund ein Drittel der Stimmen erhalten. Selbst wenn die Sozialisten mit Francois Hollande als Präsident mit großer Machtfülle die Mehrheit im Parlament haben, muß Hollande die Stimmung respektieren. Das gilt um so mehr als es in seiner eigenen Partei gewichtige euroskeptische Stimmen gibt. Präsident Hollande wird bei der Abgabe von Hoheitsrechten an Europa den Deutschen keine oder kaum Zugeständnisse machen können.

Sollte es zwischen Frankreich mit der neuen Regierung und Deutschland zu einer offenen, öffentlich ausgetragenen Machtprobe kommen, wie es im Präsidentschaftswahlkampf manchmal den Anschein hatte, sieht es für die Zukunft des Euro düster aus. Die Nervosität und Irritation sind in Europa bereits so groß, daß der Schaden irreparabel sein könnte.

Was ist zu tun?

Bevor weitere Schritte zur europäischen Einigung getan und deutsche Hoheitsrechte an Brüssel abgegeben werden, muß genau geprüft werden, welche möglichen Folgen sich daran knüpfen. Die deutschen BürgerInnen müssen angemessen an dieser Prüfung beteiligt werden. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit; es ist eine Schande, daß das überhaupt gefordert werden muß. Es kann sein, daß die Deutschen bei Abwägung aller Vor- und Nachteile beispielsweise einer europäischen Banken- und Transferunion und einer Vergemeinschaftung der Schulden zustimmen. Es kann aber nicht sein, daß diese umwälzenden Entscheidungen durch die Hintertür herbeigeführt werden.

Wer angesichts des auf nationaler und internationaler Ebene aufgebauten Drucks vorschnell zustimmt, könnte eine Art finanzielles Versailles unterschreiben. Wir haben aber anders als 1919 keinen Krieg verloren und sollten uns weder "einschüchtern" noch "weich klopfen" lassen. Die Möglichkeit einer Ausplünderung des deutschen Volksvermögens und der unzumutbaren Belastung unserer Kinder und Enkel steht im Raum. 1919 haben wir nachgeben müssen. Ein Blick in die Geschichtsbücher zeigt, daß diese "erzwungene" deutsche Nachgiebigkeit weder Deutschland noch Europa gut bekommen ist.

Volksabstimmung

Das letzte Wort hat der Souverän, das Staatsvolk. Eine Volksabstimmung ist der richtige Weg. Sie muß stattfinden, bevor die Weichen in eine Transfer-, Haftungs-, Banken- und Schuldenunion gestellt oder Hintertüren dazu geöffnet werden. Dann müssen die Eliten die

deutschen BürgerInnen von der Notwendigkeit und den Vorteilen eines solchen politischen Quantensprungs der Europäischen Einigung überzeugen - oder eben nicht. In dieser Schicksalsfrage darf es keinen schleichenden Übergang geben!<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. November 2012 (x887/...): >>Mit der Energiewende in den Atom-Gau

Über die instabilen, veralteten Stromnetze droht Deutschland eine Gefahr, die kaum wahrgenommen wird

Die im März 2011 eingeläutete "Energiewende" sollte in Deutschland ein Horror-Szenario wie in Fukushima ausschließen. Tatsächlich hat sich aber seit dem überstürzten Atomausstieg die Wahrscheinlichkeit einer Katastrophe sogar erhöht.

Bahn-Chef Rüdiger Grube war es, der vor wenigen Wochen noch mal in Erinnerung brachte, auf welchem dünnem Eis sich Deutschland mit seiner Energiewende bewegt: 30 Prozent der Züge könnten in Nordrhein-Westfalen an kalten Tagen im kommenden Winter ausfallen, so Grube vor wenigen Wochen. Der Hintergrund der Warnung: Zum Jahreswechsel läuft die Betriebsgenehmigung des Kohlekraftwerks Datteln aus.

Allen Erfolgsmeldungen vom Ausbau der erneuerbaren Energien zum Trotz, der Ausfall eines einzigen Kraftwerks könnte Folgen haben, die über stehengebliebene Züge weit hinausgehen. Das gesamte deutsche Stromsystem hat sich zu einem hochfragilen System entwickelt, das bereits mehrfach vor dem völligen Absturz gestanden hat.

Die Grundkonzeption der heutigen Netze stammt teilweise noch aus den 1950er Jahren, das Stromnetz war nie auf die dezentrale Einspeisung großer Energiemengen abgestellt. Tatsächlich werden die Mengen an unregelmäßig anfallendem Wind- und Solarstrom, die das Netz bewältigen muß, aber immer größer.

Die Folge: Das Energienetz kommt immer öfter an seine Belastungsgrenzen. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit eines sogenannten Blackouts, des Totalzusammenbruchs des Stromnetzes. Auf die Frage, wie lange es dauern würde, das deutsche Stromnetz wieder in Gang zu bringen, gibt es keine deutschen Prognosen.

Der schweizerische Netzbetreiber Swissgrid rechnet mit drei Tagen, die er benötigen würde, um sein Netz wieder aufzubauen, der österreichische Betreiber Austrian Power Grid geht von sieben Tagen aus. Beide Länder hätten allerdings gegenüber Deutschland einen entscheidenden Vorteil: ihre Wasserkraftwerke. Diese lassen sich ohne Rückgriff auf das Stromnetz aus eigener Kraft wieder anfahren.

Hinter den deutschen Möglichkeiten, sich aus einem landesweiten Stromausfall wieder herauszuarbeiten, steht ein großes Fragezeichen. Die Voraussetzungen scheinen nicht sonderlich günstig. Neben Gaskraftwerken würde vor allem Deutschlands größtes Pumpspeicherwerk im thüringischen Goldisthal zum Ankerpunkt eines Neustartes werden. Gebietsinseln mit wiederhergestellter Stromversorgung würden Schritt für Schritt miteinander verbunden werden. Ein Balanceakt: Stromangebot und -nachfrage müßten ständig aufeinander abgestimmt werden, jederzeit würde ein neuer Netzzusammenbruch drohen.

Eine Studie im Auftrag des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 2010 ging von 14 Tagen ohne umfassende Stromversorgung aus. Untersucht wurden die Konsequenzen eines länger andauernden und flächendeckenden Stromausfalls in Deutschland.

Das Fazit des Berichts: "... ein Kollaps der gesamten Gesellschaft wäre kaum zu verhindern." Sofort ausfallen würden Tankstellen, Fahrstühle, Wasserwerke, Ampeln, Geldautomaten, Supermarktkassen und die meisten Telefonnetze. Nach drei Tagen würde die ärztliche Versorgung zusammenbrechen und würden Versorgungsengpässe bei der Lebensmittelversorgung entstehen. In den Krankenhäusern wären dann die Dieselreserven für die Notstromaggregate aufgebraucht, bei den Lastwagen wären die Tanks leergefahren. Was in Deutschland überhaupt an Vorsorgemaßnahmen getroffen wurde, ist auf die Überbrückung von Stromausfällen

von Stunden, bestenfalls einigen Tagen ausgelegt.

Drei Monate vor der Fukushima-Katastrophe im Dezember 2010 fertiggestellt, wird in der Bundestagsstudie das "heißeste Eisen" im Zusammenhang mit einem lang andauernden Stromausfall allerdings nicht einmal erwähnt: die Kühlung der deutschen Atomkraftwerke. Mit einem Netzzusammenbruch würden auch die Kernkraftwerke wie alle übrigen Kraftwerke vom Netz gehen, sie müßten runtergefahren werden.

Damit ist es allerdings nicht getan. Selbst nach dem Abschalten müssen die Brennstäbe soweit heruntergekühlt werden, daß eine Kernschmelze verhindert wird - und zwar jahrelang. Erst nach zehn Jahren ist die Nachzerfallswärme der Brennstäbe soweit gesunken, daß sie überhaupt transportfähig sind. Um die Kühlwasserpumpen für die Brennstäbe und die Leittechnik der Kraftwerke am Laufen zu halten, ist nach einem Zusammenbruch des Stromnetzes der Rückgriff auf Notstromaggregate nötig. Im Fall der AKWs sind diese so leistungsfähig, daß sie problemlos in der Lage sind, den Strombedarf von Kleinstädten abzudecken. Der Dieselverbrauch ist entsprechend.

Sobald die in den Kraftwerken vorhandenen Dieselvorräte für die Notstromaggregate aufgebraucht wären, müßte Nachschub herangeschafft werden - unter den Bedingungen eines "Kollaps der gesamten Gesellschaft", der sich nach der Prognose der Bundestagsstudie alsbald landesweit einstellen würde.

Welches Szenario droht, wenn auch nur in einem der 17 aktiven oder stillgelegten deutschen Kernkraftwerke der Versuch mißlingt, die Kühlung der Brennstäbe zu sichern, läßt sich am japanischen Fukushima absehen. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Katastrophe hat sich ausgerechnet mit dem überstürzten Ausstieg aus der Atomenergie und dem ungebremsen Ausbau der erneuerbaren Energien ohne Vorhandensein wichtiger Voraussetzungen wie leistungsfähiger Leitungsnetze oder Speichermöglichkeiten für die Solar- und Windenergie um einiges erhöht.<<

Das Nachrichtenmagazin "Focus" (48/2012) berichtete am 26. November 2012 über "Wikipedia": >>**Wie ich bei Wikipedia zum "neurechten Kettenhund" wurde**

Anonyme Humanisten

Ein Wort in eigener Sache von FOCUS-Redakteur *Michael Klonovsky*

"Papa", fragte mein Neunjähriger, "wenn dich jemand öffentlich Hund nennt, warum haust du dem nicht eine auf die Zwölf?" Nein, ich erzählte nichts von Zivilgesellschaft und Duellverbot, sondern erklärte, daß ich diesen Menschen gar nicht kenne und daß er mir das nicht ins Gesicht gesagt habe, das würde der sich gar nicht trauen, sondern er habe es geschrieben, und das stünde nun in diesem Online-Lexikon, das er, Sohn, ja aus der Schule kenne. "Und warum schreibt der so was?" Nun, das sei eben ein Maulheld, der über gewisse Dinge anderer Meinung sei als ich und das nicht eleganter formulieren könne. "Aber wieso steht so was in einem Lexikon?" - Kinder stellen oft die richtigen Fragen.

Der Reihe nach. Nachdem ich in einem Artikel die Umarbeitung des Wikipedia-Eintrages über die libertäre Zeitschrift "eigentümlich frei" und deren fragwürdige Einsortierung bei der "Neuen Rechten" thematisiert hatte (FOCUS 46/2012), nahm sich der anonyme Autorenschwarm prompt jener Wikipedia-Seite an, über welcher mein Name steht. Das Resultat ist nicht nur der erwartbare Versuch, mich ebenfalls erkenntnisdienlich der bösen Rechten zuzuordnen, sondern obendrein einer Spezies als boshaft geltender Vierbeiner.

Die "Rechtsextremismusforscher" Martin Dietzsch und Anton Maegerle "verorten den von ihnen mit Kettenhund betitelten Klonovsky ... in der Neuen Rechten", kann man in Wikipedia lesen (dabei ist mir alles Neue ein Graus!). Der aparte Tiervergleich taucht auf der Seite mal auf, dann verschwindet er wieder, weil diese Gesinnungs-Paparazzi natürlich wissen, über wessen Geisteszustand er tatsächlich Auskunft gibt und ihn lieber weghaben wollen; er ist aber im Anmerkungsteil jederzeit abrufbar.

Die Rubrizierung unter "Neue Rechte" wiederum ist deswegen obligatorisch, weil man dort zum Sympathisanten des "völkischen Nationalismus" wird - und einen Klick weiter der NPD. Der Eintrag wird abgerundet durch falsche Behauptungen über den Inhalt eines Gerichtsurteils, ein Zitat aus der Fachzeitschrift "Emma" sowie die Beurteilung meiner Person durch Sozio- und Politologen, so namenlos wie links, deren wesentliche wissenschaftliche Leistung darin besteht, mich zu zitieren und das Zitierte dann ganz schlimm zu finden.

Gleichwohl bleiben Fragen. Zum Beispiel, wer mich am anderen Kettenende hält. Helmut Markwort? Die Bankenmafia? Der NSU? Und wer sind diese beiden metaphernfreudigen "Forscher" mit offenbar enzyklopädischer Relevanz?

Der eine ist momentan Herausgeber der "Antifaschistischen Nachrichten", die von verschiedenen Verfassungsschutzbehörden dem linksextremistischen Spektrum zugeordnet werden (steht so in Wikipedia! Tut doch was!), der andere fühlt sich dermaßen verfolgt, daß er unter Pseudonym verleumden muß. Beide schreiben für das Duisburger Institut für Sozialforschung (DISS), ein bedeutender Linksextremistensüppchenkochclub mit mindestens drei festangestellten Köchen.

Die Wikipedia-Schreiber selbst werkeln unter Pseudonymen wie "Fiona", "SanFran Farmer" und "Bürgerlicher Humanist" (Letzterer brachte mich kurzzeitig auf die Idee, mich als "Proletarischer Humorist" einzuloggen). Die Vermutung liegt nahe, daß sie in ihrem analogen Leben nichts Gescheites zu tun haben. Im Grunde ist es fast schade, daß sich andere Autoren parallel um eine ausgewogene Darstellung bemühen und der Artikel so eine partiell seriöse Anmutung bekommt. Sonst würde sich schneller herumsprechen, daß in gewissen politischen Fragen die deutsche Wikipedia nichts anderes ist als ein linker Denunziantenstadl.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete damals über "Wikipedia" (x876/...): >>... **Wie objektiv ist Wikipedia?**

1. Anspruch und Wirklichkeit

"Wikipedia, die freie Enzyklopädie", beruht auf dem Grundgedanken, daß jeder sein Wissen ins Netz stellen und vorhandene Einträge frei ergänzen oder verändern können soll, so daß am Ende eine ausgewogene Information herauskommt. Dies funktioniert recht gut auf neutralen Gebieten wie Musik, Medizin oder Geographie. Soweit ein Stichwort aber die Sphäre der Politik berührt, ist es oft vorbei mit der Objektivität. Gewisse Ideologen haben Wikipedia offenbar als Spielwiese entdeckt, wo man nahestehende Personen und Institutionen hochheben und Andersdenkende heruntermachen kann.

Der Betroffene kann schiefe Informationen zwar wieder zurechtrücken, aber häufig ist diese Korrektur nach ein, zwei Tagen wieder gelöscht. Wer nämlich mehr Mitstreiter hat, mehr Freizeit und mehr Aggressionspotential, drückt letztlich die Formulierungen durch, die er haben möchte. Im Extremfall können sogenannte Administratoren, d.h. bewährte langjährige Wikipedia-Nutzer schlichtend eingreifen. Doch, was ist, wenn Gesinnungsgenossen selbst zu Administratoren aufgestiegen sind? -

Und so kommt es, daß z.B. international angesehene Wissenschaftler wie der Historiker, Jurist, langjährige Sekretär der UN-Menschenrechtskommission und Experte für ethnische Säuberungen, Prof. Alfred de Zayas, mit kritischen Anmerkungen bedacht wird, während der linke "Antifaschist" Anton Maegerle alias Gernot Modery untadelig in strahlendem Licht erscheint.

Bei der deutschen Wikipedia fällt die politische Einseitigkeit besonders auf. Vor allem Linke und Linksradikale haben den Vorteil der "freien Enzyklopädie" früh erkannt: Erstens kann man hier anonym agitieren und muß seine ideologische Herkunft, z.B. Medien aus dem Umfeld der Linkspartei nicht aufdecken, zweitens ist man nicht - wie bei Printmedien - juristisch zu fassen (die Wikipedia-Zentrale hat ihren Sitz in San Francisco und ist angesichts skurriler US-Gesetze kaum zu belangen), und drittens schließt die Mehrzahl der Nutzer aus dem Wort

Enzyklopädie vorschnell auf Objektivität.

2. In eigener Sache

In meinem eigenen Fall wurde z.B. der Hinweis auf die Millionenaufgabe meiner Bücher gelöscht. Bei Anton Maegerleaber ist sehr wohl erwähnt, er habe ein Privatarchiv mit 550.000 Einträgen. Gelöscht wurde auch der Hinweis auf das umfangreiche positive Medienecho meiner zeitgeschichtlichen Bücher in führenden Tageszeitungen, im Rundfunk und in der Literatur, das z.T. von hochrangigen Osteuropa-Experten wie Prof. Gotthold Rhode stammt (von 14 zustimmenden Rezensionen wurden 13 getilgt). Gebracht wurden dagegen drei abfällige Kommentare mit z.T. rabulistischer Tendenz:

Wikipedia berichtet z.B. von einer Kritik des Historikers Martin Broszat vom Münchener Institut für Zeitgeschichte an meiner Person, verschweigt aber, daß Broszat wegen ebendieser "polemischen und wissenschaftlich zweifelhaften" Kritik von der Rechtsaufsicht des Instituts, der Bayerischen Staatsregierung, getadelt wurde ...

Der Kritiker Ingo Haar weiß nicht einmal, daß blutige ethnische Säuberungen nach nationalem wie internationalem Recht (Völkerstrafgesetzbuch bzw. UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes) als Genozid klassifiziert werden, und daß beim Bundesgerichtshof und beim Internationalen Kriegsverbrecher-Tribunal in Den Haag schon mehrere Urteile in diesem Sinn ergangen sind.

Er bemüht sich auch, die Zahl der Vertreibungsoffer dadurch herabzusetzen, daß er - entgegen allgemeiner Praxis - nur die Fälle direkter Tötung anerkennt, nicht aber die Todesfälle durch Hunger, Seuche, Überarbeitung, Mißhandlung etc.

Die Autoren Eva und Hans Henning Hahn schließlich ersetzen nachprüfbar Beweise durch Beschimpfungen wie "Nahtstelle zum rechtsradikalen Milieu" oder "Rehabilitierung des Nationalsozialismus" (in Wirklichkeit behandeln meine historischen Schriften nicht die Nazi-, sondern die Nachkriegszeit) und unterstellen mir freundlicherweise, eine "weiter reichende Revision des gesamten öffentlichen Lebens in Deutschland, einschließlich der deutschen Außenpolitik" anzustreben. Donnerwetter!

Am meisten scheint diese Kritiker zu wurmen, daß ich ausdrücklich darauf hinweise, daß in der immer wieder genannten Einwohnerzahl der Vertreibungsgebiete (16,5 Millionen) die Rußlanddeutschen und die zugezogenen Westdeutschen (Luftkriegsevakuierete, ausgelagerte Betriebe, Verwaltungspersonal etc.) nicht enthalten sind, vgl. Statistisches Bundesamt: Die deutschen Vertreibungsverluste, S. 5 und 13. Auch das Leben dieser Menschen war durch Flucht, Vertreibung bzw. Verschleppung genauso gefährdet wie das der einheimischen Ostdeutschen; ihre Verluste sind Vertreibungsverluste.

Allerdings sollte man sich stets vor Augen halten, daß Bevölkerungsstatistiken immer nur Annäherungswerte darstellen, die vielleicht einmal korrigiert werden müssen. So haben z.B. die Jugoslawiendeutschen ermittelt, daß die Zahl ihrer Vertreibungstoten nur etwa halb so hoch war wie ursprünglich geschätzt. Und in Auschwitz mußte der Direktor des Staatlichen Museums, Dr. Franciszek Piper, 1990 die weit überhöhten Opferzahlen von den verschiedenen Gedenksteinen in 19 Sprachen entfernen lassen. Auch "meine" Zahlen sind natürlich kein Dogma und jederzeit zu korrigieren ... wenn stichhaltiges Material vorgelegt wird.

3. Noch ein paar Details

Darüber hinaus verbreitet Wikipedia eine Reihe von Falschmeldungen. Hier nur einige exemplarische Fälle:

- Ich hätte in dem (rechtslastigen) Journal of Historical Review veröffentlicht. Unwahr! Das wurde schon einmal behauptet und korrigiert und taucht jetzt nach ca. zwei Jahren wieder auf.
- Ich hätte bei Lesertreffen des rechten Verlegers Munier in Pommersfelden referiert. Wieder eine Wandersage. Gastgeber meines Vortrags in Pommersfelden war der Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen.

- Ich sei Mitglied im (sudetendeutschen) Witiko-Bund. Bin ich nicht.

- Ich hätte einen Vortrag für den "Verein Gedenkstätte" (zur Erinnerung an die zivilen Kriegs- und Nachkriegsopfer in Deutschland) gehalten. Wieder falsch. Die Einladung stammte von der Schlesischen Jugend, die aus mir nicht bekannten Gründen das Vereinsgebäude als Veranstaltungsort gewählt hatte.

Ich habe lange gezögert, meine Homepage mit solchem Klein-Klein zu belasten; nachdem mir aber sogar unter "Wikipedia-Diskussionen" die meisten Korrekturen gelöscht wurden, muß ich es wohl doch tun.

4. Fazit

Alles in allem erinnert meine Wikipedia-Seite nicht an eine seriöse Enzyklopädie, sondern eher an eine Materialsammlung, wie man sie früher über Bürgerrechtler und andere Dissidenten in der DDR anzulegen pflegte.

24 deutsche und schweizerische Publizisten haben 2012 einen kritischen offenen Brief an Wikipedia-Mitgründer Jimmy Wales veröffentlicht. Darin heißt es u.a. "Die deutsche Wikipedia ist eine Quelle für ideologisch verbrämte Fehlinformation." Und der amerikanische Internet-Pionier Jaron Lanier spricht von einer "Wiki-Lynchjustiz", denn "bei Wikipedia bestimmen meist jene die Wahrheit, die am besessensten sind." ...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11/12 berichtete im November/Dezember 2012 (x853/...): >>**Zerstörung der Freiheit im Namen der Freiheit**

Inge M. Thürkauf

Eine scharfsinnige Analyse von Gabriele Kuby über die globale sexuelle Revolution als Wegbereiter der Neuen Weltordnung

GABRIELE KUBY, "Die globale sexuelle Revolution. Zerstörung der Freiheit im Namen der Freiheit" mit einem Geleitwort von Prof. Dr. Robert Spaemann Kißlegg ... 2012 ...

"Die moderne Welt erniedrigt, sie erniedrigt die Stadt, den Mann, die Liebe, sie erniedrigt die Frau, das Kind ... Sie erniedrigt die Familie" (Charles Péguy).

Die Soziologin und Publizistin Gabriele Kuby enthüllt in ihrem neuen Buch "Die globale sexuelle Revolution" die Hintergründe der heute offenkundig gewordenen politisch inszenierten Erniedrigung der Gesellschaft durch die Zerschlagung der geistig-sittlichen Ordnung im Menschen.

Ein Blick auf das Inhaltsverzeichnis dieses sachkundig recherchierten Werkes (mit einem ausführlichen und übersichtlichen Quellenapparat) zeigt die Spannweite der von ihr kritisch vorgelegten Agenda seit der Französischen Revolution:

Die jeden Lebensbereich bestimmende "subversive Gender-Theorie" unter Anwendung der Yogyakarta-Prinzipien in Bezug auf sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität,

- die "Globalisierung der sexuellen Revolution durch die Vereinten Nationen",
- die staatlich verordnete Sex-Erziehung in Schule und Kindergarten mit verheerenden Folgen für Kinder und Jugendliche,
- Politische Vergewaltigung der Sprache,
- Pornographie ganz normal?
- gesellschaftliche Akzeptanz von Homosexualität und Homo-Ehe,
- der politische "Totalitarismus im neuen Gewand",
- "Intoleranz und Diskriminierung".

Dieser strategische Plan zur Umwandlung der Gesellschaft stellt im Namen einer Ideologie mit dem Begriff Gender Mainstreaming sämtliche Grundwerte von Ehe und Familie, von Kultur und Religion in Frage. Glaubensinhalte, Moral- oder Gesetznormen wie die Zehn Gebote oder die Direktiven des Strafgesetzbuches haben ausgedient.

Der neue Mensch emanzipiert sich von allen Bindungen, er nennt gut, was böse ist und proklamiert das Böse als das vom Menschen geschaffene Gute. Wenn aber das Leben und die das

Leben tragenden Werte als nicht mehr zu akzeptierende Lasten zur Disposition gestellt werden, wird auch die Zukunft keinem Härte-test mehr gewachsen sein.

Es wird nichts mehr geben, woran sich die Menschen halten können, es wird nichts mehr geben, was wert ist, heilig gehalten zu werden.

Die Rede von einer Neuen Weltordnung ist kein Tabu mehr. Amerikanische Präsidenten lassen diesen Begriff seit dem Jahre 2000 immer wieder in ihre Reden einfließen. Zum 20. Jahrestag der Berliner Mauer hat sich auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) für eine neue globale Ordnung ausgesprochen. Die Nationalstaaten müßten Kompetenzen an multilaterale Organisationen abgeben, "koste es, was es wolle".

Ein friedliches Zusammenleben in der Welt werde auf Dauer nur in einer globalen Ordnung möglich sein, so die Bundeskanzlerin bei der Wissenschaftskonferenz "Falling Walls" am 9. November 2009. Als Beispiel für eine multilaterale Organisation nannte sie die EU, die durch ihre Mitgliederstaaten gestärkt worden sei.

Unabhängig von diversen Bekenntnissen der Politiker ist es offensichtlich geworden, daß wir uns bereits im Zentrum dieses globalen Monsters befinden: In der Neuen Weltordnung der Sexualität. Sie ist die universalistische Moral des Mitbegründers der Frankfurter Schule, Jürgen Habermas, die er global verbindlich eingeführt sehen wollte.

Mit Hilfe der Gruppendynamik wurde sie weltweit eingeübt. Der Umgang mit Sexualität ist eine ethische Frage. Kinder, die eine das Lustprinzip betonende Sexualerziehung durchlaufen haben, werden nicht mehr aufnahmefähig sein für Tugenden oder für die Heiligkeit der biblischen Wahrheit.

Wenige nur haben den global-revolutionären Angriff auf die christliche Religion unter dem Diktat von UN und EU in der gebotenen Schärfe erkannt. Mit ihrem Aufklärungsbuch füllt Frau Kuby eine längst fällige Lücke im deutschen Sprachraum.

Es braucht Mut, die ganze Bandbreite und den Kernbereich des weltweiten politisch und kulturell vorangetriebenen Zerstörungswerks aufzuzeigen - Mut für die Autorin, aber auch für den Verlag, der das Werk an zweitausend Politiker in Deutschland, Österreich, der Schweiz und der Europäischen Union versandt hat, außerdem an alle Bischöfe und Vertreter der Juden und Muslime in den deutschsprachigen Ländern.

Wird sich jemand finden, der sich genügend geistige Unabhängigkeit bewahrt hat, der trotz Diffamierung, Ausgrenzung und Verfolgung die nötige Zivilcourage aufbringt, um dem Machtanspruch der *political correctness* zu widerstehen; der dem "Gewissen eine Stimme" gibt und den dringend erforderlichen Diskurs zur Verteidigung von Familie, Religion und Kultur in die Wege leitet?

Europaweit ist "eine wachsende Diskussionsverweigerung im Namen der "politischen Korrektheit" zu beobachten", schreibt Robert Spaemann in seinem Geleitwort, "dem vom Mainstream Abweichenden wird nicht mit Argumenten erklärt, inwiefern er irrt, sondern es wird ihm gesagt: ‚Das hättest du nicht sagen dürfen‘."

Der ehemalige Präsident Tschechiens, Vaclav Havel, warf nicht nur einen politischen Blick auf die aktuelle Lage der Gesellschaft. Er sprach als Staatsmann, als er es für die vordringlichste Aufgabe der Politik erachtete, "das Böse in seiner Frühphase zu erkennen und zu eliminieren".

Die Frühphase der Gewalt des Bösen scheinen in den westlichen Ländern sowohl die Gesellschaft als auch die Politik verpaßt zu haben. Doch unser Glaube lehrt, daß es für Gott nie zu spät ist. Wir müssen, wie der spanische Philosoph Donoso Cortes schreibt, das religiöse Thermometer wieder anheben, dann sinkt von selbst das politische.

Fällt jedoch das religiöse Thermometer, dann steigt sofort und gesetzmäßig auch das politische, und dieses kann so hoch steigen, bis schließlich das Maß der Tyrannei erreicht ist. Das, so bekräftigt Cortes, ist ein Gesetz der Geschichte. Es ist aber auch ein Gesetz der Geschichte,

welches Umkehr möglich werden läßt.

Der Streit zwischen Licht und Finsternis bestimmen nicht Regierungen oder Ideologien. Jedem Menschen hat Gott die Freiheit geschenkt, zu entscheiden, auf welche Seite er sich im Ernstfall hier und jetzt stellen will. Gabriele Kubys *opus magnum* (Stefan Meetschen) ist Begegnung mit dem Ernstfall, ein Plädoyer für christlichen Glauben und Kultur, für Freiheit, Wahrheit und Vernunft.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. Dezember 2012 (x887/...): >>**Dreiste Folgen**

Dank unermüdlichen Einsatzes und scheinbar nie enden wollender Diskussionsbegeisterung haben uns die Klimaschützer mit den Grünen an der Spitze ein schlechtes Gewissen beschert, was letztendlich zum Atomausstieg, dem Boom von unverhältnismäßig teuren Bioprodukten und Energiesparmaßnahmen führte. Ob man sein Geld für Bioprodukte ausgeben will, ist natürlich die private Entscheidung des Einzelnen. Vor der Energiewende hingegen kommt jetzt niemand davon, ob man sich nun dafür oder dagegen ausgesprochen hat.

Die Stromkonzerne haben ihre durch die Privatisierung ohnehin schon gefährlich große Macht walten lassen und kurzerhand den Elan der Bevölkerung für sich genutzt. Und sobald es jetzt ans Praktische geht beim Klimaschutz und wir die teuren Folgen des lang umstrittenen Atomausstiegs bekommen, sind die Überzeugung und das Gutmenschetue plötzlich etwas verfliegen. Wer nämlich blechen muß, ist der Bürger. Denn Strom braucht jeder. Auch hartgesottene Klimaschützer. So hinterlistig und dreist solch eine Preiserhöhung sein mag - haben wir wirklich geglaubt, von einer Energiewende profitierten bloß das Klima und die Umwelt?<<

2013

Der Norddeutsche Rundfunk (NDR) berichtete am 7. Januar 2013 (x1.084/...): >>**Die "Sesamstraße": Ein Pionier des Kinderfernsehens**

von *Hans-Ulrich Wagner*

Die beliebten Puppen der Sesamstraße begeistern Kinder seit Jahrzehnten.

Happy Birthday, "Sesamstraße" - eine Erfolgsgeschichte des deutschen Fernsehens feiert 2013 runden Geburtstag. Mit berechtigtem Stolz: 1973 spielten Puppen, Kinder und Erwachsene das erste Mal in der "Sesamstraße", bewältigten kleine Alltagssituationen, lernten mit- und voneinander und hatten eine ganze Menge Spaß.

Vor allem die fantasievollen Puppen hielten seither Einzug in die deutschen Kinderzimmer: Ernie und Bert, Samson und Tiffy, das Krümelmonster und viele andere wurden liebgewonnen und zu treuen Begleitern der eigenen Fernsehkindheit - und das mittlerweile über zwei Generationen hinweg, wenn die Vorschulkinder der ersten Jahre - inzwischen erwachsen - mit ihren eigenen Kindern die "Sesamstraße" verfolgen. Doch wie kam der Klassiker des Vorschulkinderprogramms ins Programm?

Neue soziale Lernziele

Der Start der "Sesamstraße" Anfang der 70er-Jahre fällt in eine Phase gesellschaftlicher Umbrüche. Es war eine "hoch spannende Zeit", urteilt Angelika Paetow, die damals als Praktikantin zum NDR und gleich in die "Arbeitsgruppe Sesamstraße" kam. Paetow, die knapp drei Jahrzehnte später, von 2002 bis 2010, die Redaktion der "Sesamstraße" leiten sollte, war von Anfang an fasziniert von den neuen pädagogischen Ideen, die man in der "Sesamstraße" umsetzen konnte.

Vor allem soziale Lernziele standen an oberster Stelle, berichtete auch der Evangelische Pressedienst (epd); und die Kommunikationswissenschaftlerin Ingrid Paus-Hasebrink konstatierte: "Soziales Lernen stand im Mittelpunkt". Vieles erprobten die deutschen "Sesamstraßemacher" damals zum ersten Mal, lange bevor pädagogische Überzeugungen in allgemein akzeptierte Lernkonzepte Eingang fanden.

Selbstbewußtsein und Kreativität fördern

Die bundesdeutschen Folgen der "Sesamstraße" basierten auf dem US-amerikanischen Format, das 1968 vom Children's Television Workshop (CTW) in den Vereinigten Staaten entwickelt worden war. Gleichzeitig eröffneten die mit dem CTW geschlossenen Verträge die Möglichkeit, eigene Beiträge für die einzelnen Folgen zu produzieren - Animations- und Einspielfilme, später auch Begegnungen zwischen deutschen Stars und den Puppen im Studio, vor Ort-Aufnahmen mit dem Ü-Wagen. Hier, so Paetow, konnten die Deutschen ihre eigenen pädagogischen Akzente setzen: ohne erhobenen Zeigefinger lernen und speziell soziales Verhalten, Selbstbewußtsein und Kreativität üben.

Gleiche Chancen für alle

Die neuen erzieherischen Ziele waren Ausdruck der gesellschaftlichen Umbrüche. Man diskutierte in der Bundesrepublik intensiv über Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit. Kinder, die aufgrund von Elternhaus und sozialem Umfeld benachteiligt waren, sollten entsprechend gefördert werden. "Unser Glaube war, daß das Fernsehen dazu einen Beitrag leisten kann", resümiert Karl-Heinz Grossmann, der zu dieser Zeit die Hauptabteilung Kursus- und Bildungsprogramme beim NDR leitete. Grossmann war es denn auch entscheidend zu verdanken, daß das amerikanische Vorbild in die Bundesrepublik und speziell zum NDR geholt werden konnte.

Die von dem amerikanischen Puppenspieler Jim Henson liebevoll entworfenen Puppen waren nach ihrem Programmstart 1969 in den USA sehr schnell auch in Europa bekannt geworden. Ihre Dialoge und Szenen, die in einer Durchschnittsstraße, der "Sesame Street" spielten, orientierten sich am kindlichen Alltag. Bereits im Herbst 1970 sorgten Ernie & Co. beim "Prix Jeunesse" in München für Furore.

Ein eigenes Programm für Kinder

Die westdeutschen Sendeanstalten wurden aufmerksam. Vor allem das ZDF, das sich damals im Kinderprogramm bereits mit US-Importen wie "Flipper" profiliert hatte, signalisierte großes Interesse. Aber auch bei der ARD war man bereits seit einiger Zeit auf der Suche nach neuen Kinderprogrammen. 1968 war auf einer Tagung in Tutzing die Forderung nach einem eigenen ARD-Kleinkinderprogramm erhoben worden. Neun Redaktionen in neun Landesrundfunkanstalten sollten dieses als Teil des "ARD-Nachmittags- und Familienprogramms" entwickeln.

Die Bemühungen mündeten in der "Arbeitsgemeinschaft Vorschulerziehung der ARD", die im März 1971 gegründet wurde. Experten auf den Gebieten der Entwicklungspsychologie und der Pädagogik sowie Lehrer und Erzieher sollten den Programmverantwortlichen helfen. Erklärtes Ziel war es, wie F. Jasmin Böttger in einer Forschungsarbeit zum "Dritten Fernsehprogramm der Nordkette NDR/SFB/RB 1960-1982" aufzeigte, sich von der bis dahin herrschenden Bewahrpädagogik abzuwenden. Kleinkinder sollten ernst genommen werden, es galt zu erkennen, daß auch sie Probleme zu bewältigen und Konflikte auszutragen haben. Die Zeiten von Märchenstunden, Vorleserinnen und Spiel-Gouvernanten waren vorüber.

Die "Pappnasen aus USA"

Als Vertreter des NDR gehörten dieser "Arbeitsgemeinschaft Vorschulerziehung" neben Karl-Heinz Grossmann mehrere Kinderfunk-Redakteure an, darunter Jürgen Weitzel, der später Leiter der "Arbeitsgruppe Sesamstraße" wurde. Die Diskussion um die "Pappnasen aus USA", über die das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" im April 1970 das erste Mal berichtet hatte, führte zu einem regelrechten Wettlauf zwischen dem ZDF und der ARD. Grossmann unterrichtete NDR Intendant Gerhard Schröder und bekam von ihm und der Konferenz der dritten Fernsehprogramme der ARD den Auftrag, in New York mit den CTW-Vertretern zu verhandeln.

Zusammen mit der Redakteurin Ursula Klamroth brachte man als einen ersten Erfolg ein Filmpaket aus New York mit. 35 Folgen von je einer Stunde Länge konnten in Deutschland

geprüft werden. Das geschah nicht nur intern mit den Fachleuten, sondern auch öffentlich. Der NDR sendete im Dritten Fernsehprogramm, der "Nordkette", in der Osterwoche vom 5. bis 9. April 1971 fünf Folgen der "Sesame Street", in der amerikanischen Originalfassung, nicht synchronisiert, jedoch kommentiert. Am Ende jeder Folge dieser Testserie baten die Kommentatorinnen Ursula Klamroth und Ann Ladiges darum, dem Sender Meinungen und Ansichten mitzuteilen und abschließend zur Frage nach einer Übernahme eines größeren Filmpakets aus den USA Stellung zu nehmen.

Die amerikanischen Folgen lösten in Deutschland eine "sehr grundsätzliche Debatte" aus, erinnert sich Grossmann. Auch der wissenschaftliche Beirat, der die Programmverantwortlichen beriet, diskutierte die Probefolgen intensiv. Bald war klar, daß man das amerikanische Format grundsätzlich übernehmen wollte. Aber auch, daß man es technisch bearbeiten mußte, etwa von einer Stunde auf eine halbe Stunde reduzieren. Bestimmte Elemente, die zu sehr auf die amerikanische Situation zugeschnitten waren, sollten weggelassen und statt dessen durch in Deutschland neu produzierte Teile ergänzt werden.

Nicht alle machen mit

Von nun an ging alles sehr schnell. Die ARD-Arbeitsgruppe hatte sich für den Ankauf und die Ausstrahlung entschieden - mit Ausnahme des Bayerischen Rundfunks. Daraufhin wurde ein Ankauf für das ARD-Gemeinschaftsprogramm abgelehnt. Eine Tatsache, die der "Spiegel" in seiner Ausgabe am 3. Mai 1971 als "vergebene Chance" brandmarkte. Der NDR übernahm jedoch noch einmal die Initiative. Sein Verwaltungsrat stimmte dem Erwerb der Fernsehrechte durch die norddeutsche Rundfunkanstalt zu. Vor allem auch, weil inzwischen das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft zugesichert hatte, den Ankauf entscheidend mitzufinanzieren.

Grossmann verhandelte erfolgreich in New York. Er schaffte es, das Vertrauen der CTW-Verantwortlichen zu gewinnen und sie für die Weiterentwicklung des pädagogisch wertvollen Formats durch die Deutschen einzunehmen. Das ZDF zog bei diesem Wettlauf den Kürzeren. Im Dezember 1971 war das Vertragspaket zwischen CTW und dem NDR unter Dach und Fach. Für stolze 700.000 Dollar, damals zirka 2,4 Millionen DM, konnten die Rechte für ein großes Filmpaket für die dritten Fernsehprogramme der ARD erworben werden. Der NDR wurde die für die neu zu entwickelnde deutsche Fassung zuständige Landesrundfunkanstalt.

"... wer nicht fragt, bleibt dumm"

Die "Sesamstraße" wurde sorgfältig beworben und intensiv diskutiert. "Neue Serie" titelten am 8. Januar 1973 die Programmzeitschriften, und die "Hör zu" verkündete: "Lernen macht Spaß - heißt das Motto dieser heiteren Vorschule". Doch nur über die Sender von NDR, Radio Bremen, SFB, WDR und HR konnte damals die Vorschulsendung um 9.30 Uhr im ersten Fernsehprogramm empfangen werden. Die dritten Programme dieser Landesrundfunkanstalten sendeten die "Sesamstraße" darüber hinaus um 18.00 Uhr in ihren jeweiligen dritten Programmen.

Die Kinder, die im Süden der Bundesrepublik, im Sendegebiet des Bayerischen, Süddeutschen und Saarländischen Rundfunks wohnten, blieben vorerst außen vor. Sie wuchsen mit dem "feuerroten Spielmobil" auf, einer avancierten Antwort des BR auf den US-amerikanischen Import.

Sesamstraße

Die Kinder im Norden aber wurden täglich ermutigt, neugierig zu sein und zu fragen. Ganz so wie es im "Sesamstraße-Lied" von Volker Ludwig (Text) und Ingfried Hoffmann (Musik) heißt: "Der, die, das / Wer, wie, was / wieso weshalb warum / wer nicht fragt bleibt dumm!". Und der Hamburger Kinderchor Vineta unter Leitung von Dietrich Czirniok sang damals auch: "Tausend tolle Sachen, / die gibt es überall zu sehen / manchmal muß man fragen, / um sie zu verstehen!"

Auch wenn sich das Konzept der "Sesamstraße" ständig weiter entwickelte und viele Veränderungen erfuhr, gehören das charakteristische Intro und die munteren "Sesamstraße-Puppen" zur Medienbiographie vieler Zuschauerinnen und Zuschauer im Norden.<<

Die Tageszeitung "DIE WELT" berichtete am 7. Januar 2013 über den Schuman-Plan: >>**Das eigentliche Fundament der Europäischen Union**

Eine Wirtschaftsunion sollte Deutschland und Frankreich zu friedlichem Miteinander zwingen: Der Schumann-Plan gilt als Geburtsurkunde der EU. Es wird Zeit, sich an ihn zu erinnern.

... Wir sind die Eingeborenen von Trizonesien" hieß der Karnevalshit des Jahres 1948. Die Mehrheit der Deutschen lebte nunmehr in der "Trizone", die durch die Zusammenlegung der drei Besatzungszonen der Westalliierten zu einer Wirtschaftseinheit entstanden war.

"Ein kleines Häuflein Diplomaten / macht heut die große Politik, / sie schaffen Zonen, ändern Staaten", sang der Karnevalist Karl Berbuer - und erregte damit den Ärger der Alliierten. Die "New York Times" kommentierte das Trizonesienlied mit der Schlagzeile: "Die Deutschen werden wieder frech".

Kein Land aber fürchtete die "Frechheit" der besiegten Deutschen mehr als Frankreich. Und niemand drückte diese Furcht deutlicher aus als General de Gaulle, der 1946 als Chef der Provisorischen Regierung zurückgetreten war, als Führer der Sammlungsbewegung RPF (Rassemblement du Peuple Français) aber weiter großen Einfluß auf die französische Politik ausübte.

Mit allen Mitteln den deutschen Einheitsstaat verhindern

Der ursprüngliche Widerstand des Generals gegen die Errichtung der Bundesrepublik macht seine spätere Politik um so eindrucksvoller, die zur Aussöhnung und Freundschaft mit Deutschland führte und im Élysée-Vertrag vom 22. Januar 1963 verankert wurde.

Schon früh hatten die USA und Großbritannien sich dazu entschlossen, Westdeutschland wieder aufzubauen - als vorgeschobenes Glacis im Kalten Krieg mit der Sowjetunion. Erster Schritt zum Wiederaufbau war die Schaffung größerer Verwaltungseinheiten.

Gegen diese Pläne legte de Gaulle als Chef der provisorischen französischen Regierung sein Veto ein - und widersetzte sich der Gründung der Trizone. Er sah darin den ersten Schritt auf dem Weg zu einem neuen deutschen Einheitsstaat, den er mit allen Mitteln verhindern wollte.

Erbitterter Widerstand der Gaullisten

In einer Pressekonferenz am 12. November 1947 beanspruchte Charles de Gaulle, der kein politisches Amt mehr innehatte, für ganz Frankreich zu sprechen: "Damit von Deutschland keine Drohung mehr ausgeht, schlägt Frankreich eine praktische Maßnahme vor, die ... der Natur der Dinge entspricht: Aus Deutschland darf nie mehr ein Reich werden, das heißt ein Einheitsstaat, der seine Macht in einem Zentrum bündelt und notwendigerweise auf eine Expansion mit allen Mitteln abzielt. Nous ne voulons plus de Reich."

Als der Marshallplan bereits wirksam geworden war, sah de Gaulle Frankreich immer noch "am Rande des Abgrunds", wenn das Ruhrgebiet und die Saar wieder einmal ganz zu Deutschland gehören sollten.

Es konnte daher nicht überraschen, daß der Plan zur Errichtung einer "Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl", den der französische Außenminister Robert Schuman in einer Regierungserklärung am 9. Mai 1950 skizzierte, auf den erbitterten Widerstand der Gaullisten stieß. So wütend war ihre Ablehnung, daß sie zum Teil zusammen mit den Kommunisten gegen den Schuman-Plan demonstrierten.

Geburtsurkunde der Europäischen Union

Der Schuman-Plan ist die Geburtsurkunde der Europäischen Union. Er steht am Anfang einer Entwicklung, die 13 Jahre später zum Élysée-Vertrag führte. Die "Koalition" von Kohle und Stahl sollte, in den Worten Robert Schumans, einen Krieg zwischen Frankreich und Deutsch-

land "nicht nur undenkbar, sondern materiell auch unmöglich machen".

Und letztlich würde, so war die Hoffnung, die Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich "auf Grundlage der Gleichberechtigung" der erste Schritt auf dem Weg zur Einigung Europas sein. De Gaulle hielt diese Hoffnung anfangs für eine "Fiktion". Er konnte kein Europa akzeptieren, in dem zwischen dem siegreichen Frankreich und dem besiegten Deutschland Parität herrschte.

Als de Gaulle 1958 wieder an die Macht kam, war er, so kommentierte Raymond Aron, klug genug, um seine frühere Haltung zur Deutschland- und Europapolitik zu vergessen. Er hatte einsehen müssen, daß Deutschland die Rolle des europäischen Störenfrieds längst an die Sowjetunion abgegeben hatte.

Nun konnte sich de Gaulle sogar mit der Idee eines deutschen "Reichs", das heißt der Errichtung eines Einheitsstaates, abfinden. Es war nicht länger das deutsche Machtstreben, es waren die "anomalies allemandes", die Teilung des Landes und ihre Folgen, welche die Stabilität des zusammenwachsenden Europas bedrohten.

Deutschland-Frankreich-Kooperation prägt die EU

Die Idee der deutsch-französischen Freundschaft konnte nur Realität werden, weil der Schuman-Plan mit dem Projekt einer Wirtschaftsunion dafür die materiellen Voraussetzungen geschaffen hatte. Nicht erst in der Fünften Republik de Gaulles - in der vom General als Parteienoligarchie gehaßten Vierten Republik wurde die Grundlage des deutsch-französischen Bündnisses gelegt.

Als Repräsentant der Vierten Republik war niemand geeigneter als Robert Schuman, der 1947 französischer Ministerpräsident wurde und in den kurzlebigen Kabinetten der Nachkriegszeit nicht weniger als zehnmal ein Ministeramt bekleidete. Die auf de Gaulle zurückgehende Verachtung der Vierten Republik erklärt die Distanz gegenüber Schuman, die bei den Neogaullisten bis heute zu spüren ist.

Deutsche und französische Politiker aber täten gut daran, sich bei den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages an den Schuman-Plan zu erinnern. Die Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich stand auch für Schuman im Zentrum der künftigen Entwicklung Europas.

Der Bilateralismus aber durfte, so Schuman, kein Selbstzweck sein. Er müsse stets zum Vorteil Europas - und sogar über Europa hinaus - wirksam werden. An zentraler Stelle in der Regierungserklärung vom 9. Mai 1950 heißt es, eine von Deutschland und Frankreich geprägte Europäische Gemeinschaft solle "mit Hilfe der gemeinsam erwirtschafteten Möglichkeiten die Verwirklichung einer ihrer wesentlichen Aufgaben anstreben, die Entwicklung des afrikanischen Kontinents". Damit war mehr gemeint als Entwicklungshilfe. Es ging um eine strategische Partnerschaft.

Projekte der Zukunft entwerfen

Ein Afrika-Projekt, das Deutschland und Frankreich im europäischen Rahmen gemeinsam konzipiert und energisch vorangetrieben hätten - es wäre ein Schutz vor der Routine bilateraler Selbstzufriedenheit gewesen.

Für Europa hätte es unschätzbare Vorteile erbracht. Heute ist aus dem Gebäude der "Françafrique" (französischen Afrikapolitik) eine Ruine geworden. Statt dessen staunen die Europäer über ein "Chinafrique", das ihnen vor Augen führt, welche Chance sie verpaßt haben.

Der 22. Januar 2013 wird ein verlorener Tag sein, wenn Frankreich und Deutschland nur die Erfolge der Vergangenheit feiern und nicht zugleich Projekte für die Zukunft entwerfen, die der europäischen Idee neue Zugkraft verleihen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Januar 2013

(x887/...): >>>Ein Sozialexperiment

Kritik an "Gender-Mainstreaming" und den Zielen

Seit Mitte der 50er Jahre gibt es den Begriff des "Gender", mit dem das sogenannte soziale Geschlecht - im Gegensatz zum biologischen - dingfest gemacht werden soll. Mitte der 80er Jahre wurde "Gender-Mainstreaming" auf der Weltfrauenkonferenz in Peking eingeführt. Vordergründig geht es dabei um die Gleichberechtigung der Geschlechter und "die Beseitigung patriarchaler Rückstände", faktisch jedoch um eine Umerziehung zur Angleichung der Geschlechter - an der biologischen Disposition vorbei.

Wie in Deutschland erst kürzlich bekannt wurde, hat in Norwegen der Komiker und Soziologe Harald Eia bereits 2010 einen Film über die Gender-Lehren gedreht. Eia konfrontiert "Gender-Experten" mit psychiatrischen und biologischen Forschungsergebnissen. Auf die Frage, was denn an den Behauptungen dran sei, daß beispielsweise die Gehirne von Männern und Frauen unterschiedlich seien, antwortete eine "Expertin" etwas schlicht: "Ich weiß nicht, ob daran etwas stimmt!" Einer ihrer Kollegen: "Ich denke, das ist altmodische Forschung!" So einfach wie es sich diese "Experten" gemacht haben, ist die Materie freilich nicht.

In dem Buch "Vergewaltigung der menschlichen Identität. Über die Irrtümer der Gender-Ideologie", das den Gegenstand dieser Besprechung bildet, stammt der Hauptbeitrag von dem renommierten Neurophysiologen Manfred Spreng, der detailliert Unterschiede zwischen männlichem und weiblichem Gehirn deutlich macht und auch deren jeweiligen besonderen Nutzen für Mann und Frau und vor allem in der Ergänzung zueinander veranschaulicht. Dabei geht Spreng auf humorvolle und auch für den Laien verständliche Weise vor.

Die Stärke des Beitrages liegt nicht nur im Beleg der geschlechtsspezifischen Verschiedenartigkeit des menschlichen Gehirns und der Entlarvung einer als Wissenschaft getarnten Ideologie, die den Menschen gegen den naturgegebenen Strich zu bürsten versucht, sondern auch im Wecken eines vertieften Verständnisses der Geschlechter füreinander. Gleichheit, so Spreng, kann sich höchstens addieren, Verschiedenheit kann sich ergänzen und damit wesentlich mehr und Neues erreichen.

Daß es sich beim Gender-Mainstreaming keineswegs um eine harmlose Spielwiese einiger unterbeschäftigter Sozialpolitiker handelt, sondern um ein gefährliches Sozialexperiment, wird in der Einleitung des Herausgebers überdeutlich. Andreas Späth zeigt neben der geschichtlichen Entwicklung der Gender-Ideologie auch konkrete Beispiele und Anwendungen auf, anhand derer der ganze Unsinn dieser sogenannten "Genderung" der Gesellschaft schlagartig bewußt wird.

Abgeschlossen wird das Buch mit einem Aufsatz des Religionsphilosophen Harald Seubert, der verschiedene Ansätze der Gender-Vordenker analysiert und zutreffend moniert, daß diese Leute zwar selbst alles von ihrer Warte aus kritisieren, aber sich und ihre Disziplin und deren Ansätze quasi gegen den wissenschaftlichen Diskurs immunisieren.

Manfred Spreng, Harald Seubert, herausgegeben von Andreas Späth: "Vergewaltigung der menschlichen Identität. Über die Irrtümer der Gender-Ideologie", ... 2012 ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Februar 2013 (x887/...): >>**Halbe Wahrheit ist ganze Lüge**

Alfred M. de Zayas erweitert "Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle"

Obwohl "Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts. Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg" bereits 1979 erschienen ist, ist die achte, erweiterte Auflage keineswegs eine "olle Kamelle!" Jeder, dem keine der früheren Ausgaben gegenwärtig ist, wird das Buch auch heute noch, mit Gewinn in die Hand nehmen.

Vom April 1995 bis Oktober 1999 wurde die Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" gezeigt. Die Wehrmacht wurde als verbrecherische Organisation dargestellt, also negativer als sie die Siegermächte in Nürnberg beurteilt hatten. Vor allem dem polnischen Historiker Bogdan Musial ist es zu verdanken, daß die Ausstellung ihr abruptes Ende fand.

Wieder ist es ein Ausländer - Alfred M. de Zayas ist ein US-Amerikaner -, der uns mit einer Wirklichkeit vertraut macht, über die jeder politisch aufgeschlossene Deutsche Bescheid wissen sollte. De Zayas ist über jeden Zweifel erhaben, die Geschichte zu Gunsten Deutschlands umschreiben zu wollen. Dementsprechend waren die Rezensionen der ersten Auflagen fast überschwänglich. "Eine der wichtigsten Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte", schrieb damals "Die Welt". Bis heute gab es keine Anregungen, die Fakten oder die Sichtweise des Autors zu korrigieren. Aber ob es heute noch verbreiteten Beifall gibt?

Ja, Wehrmatsangehörige haben schwere Verbrechen an Zivilisten und Gefangenen begangen, und derlei war nicht die seltene Ausnahme. Doch zweierlei gilt es zu berücksichtigen: Auch die Alliierten haben sich insofern versündigt, und Wehrmatsangehörige mußten mit harten Strafen rechnen, wenn sie ohne Weisung von ganz oben ihre Pflichten schwer verletzen. Nicht wenige wurden, weil sie sich an Fremden vergangen hatten, von deutschen Militärgerichten hingerichtet.

De Zayas betont nachdrücklich, daß ihm jedes Aufrechnen fernliegt. Aber halbe Wahrheit ist ganze Lüge. Kein Verbrechen wird durch vorausgegangene Verbrechen der anderen Seite gerechtfertigt.

De Zayas' Resümee lautet: "In Tausenden von richterlichen Ermittlungen stellte die Wehrmacht-Untersuchungsstelle fest, daß Wehrmachtssoldaten nicht nur Täter, sondern auch Opfer waren. Deutsche Soldaten beziehungsweise Kriegsgefangene sind völkerrechtswidrig auf allen Kriegsschauplätzen erschossen worden, vor allem in der Sowjetunion ..." Wichtig ist auch zu wissen, daß, wie Zayas betont, "die Wehrmacht-Untersuchungsstelle eine gewissenhafte und justizkonforme Dokumentation betrieben hat".

Alfred M. de Zayas: "Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts. Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg", ... Beltheim-Schnellbach 2012 ...<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 10. Februar 2013 über die deutschen Nettozahlungen an die EU: >>**Nettozahler Deutschland, die Melkkuh der EU?**

Seit der Wiedervereinigung hat Deutschland mehr als 200 Milliarden Euro Nettozahlung geleistet. Das sind rund 45 Prozent der gesamten Nettobeiträge aller zehn EU-Nettozahler - weit überproportional zu Deutschlands Wirtschaftsleistung.

Lange haben die Staats- und Regierungschefs gerungen - und nun, nach einem gescheiterten ersten Anlauf, eine Einigung über den EU-Finanzrahmen 2014 bis 2020 erzielt. Nach dem am Freitag in Brüssel präsentierten Kompromiß soll der Finanzrahmen auf 960 Milliarden Euro begrenzt werden. Rechnet man Schattenhaushalte mit ein, liegt die Obergrenze für die Ausgaben bei einer Billion Euro. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz wettete, die Einigung sei ein "un glaubliches Täuschungsmanöver", weil die Obergrenze nicht voll ausgeschöpft wird und tatsächlich weniger Ausgaben vorgesehen sind. Legen die EU-Parlamentarier ein Veto ein, würde der alte Finanzrahmen fortgeschrieben und jährlich um 2 Prozent erhöht.

Auffällig ist, daß in Brüssel zwar wie auf einem Basar über die Ausgabenhöhe gefeilscht wird. Woher das ganze Geld kommen soll, wird aber nur am Rande thematisiert. Das System der Beiträge wurde nicht wesentlich angetastet, es gab nur marginale Änderungen bei den Rabatten für die großen Nettozahler wie Deutschland, Österreich, die Niederlande, Schweden und jetzt neu Dänemark. Den mit Abstand größten Rabatt haben die Briten - seit Margaret Thatcher ("I want my money back") ihre Handtasche auf den Tisch schlug. Er macht 66 Prozent des Nettobeitrags aus, zuletzt 3,5 Milliarden Euro im Jahr 2011. Die Briten sind damit die EU-Rabattmeister.

Monti: Italien ist der größte Nettozahler

Doch wer darf sich mit dem zweifelhaften Titel "Zahlmeister" schmücken? Die Politik traut sich nicht, einmal eine längerfristige Bilanz aufzustellen, die alle nationalen Zahlungen, Ra-

batte und Rückflüsse umfaßt. Deutschland ist ohne Zweifel einer der größten Nettozahler, aber ist es wirklich der größte? Jüngst reklamierte Italiens Ministerpräsident Mario Monti diesen Titel, weil sein Land im vorvergangenen Jahr einmal die höchsten Nettozahlungen - 0,38 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) - geleistet hat. Die Niederländer und die Belgier haben über Jahre ähnlich hohe BNE-Anteile an Brüssel überwiesen.

Ist Deutschland also gar nicht der Zahlmeister? Nach einer aktuellen Rechnung des emeritierten Heidelberger VWL-Professors Franz-Ulrich Willeke über den Zeitraum 1991 bis 2011 ist Deutschland sowohl absolut als auch relativ mit Abstand der größte Zahler. In diesen 21 Jahren beliefen sich die angepaßten nationalen Beiträge (nach Rabatten) Deutschlands auf 383,6 Milliarden Euro.

Aus Brüssel flossen an operativen Ausgaben über die diversen Subventions- und Fördertöpfe sowie Regional- und Strukturfonds rund 213 Milliarden Euro nach Deutschland zurück. Die größten Empfänger der EU-Gelder waren die Peripherie- und heutigen Krisenländer; inzwischen ist Polen mit seinem großen Agrarsektor der Hauptempfänger von EU-Geldern.

Deutschlands Nettozahlungen belaufen sich seit Beginn der neunziger Jahre auf 170,6 Milliarden Euro - rund 45 Prozent der gesamten Nettobeiträge der zehn Nettozahler in diesem Zeitraum. Dieser Anteil ist deutlich überproportional zur deutschen Wirtschaftsleistung, die im betrachteten Zeitraum zwischen einem Viertel und einem Fünftel des aggregierten Bruttoinlandsprodukts der EU-Mitglieder lag.

Zählt man weitere Zahlungen hinzu, etwa Zolleinnahmen und andere Abgaben, die an Brüssel abgeführt werden, lag die Nettobelastung Deutschlands seit der Wiedervereinigung noch deutlich höher: bei über 200 Milliarden Euro. Um zu wissen, wie viel diese Summe heute real wert wäre, hat Willeke die Zahlungen mit der Inflation hochgerechnet. In heutigen Preisen belaufen sich die deutschen Nettobelastungen seit 1991 auf fast 250 Milliarden Euro.

Schon seit langem, findet Willeke, ist die EU damit eine ganz erhebliche Transfer- und Umverteilungsunion - nicht erst seit im Zuge der "Euro-Rettung" Hilfspakete in Milliardenhöhe an die Peripherie gereicht werden. In den kommenden Jahren wird der deutsche Nettobeitrag zum EU-Haushalt steigen, weil die Förderung für viele Regionen in den ostdeutschen Bundesländern gekürzt wird und mehr Geld nach Ost- und Südeuropa fließt.

Sicherlich profitiert Deutschland in hohem Maße davon, daß es den EU-Binnenmarkt gibt. Für die exportorientierte Wirtschaft ist der gemeinsame Markt ein großer Vorteil, auch die Konsumenten profitieren. Daß es Transfers zwischen starken und schwachen Ländern als Ausdruck europäischer Solidarität und als Entwicklungshilfe gibt, dagegen hat Willeke nichts einzuwenden. Nur sollte die Belastung der Nettozahler proportional gleich sein, fordert Willeke. Eine solche Gleichbehandlung der Nettozahler entsprechend ihrer Wirtschaftskraft wäre gerecht und solidarisch (den Nettoempfängern würde nichts genommen).

Hätten alle Nettozahler den gleichen prozentualen Anteil ihres BNE zur Finanzierung der EU-Ausgaben geleistet, nämlich alle 0,2 Prozent jährlich, so hätte Deutschland seit den neunziger Jahren gut 60 Milliarden Euro weniger zahlen müssen. Dies sei die Differenz zwischen den geleisteten und den "angemessenen" Beiträgen, hat Willeke errechnet. Angesichts solcher Summen sieht er Deutschland nicht nur als Zahlmeister, sondern als "Melkkuh" der EU.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. Februar 2013 (x887/...): >>>Keine Herzensangelegenheit

Atomausstieg: Für Schwarz-Gelb Pflicht statt Kür - Nur so lassen sich umstrittene Hermesbürgschaften erklären

Trotz Energiewende hält die Bundesregierung an Bürgschaften für den Neubau von Kernkraftwerken im Ausland fest. Die Begründung: Der "Atomausstieg" sei eine rein innerdeutsche Angelegenheit und habe keine Auswirkung auf andere Staaten.

Kurz nach der Katastrophe im japanischen Kernkraftwerk Fukushima I änderte Bundeskanzle-

rin Angela Merkel (CDU) unerwartet ihre Haltung zur Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke. Das Unglück in Japan zeige, "daß selbst in einem Hochtechnologieland wie Japan die Risiken der Kernenergie nicht beherrscht werden können".

In Deutschland soll deshalb 2022 Schluß sein, erklärte die Regierungschefin im Juni 2011. Daß Erdbeben und Tsunamis, die in Japan erst das Desaster ausgelöst hatten, hierzulande eher selten vorkommen, spielte keine Rolle. Das Bundesumweltministerium will zudem "mit der Gestaltung der Energiewende in Deutschland Alternativen zur Nutzung der Kernenergie und der fossilen Energieträger aufzeigen und so zur Nachahmung anregen".

Doch der innenpolitische Schwenk bedeutet nicht, daß Berlin auch auf die Förderung neuer Reaktoren im Ausland verzichten will, obwohl die Bürger darauf eingeschworen werden, daß ihr Land "Vorbild für eine wirtschaftlich erfolgreiche und nachhaltige Energiewende weltweit werden" könnte. Im Gegenteil, bei Voranfragen mehrerer umstrittener Projekte winken Garantien der Bundesregierung, die sogenannten Hermesbürgschaften, die als Sicherheiten beim Export deutscher Zulieferungen oder Dienstleistungen und somit dem Erhalt inländischer Arbeitsplätze dienen.

Wie aus einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums im August 2012 auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsabgeordneten Ute Koczy hervorging, hat die Bundesregierung für mehrere internationale Atomprojekte eine grundsätzliche Bereitschaft zu deutschen Bürgschaften signalisiert. Die Bundesregierung hatte Interessensbekundungen, Letters of Interest, zur Prüfung von Bürgschaftsanträgen für die Projekte in Jaitapur (Indien), Temelin (Tschechien), Wylfa (Großbritannien) sowie Olkiluoto (Finnland) "bereits ausgestellt".

Zudem lagen dem Interministeriellen Ausschuß für Exportgarantien Anfragen für Projekte in Cernavoda (Rumänien) sowie Hainan (China) vor. Die sieben Reaktoren im indischen Jaitapur will beispielsweise Frankreichs Konzern Areva, der auch einen Standort in Erlangen unterhält, mitten in einem Erdbeben- und Tsunami-Gebiet bauen.

Innenpolitisch drohten die Exportgarantien zum Konflikt zwischen Bund und Bayern zu führen. Eine Zusage für das tschechische Kernkraftwerk Temelin, 60 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt, schloß das von der FDP geführte Bundeswirtschaftsministerium nicht aus, während sich die Landesregierung Bayerns um Horst Seehofer, (CSU) im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung gegen den Ausbau von Temelin und gegen die Erteilung der Bürgschaften aussprach.

Für acht Milliarden Euro soll das Werk bis 2025 um zwei Reaktoren erweitert werden. Tschechiens Stromkonzern CEZ hat die deutsche Tochter des französischen Kraftwerksbauers Areva inzwischen aus dem Bieterwettbewerb geworfen, so daß die Diskussion um die Erteilung von Hermes-Exportkreditbürgschaften in diesem Fall endete.

Bereits Anfang 2010 erklärte sich Berlin grundsätzlich bereit, die Beteiligung von Areva/Siemens am Bau des Reaktors Angra 3 in Brasilien mit 1,3 Milliarden Euro abzusichern. Während aber im Fall Deutschlands Fukushima als "persönlicher Einschnitt" der Bundeskanzlerin reichte, bedarf es etlicher Debatten und Gutachten im Bundestag, um die Frage zu beantworten, ob der Bau des Kernkraftwerks Angra 3 in einem erdrutschgefährdeten Gebiet sinnvoll sei.

Gerne zeigen sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Debatten über die Kernenergie als die moralisch überlegenen Parteien und zitieren ihre 2001 beschlossenen Richtlinien zur Exportförderung für Nukleartechnologie. Nach den verschärften "Hermes-Umweltleitlinien" sollten damals keine Hilfen für Nukleartechnologien zum Neubau oder zur Umrüstung von Atomanlagen mehr gegeben werden. Maßnahmen zur Stilllegung oder im Einzelfall zur Verbesserung der Sicherheitsstandards bestehender Anlagen sollten hingegen unterstützt werden.

Dabei verschweigt die Opposition bewußt, daß die Schröder-Regierung ähnlich wie die heutige Regierung agierte und beispielsweise 1999 eine Hermesbürgschaft für die Nachrüstung des

slowenischen Kernkraftwerks Krsko und ein Jahr später für Atucha I in Argentinien und Ignalina in Litauen übernommen hatte.

Noch im Januar 2013 bestätigte Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) gegenüber dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung, daß auch zukünftig der Bau von Kernkraftwerken mit Kreditbürgschaften unterstützt wird. Der Beirat hatte Ende 2012 einstimmig dafür plädiert, daß keine weiteren Bürgschaften für diese Zwecke im Ausland mehr zu vergeben seien. "Risiken, die wir selbst nicht wollen, dürfen wir auch nicht bei anderen fördern", sagte Beiratschef Andreas Jung (CDU).

Widersprüchlich ist, daß die deutsche Energiewende einerseits Vorbild für andere Länder sein soll, andererseits die Bundesregierung die internationale Zusammenarbeit im nuklearen Bereich fortsetzt, auch wenn dabei höchstmögliche Sicherheitsstandards angestrebt sind. Die Erklärung für dieses Vorgehen ist, daß die Entscheidung für oder gegen die Nutzung der Kernenergie das souveräne Recht eines jeden Staates sei.

Die Industrie stellt sich langsam auf ein Ende der deutschen Förderpolitik ein. Der brasilianische Energieversorger Eletrobras Eletronuclear erhielt kürzlich von einem der größten staatlichen Finanzdienstleister Südamerikas ein Darlehen, um die Fertigstellung der Kernkraftwerkseinheit Angra 3 zu finanzieren. Die deutschen Energieversorger RWE und E.ON ändern ihre Strategien und ziehen sich aus Kernkraftprojekten im Ausland, wie im rumänischen Cernavoda und im finnländischen Pyhäjoki, zurück.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. März 2013 (x887/...):
>>**Deutsche sollen noch mehr bluten**

Töchter des Euro-Rettungsfonds ESM und neue Hilfskassen sollen weitere Milliarden Euro umverteilen

Der Zugriff der Europäischen Union auf das Geld der Deutschen nimmt immer größere Ausmaße an. Dabei brachte Deutschland bereits in der Vergangenheit fast die Hälfte des EU-Nettohaushaltes auf. Wie der Heidelberger Volkswirtschafts-Professor Franz-Ulrich Willeke errechnet hat, trugen die Bundesbürger in den Jahren 1991 bis 2011 allein 45 Prozent des Nettobudgets, was insgesamt rund 250 Milliarden Euro ausmachte. Doch es soll noch mehr werden.

Offizielle Zahlen über Deutschlands EU-Nettozahlungen an die EU liegen nicht vor, da sich die Bundesregierung scheut, derartige Gesamtbilanzen der Belastung Deutschlands zu veröffentlichen. Der Nettohaushalt der EU errechnet sich aus dem, was ein Land in die EU-Kasse einzahlt abzüglich dem, was es wieder herausbekommt.

Daß Deutschland Hauptnettozahler ist, war keine Neuigkeit. Indes überrascht das drastische Ausmaß, in welchem deutsche Zahlungen diejenigen anderer EU-Staaten übertreffen. Pro Kopf indes zahlten die Niederländer allerdings noch etwas mehr als ihre deutschen Nachbarn. Doch dies soll sich nach dem neuesten EU-Haushaltsentwurf ändern. Danach werden die Deutschen künftig auch pro Kopf mehr belastet als alle anderen. Holländer und Schweden folgen auf Platz zwei und drei.

Das ist jedoch erst der Anfang: Die Vorschläge des "Hamburger Weltwirtschaftsinstituts" (HWWI), welche die PAZ in der vergangenen Woche vorgestellt hat ("Testballon für Beutezug"), standen nach jüngsten Informationen des "Handelsblattes" bereits auf der Tagesordnung eines Treffens des deutschen Finanzministers mit seinem französischen Kollegen.

Was vergangene Woche noch als kruder Testballon aufgefaßt werden konnte, befindet sich also bereits im Stadium konkreter Verhandlungen: Zehn Prozent des verfügbaren Einkommens aller Beschäftigten eines Landes sollen nach dem Plan an die EU abgeführt werden, die das Geld dann streng nach Einwohnerzahl wieder umverteilt. Für Deutschland bedeutet dies eine Netto-Mehrbelastung von vermutlich 30 Milliarden Euro pro Jahr. Hinzu kämen weitere zehn Milliarden netto für die vom HWWI vorgeschlagene gemeinsame EU-Arbeitslosenver-

sicherung.

Allein dadurch würde sich der jährliche deutsche EU-Nettobeitrag von bislang rund zehn Milliarden Euro glatt verfünffachen. Und dabei handelt es sich bloß um Schätzungen, die im Bezug auf die deutschen Nettozahlungen in der Vergangenheit von der Wirklichkeit noch einmal übertroffen wurden.

EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy ist aber selbst das noch nicht genug. Der Belgier schlägt vor, eine Art gemeinsamer Konjunktur-Hilfskasse einzuführen. In diese sollen Länder mit guter Wirtschaftslage einzahlen, damit Länder mit schwacher Konjunktur bezuschußt werden können. Dies würde nach gegenwärtigem Stand weitere, unabsehbare Nettobelastungen für die Deutschen mit sich bringen.

Neben der Konjunktur soll in die Berechnung von Bedürftigkeit oder Zahlungspflicht auch der Stand der Arbeitslosigkeit einbezogen werden, wünscht sich Van Rompuy. Hier würden Länder wie Spanien, die selbst bei sehr guter Konjunktur hohe Arbeitslosenzahlen ausgewiesen haben, dauerhaft bevorzugt. Gut abschneiden würden auch Staaten mit einer hohen Quote an Schwarzarbeit, denn unangemeldete Tätigkeiten tauchen in der offiziellen Beschäftigungsbilanz natürlich nicht auf.

Kaum zu überblicken sind die zukünftigen Sonderlasten, welche den Deutschen aus den Euro-Rettungsschirmen erwachsen. Dennoch kennen die Verantwortlichen auch hier offenbar keinerlei Maß mehr. Zwar war vertraglich vereinbart und den Deutschen von ihrer Regierung heilig versprochen worden, daß der Euro-Rettungsfonds ESM nicht zur Rettung von Banken, sprich zur Rettung der Vermögen ihrer milliardenschweren Eigentümer, mißbraucht werden dürfe. Allein Staaten sollten daraus unterstützt werden dürfen.

Nun hat man offenbar eine Möglichkeit ersonnen, Vertrag und Versprechen zu brechen, ohne sich rechtlich anfechtbar zu machen. Der ESM soll "Tochtergesellschaften" gründen dürfen, die Kredite aufnehmen sollen, mit welchen sie maroden Banken unter die Arme greifen. Da der ESM ein Institut der Staaten ist, haften die deutschen Steuerzahler damit direkt für an Pleitebanken vergebene Kredite.

Die ESM-Töchter könnten auch dafür eingespannt werden, "um überdies begleitende Investitionen des Privatsektors in rekapitalisierte Banken zu ermutigen", heißt es im Entwurf. Mit anderen Worten: Investoren sollen "ermutigt" werden, in hochrentierliche Bankpapiere (Aktien, Anleihen) maroder Institute zu investieren, denn: Die hohen Renditen gehören ihnen, das Risiko hingegen trägt der Steuerzahler,

Pünktlich zu den Verhandlungen über solche "Tochtergesellschaften" am vergangenen Montag rief EU-Währungskommissar Olli Rehn die Deutschen zu "Solidarität mit Zypern" auf. Gemeint ist damit, daß die deutschen Steuerzahler jene Banken retten sollen, die im Verdacht stehen, Schwarzgeld-Milliardären aus aller Welt, vor allem aus Rußland, als "Geldwaschanlage" zu dienen.

Unterdessen wird weiter über den EU-Haushalt der Jahre 2014 bis 2020 verhandelt. Der bisherige Entwurf sieht bei Einnahmen von 908 Milliarden Euro Ausgaben über 960 Milliarden vor. Obwohl Hauptzahler Deutschland ohnehin stärker in Anspruch genommen werden wird, müßte die EU also Schulden aufnehmen, um die Lücke von 52 Milliarden Euro zu schließen. Dies ist ihr bislang verboten.

Über solche EU-Schulden tritt erneut das Ziel der "Euro-Bonds" in Sichtweite. Euro-Bonds sind Schulden, die alle Euro- oder EU-Länder gemeinsam aufnehmen, für die faktisch am Ende aber nur die Staaten haften, welche noch zahlungsfähig sind. Diese Rolle fällt immer ausschließlich Deutschland zu.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.07.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x335/79) = Finanz-Mächte. Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20, Seite 79.

x335	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Finanz-Mächte</u> . Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018.
x347	Schulte, Thorsten: FREMDBESTIMMT. 120 Jahre Lügen und Täuschung. 3. Auflage. Bautzen 2019.

Internet

x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x862	http://horst-koch.de/energiewende-gebote-oder-irrwege/ - Januar 2016.
x863	http://horst-koch.de/deutschenfeindlichkeit/ - Januar 2016.
x865	http://www.eike-klima-energie.eu/news-cache/merkels-energiewende-extrem-teuer-aber-direkt-in-die-sackgasse/ - Januar 2016.
x866	http://horst-koch.de/welche-energietechnik-ist-den-deutschen-erlaubt/ - Januar 2016.
x876	http://www.heinz-nawratil.de/wikipedia.html - Juli 2016.
x878	http://www.guntram-von-schenck.de/ - September 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x932	http://www.horst-koch.de/deutschland-519/merkel-betreibt-aufloesung-deutschlands.html - Juli 2019
x936	https://www.magazin2000plus.de/index.php/magazine/extra/extra-11-detail - Juli 2019
x1.035	https://www.wilhelm-der-zweite.de - Dezember 2021
x1.084	https://www.ndr.de/der_ndr/unternehmen/chronik/sesamstrasse2167_page-2.html -

	März 2022
x1.105	https://horst-koch.de/maos-tote-m-radunski/ - April 2022